



53. Sitzung

Mittwoch, 15. Februar 2017

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Detlef Ehlebracht, Vizepräsidentin Antje Möller, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Christiane Schneider

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin Abwicklung und Änderung der Tagesordnung	3733	Wahl einer oder eines Deputier- ten der Behörde für Schule und Berufsbildung – Drs 21/2316 –	3766
		Ergebnis	3771
Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters gemäß § 12 Ab- satz 1 GO mit Beratung gemäß § 12 Absatz 2 GO	3733	Antrag der Fraktion DIE LINKE: Öffentliche Infrastruktur aus- weiten: WLAN breiter anbieten – Drs 21/7606 Neufassung –	3766
Olaf Scholz, Erster Bürgermeister	3733	Stephan Jersch DIE LINKE	3766
André Trepoll CDU	3736	Hansjörg Schmidt SPD	3767
Dr. Andreas Dressel SPD	3741	Carsten Ovens CDU	3768
Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	3745, 3761	Farid Müller GRÜNE	3769
Norbert Hackbusch DIE LINKE	3748	Michael Kruse FDP	3769
Katja Suding FDP	3750	Dr. Jörn Kruse AfD	3770
Dr. Bernd Baumann AfD	3752		
Dr. Ludwig Flocken fraktionslos	3756	Beschlüsse	3771
Frank Horch, Senator	3756		
Dr. Joachim Seeler SPD	3758	Antrag der FDP-Fraktion: Rehabilitierung der nach § 175 StGB verfolgten Homosexuel- len zügig vorantreiben! – Drs 21/7795 –	3771
Ralf Niedmers CDU	3760	Jens Meyer FDP	3771
Stephan Jersch DIE LINKE	3762	Urs Tabbert SPD	3772
Michael Kruse FDP	3763		
Andrea Oelschläger AfD	3765		
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:			

Franziska Grunwaldt CDU	3773	Berichtswesen Bau-Monitoring 2016	
Farid Müller GRÜNE	3774		
Martin Dolzer DIE LINKE	3775	– Drs 21/7484 –	3787
Dr. Alexander Wolf AfD	3775		
		Beschluss	3787
Beschlüsse	3776		
Antrag der AfD-Fraktion:		Antrag der CDU-Fraktion:	
Bei der Richterwahl Gewaltenteilung sicherstellen		Bei der Elektromobilität den Turbo zünden – Austragung eines Formel-E-Rennens in Hamburg prüfen	
– Drs 21/7783 –	3776	– Drs 21/7800 Neufassung –	3787
Dr. Jörn Kruse AfD	3776	Dennis Thering CDU	3788
Urs Tabbert SPD	3777	Henriette von Enckevort SPD	3788
Richard Seelmaecker CDU	3778	Christiane Blömeke GRÜNE	3789
Dr. Carola Timm GRÜNE	3779	Heike Sudmann DIE LINKE	3789
Martin Dolzer DIE LINKE	3780	Dr. Wieland Schinnenburg FDP	3790
Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP	3780	Detlef Ehlebracht AfD	3791
Dr. Ludwig Flocken fraktionslos	3781		
		Beschluss	3791
Beschlüsse	3781		
Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:		Antrag der CDU-Fraktion:	
Angebotsoffensive für Hamburgs Kundenzentren: schnellere Terminvergabe, einheitliche und längere Öffnungszeiten, Ausweitung der digitalen Angebote		Industrie- und Gewerbegebiete Hamburgs entwickeln – Zukunftsvertrag für Hamburg beschließen	
– Drs 21/7805 –	3781	– Drs 21/7796 –	3791
dazu		dazu	
Antrag der CDU-Fraktion:		Antrag der AfD-Fraktion:	
Keine Schließung von Kundenzentren – Leistungsfähigkeit aller Hamburger Kundenzentren nachhaltig verbessern		Die Zukunft Hamburgs hört nicht an der Stadtgrenze auf	
– Drs 21/7955 –	3781	– Drs 21/7960 –	3791
Frank Schmitt SPD	3781	und	
Dr. Jens Wolf CDU	3782	Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
Anna Gallina GRÜNE	3783	Flächenmanagement und -entwicklung für Gewerbe und Industrie fortsetzen	
Stephan Jersch DIE LINKE	3784	– Drs 21/7965 –	3791
Dr. Kurt Duwe FDP	3785	Michael Westenberger CDU	3791, 3794, 3796
Dr. Joachim Körner AfD	3786	Hauke Wagner SPD	3792, 3796
Dr. Peter Tschentscher, Senator	3786	Olaf Duge GRÜNE	3792, 3796
		Stephan Jersch DIE LINKE	3793
Beschlüsse	3787	Michael Kruse FDP	3793
		Detlef Ehlebracht AfD	3794
Senatsmitteilung:		Karl-Heinz Warnholz CDU	3794, 3797
		Frank Horch, Senator	3795
		Dr. Andreas Dressel SPD	3797
		Ole Thorben Buschhüter SPD	3798

Beschlüsse	3798	Sechster Medienänderungsstaatsvertrag HSH (Senatsantrag)	
Senatsmitteilung:		– Drs 21/7760 –	3800
Mobilität in Hamburg – Ziele			
– Drs 21/7748 –	3798	Beschlüsse	3800
Beschluss	3798	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Bericht des Eingabenausschusses:		Einrichtung eines Gebärdensprachdolmetscher/-innenpools für Senatsauftritte und Bürgerschaftstermine	
Eingaben		– Drs 21/7791 –	3800
– Drs 21/7731 –	3799		
Bericht des Eingabenausschusses:		Beschlüsse	3800
Eingaben			
– Drs 21/7732 –	3799	Antrag der FDP-Fraktion:	
Bericht des Eingabenausschusses:		Sanierungsfonds Hamburg 2020 – Sanierung der Hamburger Sternwarte in Bergedorf sicherstellen	
Eingaben		– Drs 21/7793 –	3800
– Drs 21/7733 –	3799		
Beschlüsse	3799	dazu	
Sammelübersicht	3799	Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:	
Beschlüsse	3799	Sanierungsfonds Hamburg 2020 – Die Sternwarte Bergedorf als Forschungsstandort und Kulturdenkmal stärken und schützen	
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:		– Drs 21/7964 –	3800
Beimischungen in illegalen Drogen – Was ist sonst noch drin?		Beschlüsse	3800
– Drs 21/7235 –	3799		
Beschluss	3799	Antrag der FDP-Fraktion:	
Bericht des Gesundheitsausschusses über die Drucksache 21/6614:		Kinder- und Jugendpartizipation stärken	
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften (Senatsantrag)		– Drs 21/7794 –	3801
– Drs 21/7865 –	3799	Beschluss	3801
Beschlüsse	3799	Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:	
Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien über die Drucksache 21/7293:		Hamburger Integrationsfonds (XXIV) – Förderung des Projekts "Kita-Eingewöhnungsbroschüre für geflüchtete Familien"	
		– Drs 21/7802 –	3801

Beschluss 3801

Antrag der Fraktionen der SPD und
der GRÜNEN:

**Hamburger Integrationsfonds
(XXV) – Aufstockung der Mittel
zur Förderung der Arbeit frei-
willig Engagierter in der Flücht-
lingshilfe**

– Drs 21/7803 –

3801

Beschluss 3801

Antrag der Fraktionen der GRÜNEN
und der SPD:

**Hamburger Integrationsfonds
(XXVI): In Hamburg ankome-
nen – Umweltbildungsangebo-
te für geflüchtete Menschen
verstetigen**

– Drs 21/7804 –

3801

Beschlüsse 3801

Beginn: 13.33 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie doch gern Ihre Plätze ein. Die Sitzung ist eröffnet.

Zu Beginn möchte ich Ihnen mitteilen, dass sich die Fraktionen abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats darauf verständigt haben, zwei Tagesordnungspunkte zu vertagen, und zwar die TOPs 24 und 32, die Anträge aus den Drucksachen 21/7784 und 21/7798.

Wir kommen nun zur **Regierungserklärung** des Ersten Bürgermeisters.

Der Präsident des Senats hat mich gebeten, ihm gemäß Paragraf 12 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung die Gelegenheit zur Abgabe einer Regierungserklärung zum Thema "Fahrrinnenanpassung Elbe" zu geben. Die Fraktionen haben einvernehmlich vereinbart, dass hierzu eine Beratung stattfinden soll. Dabei soll jede Fraktion eine Redezeit von 30 Minuten sowie die fraktionslosen Abgeordneten eine Redezeit von jeweils fünf Minuten zur Verfügung haben.

Herr Bürgermeister, Sie haben das Wort.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 9. Februar 2017 ein klares Urteil gesprochen. Es hat den bei Weitem überwiegenden Teil des Planfeststellungsbeschlusses anerkannt. Dieses Urteil ist abschließend. Es gibt Rechtssicherheit. Das bedeutet unwiderruflich: Die Fahrrinnenanpassung kommt.

(Beifall bei der SPD)

Die Stadt Hamburg und der Bund haben es nun in der Hand, die verbliebenen vom Gericht noch gestellten Aufgaben zügig zu lösen.

Nimmt man ein Bild aus der Schifffahrt, dann haben wir uns mit der Anpassung der Elbfahrrinne in Bezug auf das europäische Umweltrecht in wenig oder noch gar nicht befahrene Gewässer begeben. Die Seekarten waren zwar vorhanden, aber nach ihnen gesegelt haben bislang nur wenige, in manchen Gewässern war sogar noch nie jemand zuvor unterwegs. Es gab kaum Regeln oder Präzedenzfälle, nach denen die Planer sich hätten richten können, doch jetzt sind wir an dem Punkt angekommen, wo die ersten Möwen auf dem Deck landen und wir sagen können: Land in Sicht.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Alle grundlegenden Fragen sind geklärt. Das Bundesverwaltungsgericht hat bestätigt, dass das Verfahren korrekt durchgeführt und die Öffentlichkeit ausreichend beteiligt wurde. Die Gutachten der

Bundesanstalt für Wasserbau hielten vor Gericht genauso stand wie die habitatrechtliche Ausnahmeprüfung. Die Notwendigkeit der Fahrrinnenanpassung steht außer Frage. Unabhängig davon, ob auch andere Häfen in Norddeutschland für bestimmte Schiffe und Ladungen infrage kämen, wurde das Ziel, den Hamburger Hafen besser erreichbar zu machen, als berechtigt anerkannt. Die Fahrrinnenanpassung liegt im öffentlichen Interesse. Als korrekt wurde auch die Einschätzung bewertet, dass die zu erwartenden geringfügigen Sauerstoffveränderungen die geschützte Fischart Finte nicht beeinträchtigen werden.

Wir haben insgesamt viel geschafft seit 2011: Zum Jahresende 2011 wurde der erste Entwurf des Planfeststellungsbeschlusses vorgelegt, im März 2012 gab es eine Einigung mit den niedersächsischen Obstbauern und der Viehwirtschaft, im April 2012 erklärten Niedersachsen und Schleswig-Holstein ihr Einvernehmen. Zuvor hatte bereits die EU-Kommission dem Projekt und der ökologischen Kompensation zugestimmt. Im Juli 2014 konnte das Projekt vor dem Bundesverwaltungsgericht gegen die Umweltverbandsklagen weitgehend verteidigt werden. In der mündlichen Verhandlung wurden lediglich neun kritische Punkte identifiziert – alles andere in dem 2 600 Seiten umfassenden Planfeststellungsbeschluss wurde bestätigt.

(Beifall bei der SPD)

Im folgenden Jahr haben die Vorhabenträger die erste praktische Prüfung einer möglichen Gewässerverschlechterung nach der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie vorgenommen, und zwar unter Berücksichtigung der Auslegung, die diese Richtlinie erstmals durch die noch frische Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zum Weserausbau, der übrigens wesentlich langwieriger ist, erfahren hatte. Damit war unser Hamburger Elbausbau für künftige Verfahren in Europa Vorreiter, und das Bundesverwaltungsgericht hat diese Prüfungsergebnisse bestätigt.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Man kann es also gar nicht genug schätzen, dass die Fahrrinnenanpassung der Elbe inzwischen so viel Akzeptanz gefunden hat.

(*André Trepoll CDU: Aber sie kommt nicht!*)

In allen wesentlichen Fragen hat der größte europäische Wasserstraßenausbau den Segen der EU-Kommission, der Hamburger Nachbarländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein und auch des Gerichts gefunden.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Bernd Baumann AfD: Wieso klatschen die GRÜNEN nicht?*)

Dass wir so weit gekommen sind, dafür haben sich viele Männer und Frauen mit Herzblut engagiert. Für diese außerordentliche Leistung möchte ich

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

den Planerinnen und Planern, ob beim Bund oder in den Hamburger Behörden, sehr herzlich danken.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Sie alle haben Pionierarbeit geleistet. Denn die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes wie auch die zuständige Hamburger Behörde konnten für die Fahrrinnenanpassung nicht auf anerkannte Fachverfahren zurückgreifen. Gutachter haben die Bewertungsverfahren meist neu entwickelt und erstmals angewendet.

(*Michael Kruse FDP*: Und keine Ist-Zahlen geliefert!)

Auch das Gericht konnte sich nicht an vorherige Rechtsprechung anlehnen. Die Fahrrinnenanpassung der Elbe ist für die Planungsbehörden und die Gerichte tatsächlich wie eine Seefahrt in unbefahrenen Gewässern. Gemessen daran und gemessen an der Vielzahl der Einwände durch die Kläger sind die jetzt noch nachzubessernden Punkte überschaubar, so hat es das Gericht ausdrücklich hervorgehoben. Das Gericht hat betont, dass die Gründe für die Länge auch des Gerichtsverfahrens vor allem in den immer wieder gestiegenen Anforderungen des Europäischen Umweltrechts zu suchen seien. Das habe Behörden wie Gerichte vor besondere Herausforderungen gestellt. Kein Verfahren ist so umfangreich und zugleich so kleinteilig in die letzten Verästelungen des noch jungen europäischen Umweltrechts eingedrungen wie dieses, und kein Verfahren hat die Planerinnen und Planer vor größere Herausforderungen gestellt.

Trotz aller Sorgfalt müssen wir jetzt noch weitere Maßnahmen zum Schutz des Schierlings-Wasserfenchels ergreifen. Auch wenn die Mehrzahl der ökologischen Maßnahmen Anerkennung fand, stellte das Gericht fest, dass die habitatschutzrechtliche Verträglichkeitsprüfung den – ich zitiere – "strengen Schutzanforderungen nicht in jeder Hinsicht gerecht" wird. Dabei geht es um drei Punkte.

Erstens: Der Schierlings-Wasserfenchel kann sehr sensibel auf eine Veränderung des Salzgehalts im Wasser reagieren. Deshalb muss sichergestellt sein, dass auch auf den an sich unkritischen Ausbauabschnitten – es geht hier konkret um 10 Kilometer, in denen nicht sicher ist, ob die Pflanze dort bisher wirklich vorkommt – nicht doch besondere Umstände zu einer Beeinträchtigung dieser Pflanze führen könnten. Hier geht es also um die Plausibilität der Berechnung beim Eintreten von Ausnahmesituationen. Die Behörden werden nun die vorliegenden Daten unter dieser gerichtlichen Sorge noch einmal auswerten und die Berechnung überprüfen.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller* und *Dr. Anjes Tjarks*, beide *GRÜNE*)

Zweitens: Die anderen beiden Punkte betreffen die Kohärenzmaßnahmen, die als Ausgleich für die Fahrrinnenanpassung vorgesehen sind. Diese müssen eindeutig gegen Maßnahmen abgegrenzt werden können, die in anderen ökologischen Zusammenhängen ohnehin schon verpflichtend umzusetzen sind. Deshalb müssen solche sowieso durchzuführenden Standardmaßnahmen im niedersächsischen Elbgebiet klar beschrieben und vor allem eindeutig als Standardmaßnahmen eingeordnet werden.

(*Michael Kruse FDP*: Das hat das Gericht schon 2014 gesagt! Sie haben zwei Jahre verpennt!)

Dann können die für den Elbausbau vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen davon präzise abgegrenzt werden. Über das weitere Vorgehen sind wir bereits mit dem zuständigen Landkreis in sehr guten Gesprächen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den *GRÜNEN*)

Drittens: Um die Klassifizierung einer Maßnahme dreht es sich auch bei der Bewertung des Vorhabens Spadenlanderbusch/Kreetsand im Osten von Wilhelmsburg. Dort soll ein zusätzlicher Flutraum entstehen und ein Lebensraum geschaffen werden, der ein ideales Gebiet für den Schierlings-Wasserfenchel ist. Weil es für das Naturschutzgebiet auf Kreetsand aber bereits einmal eine Planung gab, die das Projekt zunächst als Standardmaßnahme einstufte, kann nach Ansicht des Gerichts die Ausgleichsfläche nicht mehr für den Fahrrinnenausbau geltend gemacht werden. Deshalb muss jetzt eine neue Ausgleichsfläche gefunden werden.

(*Michael Kruse FDP*: Nee, 2014 hätte diese schon gefunden werden müssen!)

Hier ergeben sich verschiedene Möglichkeiten; mit der Prüfung haben wir begonnen. Auch wenn diese Ergänzung um eine weitere Kohärenzmaßnahme aufwendiger ist als die Berücksichtigung der beiden anderen Anforderungen des Gerichts, so stellt sie dennoch eine nicht zu große Aufgabe dar. Wir würden uns freuen, wenn die Umweltverbände hier ebenfalls Vorschläge machen.

(Beifall bei der SPD und den *GRÜNEN*)

Das Gerichtsverfahren ist, wie bereits eingangs bemerkt, mit diesem Urteil abgeschlossen. Damit und mit den vielen bereits anerkannten, erforderlichen wie freiwilligen ökologischen Maßnahmen werden wir unserer Verantwortung für den Naturraum Tide-Elbe gerecht. Die Stiftung Lebensraum Elbe und das Tide-Forum werden dazu beitragen, dass der Naturschutz an der unteren Elbe kontinuierlich weiterentwickelt wird.

(Beifall bei der SPD und den *GRÜNEN*)

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wirtschaftsnation Deutschland braucht einen Seehafen, der im weltweiten Wettbewerb mit Rotterdam und Antwerpen oder den expandierenden Häfen am Mittelmeer bestehen kann. Zurzeit ist Hamburg der Hafen, der in Deutschland in der Lage ist, diese Rolle zu übernehmen. Darin liegt eine Verpflichtung für zwei Seiten: für den Bund, der sich hier mit Bundesmitteln entsprechend engagiert, und für die Stadt, die den Hafen stetig modernisiert. Bund und Land halten den Fluss schiffbar. Dass die Schiffsgrößen steigen und gerade unter dem erhöhten Konkurrenzdruck nach der Finanzkrise noch einmal gestiegen sind, ist eine Realität, auf die wir reagieren müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Fahrrinnenanpassung ist ein Großprojekt mit dem Ziel, die Schiffbarkeit tideunabhängig von heute 13,50 Meter auf 14,50 Meter zu erhöhen. Um das zu erreichen, müssen wir nicht nur um 1 Meter vertiefen, sondern in manchen Abschnitten auch verbreitern. Das sieht konkret so aus: Zwischen der Deutschen Bucht und Brokdorf/Glückstadt vertiefen wir den Fluss um 1 Meter und bleiben bei 400 Metern Breite. Auf dem Teilstück bis kurz vor Wedel wird außerdem von etwa 300 Meter auf 320 Meter verbreitert, und auf dem Abschnitt nördlich von Wedel bis zur Landesgrenze wird – neben der Vertiefung – eine Begegnungsbox gebaut, um die Passage zweier entgegenkommender Großschiffe zu erleichtern. Die Breite dort liegt heute zwischen 250 und 300 Metern und wird auf 385 Meter erweitert. Ab der Landesgrenze, auf der sogenannten Delegationsstrecke, wird vertieft und der Fahrwasserbereich um 20 Meter verbreitert. Hinzu kommt ein umfassendes Bauvorhaben zur Mündung hin. Dort modellieren wir mit den Ablagerungen unter Wasser ein Bauwerk, das die Tidedynamik und die Sedimente reduzieren wird. Das ist baulich ein Novum, bei dem auch die Bundesanstalt für Wasserbau Pionierarbeit geleistet hat.

Solche Großprojekte müssen auch in Zukunft in Deutschland möglich sein.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE* – Zuruf von *Michael Kruse FDP*)

Ich bin deshalb dem Bundesverwaltungsgericht dafür dankbar, dass es die Fahrrinnenanpassung der Elbe nun hat möglich werden lassen. Sonst hätten bestimmt viele in Deutschland den Mut verloren, überhaupt noch Vorhaben von dieser Dimension zu beginnen. Es bleibt ja schwierig genug. Die Vorhaben ziehen sich jahrelang hin. Es geht ständig vor und zurück. Immer wieder ruft jemand, dass das alles bestimmt nichts wird. Immer wieder beschwert sich jemand, dass das alles zu lange dauert. Immer wieder behauptet jemand, dass das alles anders gemacht werden muss, und erst nach

vielen, vielen Jahren zahlen sich Mühe und Anstrengung aus.

(*Jörg Hamann CDU*: Heute nicht!)

Deshalb appelliere ich an die Politikerinnen und Politiker in unserem Land, den Mut nicht zu verlieren und auch künftig so große Projekte zu wagen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Und ich wünsche mir von uns als Bürgerinnen und Bürgern, dass wir einen souveränen Umgang mit Großvorhaben und ihren komplexen rechtsstaatlichen Prozeduren entwickeln.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Der Hamburger Hafen, zu dessen konkreter Entwicklung Senator Horch im Anschluss noch sprechen wird, ist viel mehr als die Schiffe, Kräne und Kais, die das Stadtbild so beeindruckend machen. In Hamburg sammeln sich nicht nur die Waren, in Hamburg versammelt sich auch die Kompetenz im Außenhandel. Die Firmen in unserer Stadt haben die Erfahrung, wie man weltweit einkauft und verkauft. Sie wissen, wie der Weltmarkt funktioniert – nämlich so, dass die meisten Fernseher, die man in München oder Bratislava kaufen kann, schon einmal in Hamburg waren. Die Schiffsromantik, die man selbst bei den modernen Containerriesen entwickelt, lässt einen leicht übersehen, dass der Hamburger Hafen an der Spitze innovativer Entwicklungen steht und ein hochgradiger Innovationsstreiber ist.

(Beifall bei der SPD und bei *Anna Gallina* und *Dr. Anjes Tjarks*, beide *GRÜNE*)

Seit Jahrzehnten werden dort Logistikprozesse durch Software und IT-Dienstleistungen unterstützt. Mit smartPORT hat die Hamburg Port Authority den Hafen in die digitale Zukunft geführt. Im Hafen werden nicht nur intelligente Nutzung der vorhandenen Infrastruktur erprobt, sondern auch die Mobilität und die Energiequellen der Zukunft.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir machen Hamburg zu einem herausragenden europäischen Standort für Forschung und Innovation. Wenn in diesem Sommer mit dem European XFEL der beste Röntgenlaser der Welt seinen Betrieb aufnimmt,

(Zurufe von der CDU: Das ist doch lächerlich!)

wenn wir neue Max-Planck-Institute einweihen, wenn wir nun Mitglied in der Fraunhofer-Gesellschaft geworden sind und im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt werden,

(Glocke)

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

wenn wir auf den Flugzeugbau und die Windkraft setzen, wenn wir die IT-Wirtschaft stärken und eine Informatikplattform aufbauen, wenn wir Forschungs- und Technologieparks einrichten, wenn wir den Medienstandort ausbauen

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

und bei den sozialen Medien weit vorn in Deutschland mitspielen, wenn wir Innovationen und Start-ups fördern ...

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihen Sie, Herr Bürgermeister. – Meine Damen und Herren, ...

Erster Bürgermeister Olaf Scholz (fortfahrend): Das stört mich nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – *Jörg Hamann CDU*: Das ist genau das Problem!)

Wenn wir all diese Dinge voranbringen,

(*Michael Kruse FDP*: Sie merken nichts mehr!)

dann geschieht das alles im Rahmen einer Wirtschaftsstruktur, die ohne den Hafen undenkbar wäre. Der über Jahrhunderte gewachsene Hafen ist unverändert ein Teil von Hamburgs Aufbruch in die Zukunft.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Über alle Jahrhunderte hinweg hat jeder Senat, unabhängig davon, dafür gesorgt, dass der Hafen auf der Höhe der Zeit und der Fluss schiffbar bleiben. Das war immer aufwendig und immer auch konfliktreich. Aber an diesen beiden Zielen haben alle Senate zu allen Zeiten festgehalten. Und so ist es auch heute.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ohne einen wettbewerbsfähigen Hafen würde es ungleich schwerer fallen, unsere Vorstellung einer für alle Bürgerinnen und Bürger lebenswerten Stadt voranzubringen, einer Stadt, in der es bezahlbaren Wohnraum, nachhaltige Mobilität, gebührenfreie, gute Bildung und vieles mehr gibt. Der Hafen wird auch nach der digitalen Revolution ein Herzstück unserer Wirtschaft bleiben. Er hat eine Hinterlandanbindung, wie sie nur sehr wenige Häfen auf der Welt vorweisen können. Der Hamburger Hafen ist als Drehkreuz zukünftiger Warenströme und als Motor von Innovationen unverzichtbar.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist gut, dass die Anpassung der Fahrrinne nun kommt.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir werden jetzt prüfen, mit welchen Vorbereitungen für den Fahrrinnenausbau wir schon ohne Planfeststellungsbeschluss beginnen können

(*Dennis Thering CDU*: Das sind Träumereien!)

und ob Ausschreibungen für 2018 und 2019 bereits möglich sind. Sie können also sicher sein: Hamburg wird auch in Zukunft eine Welthafenstadt sein.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Das Wort bekommt Herr Trepoll von der CDU-Fraktion.

André Trepoll CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lassen Sie mich mit etwas Positivem anfangen. Ich fand es richtig, dass Sie dieses Mal für Ihren Vortrag zum Instrument der Regierungserklärung gegriffen und nicht wie beim letzten Mal die Aktuelle Stunde gesprengt haben. Da deutet sich zumindest ein gewisser Lerneffekt an; das hätten wir Ihnen gar nicht zugetraut.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es auch gut – und ich glaube, nach Ihrem Vortrag hier auch notwendig –, dass wir die entsprechende Zeit investieren, um uns mit Ihren Ausführungen auseinanderzusetzen. Denn dann sind Sie leider wieder in altbekannte Verhaltensmuster zurückgefallen. Sie haben von Anfang an konsequent an Ihrer politischen Verantwortung für die Fakten, über die wir heute sprechen müssen, vorbeigeredet, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Nö!)

Wir haben einmal von Ihnen gehört, Sie wollten die Lufthoheit über die Kinderbetten erringen, mittlerweile, muss man in Hamburg sagen, haben Sie die Lufthoheit über die Durchhalteparolen, denn nichts anderes war das, Herr Scholz.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Wo habt ihr denn eine Lufthoheit? Null!)

Wir haben also keine Regierungserklärung gehört, in der Sie auch die Fehler, die Sie gemacht haben, erklären; das war heute eine Regierungsverklärung, die Sie uns vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU)

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Elbvertiefung ist eine bittere Enttäuschung für die maritime Wirtschaft in Hamburg und für unsere Stadt insgesamt. Die negativen Auswirkungen sind in ih-

(André Trepoll)

rer Dimension heute noch nicht absehbar. Sie haben dazu kein einziges Wort gesagt, aber klar ist, dass der von Ihnen zu verantwortende Stopp der Elbvertiefung eines bedeuten kann: weniger Schiffsanläufe in den nächsten Jahren, weniger Umschlag und weniger Arbeitsplätze. Jeden, dem das Wohl unserer Stadt am Herzen liegt, muss diese Entwicklung deshalb ernsthaft auch mit Sorge erfüllen. Das, finde ich, ist das Mindeste, was Sie hätten sagen müssen, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben in den letzten Jahren viel Schönfärberei und Optimismus von Ihnen und Herrn Horch gehört. Aber das reicht natürlich nicht aus. Den Gipfel haben Sie dem dann in der letzten Woche aufgesetzt, als Sie das Urteil bewertet haben, nämlich als Meilenstein für die Wirtschaftsnation Deutschland.

(*Wolfgang Rose SPD*: Recht hat er!)

Und da frage ich mich, Herr Scholz: Sprechen Sie eigentlich noch mit den Verantwortlichen, mit den Mitarbeitern im Hafen? Schauen Sie, wenn man wie ich aus Harburg kommt, wo fast jeder Zweite direkt oder indirekt im Hafen oder bei Unternehmen im Hafen arbeitet, weiß man, dass sich die Betroffenen große Sorgen über diese Entwicklung machen und bei Ihren Worten nur noch mit dem Kopf schütteln. Das entnehme ich auch den Reaktionen Ihrer eigenen Kollegen.

(Beifall bei der CDU – *Arno Münster SPD*: Waren Sie schon mal im Hafen?)

Verbände, Vorstände, Gewerkschaften – die Mitarbeiter auch, Herr Münster –, alle wissen, welche negativen Folgen dieses Urteil und der von Ihnen zu verantwortende Stopp haben kann. Deshalb frage ich mich ernsthaft, Herr Scholz: Meilenstein für Deutschland, haben Sie das wirklich ernst gemeint?

(Zuruf: Lächerlich ist das!)

Sie haben gesagt, Hamburg müsse wieder ordentlich regiert werden. Das war 2011 Ihr zentrales Versprechen. Was Hamburg jetzt mit diesem Urteil aus Leipzig schwarz auf weiß bescheinigt bekommen hat, ist genau das Gegenteil von Ihrem Versprechen, Herr Scholz.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Daran können Sie natürlich Ihre politische Kommunikationsstrategie nicht ausrichten, aber dieses "Ja, aber" des Bundesverwaltungsgerichts war eben keine positive Entscheidung

(*Milan Pein SPD*: Was denn?)

in der aktuellen Situation, weder für Deutschland noch für Hamburg. Sie haben bereits 2011 im Wahlkampf angekündigt, dass mit Ihnen als Bürgermeister die Bagger für die Elbvertiefung 2012

loslegen können. Das war Ihr zentrales Versprechen. Ich kann mich noch gut erinnern, wie Sie uns das vorgeworfen haben. Sie versprachen den Managern der Container-Reedereien noch im letzten Jahr, dass nun endlich wirklich alles gut ist. Dann haben Sie damit kokettiert, Sie hätten alle Planfeststellungsverfahren gelesen, sie seien so umfangreich, sie seien noch nie so gut wie dieses Mal, und haben das alles für gut befunden. Aber diese Schriftsätze zu lesen ist nicht ausreichend. Sie hätten dafür sorgen müssen, dass es zu keinen weiteren Schlampereien und Fehlern bei den Planungen kommt. Das wäre Ihr Job gewesen, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der CDU – *Milan Pein SPD*: Falsche Rede, Herr Trepoll!)

– Ich weiß, dass Sie das aufregt. Das ist ein gutes Zeichen, denn darum geht es doch. Ich will das noch einmal deutlich ausführen, weil es Sie anscheinend interessiert.

Mit der Wirtschaftskraft der Stadt spielt man nicht. Das waren Ihre Worte, Herr Scholz, es wird deutlich, dass Ihre eigenen Worte, Ihre eigenen Ansprüche in diesem Augenblick auf Sie zurückfallen.

(Beifall bei der CDU)

Wer eben genau hingehört hat, der hat vielleicht auch genau Entscheidende am Ende mitbekommen. Da hat der Herr Bürgermeister gesagt, 2018/2019 könnten die Ausschreibungsverfahren starten. Das bedeutet nichts anderes, als dass zum Ende Ihrer Amtszeit 2020 die Fahrrinnenanpassung immer noch nicht realisiert ist, und das ist der Skandal dieser Auswirkung dieses Urteils.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts war nicht irgendein Urteil. Es war ein Urteil, auf das die gesamte Stadt – die Öffentlichkeit, der Hafen, die Wirtschaft, die Politik, auch die Menschen in Hamburg – lange Zeit gewartet hat. Denn der Hafen ist das wirtschaftliche Zentrum unserer Stadt, die Herzkammer der gesamten Metropolregion. Wir können viele Debatten darüber führen, ob nur der Hafen oder nicht: Er ist wichtiger Bestandteil – und wird es hoffentlich noch lange bleiben. Er bedeutet für unsere Stadt mehr als 160 000 direkte Arbeitsplätze, Wirtschaftskraft, Unternehmertum, und ist natürlich auch Grundlage dafür, dass wir unsere sozialen Dinge finanzieren können.

Er ist zusätzlich Keimzelle unserer Stadt; ohne Hafen kein Hamburg. Wir in Hamburg feiern nicht die Gründung unserer Stadt, wir feiern den Hafengeburtstag. Das zeigt, wie eng der Hafen und Hamburg verknüpft sind. Ohne Hafen wäre Hamburg heute nicht das, was es ist: nicht die wichtigste Handelsstadt Deutschlands, nicht die größte und wohlhabendste Metropole Europas, die keine Hauptstadt ist, und schon gar nicht das Tor zur

(André Trepoll)

Welt. Hafenstadt zu sein, das gehört zum Selbstverständnis unserer Stadt und hat sie seit Jahrhunderten geprägt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Dass wir einen Hafengeburtstag haben, wissen Sie? Das ist ja ein Betrag, Herr Trepoll!)

– Keine Sorge, ich werde gleich noch konkret, im Gegensatz zum Bürgermeister.

(Zurufe von der SPD: Ah, ah!)

Machen Sie sich keine Sorgen, Sie bekommen von uns den Aktionsplan. Vom Bürgermeister habe ich dazu gar nichts gehört. Also gedulden Sie sich noch ein bisschen, Herr Dressel, dann können Sie das auch noch verfolgen.

(*Jan Quast SPD*: Ist doch entschieden, Herr Trepoll!)

Warum ist es jetzt eine besondere Situation? Weil sich der Hafen, weil sich die maritime Wirtschaft schon seit einigen Jahren in einer schweren Krise befindet; das können Sie doch gar nicht weg reden. Und deshalb wäre es so wichtig, dass der Hamburger Hafen Planungssicherheit und bessere Wettbewerbsbedingungen bekommt. Diese Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt wäre das richtige Signal gewesen, das wäre der wichtigste Baustein für die Zukunftsfähigkeit unseres Hafens gewesen. Das Bundesverwaltungsgericht hat den Hamburger Senat schon während der mündlichen Verhandlungen im letzten Dezember dafür abgewatscht, dass er bei den Ausgleichsflächen getrickt hat und dass eingereichte Planungsunterlagen zu den Umweltauswirkungen unvollständig waren,

(*Michael Kruse FDP*: Etikettenschwindel!)

was auch schon völlig richtig in dem Urteil 2014 deutlich geworden ist. Es sind vorher bereits gleichlautende Hinweisbeschlüsse des Gerichts ergangen. Ich sage deutlich: Das hätte nicht passieren dürfen, Herr Scholz.

(Beifall bei der CDU)

Dass Sie dann ausgerechnet vom Schierlings-Wasserfenchel besiegt werden, entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn es nicht so tragisch wäre in den Auswirkungen für unsere Stadt. Man stolpert eben nicht immer über die großen Steine, sondern über die kleinen. Das ist dem Bürgermeister offensichtlich passiert.

Ich kann mich noch erinnern, als Sie im Jahr 2014, hier an dieser Stelle, den damaligen Stopp der Elbvertiefung mit der Auslegung der Wasserschutzrahmenrichtlinie erklärt haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wasserrahmenrichtlinie! Das haben wir gelöst, das Problem!)

Das war das gleiche Verhaltensmuster wie eben. Da sagen Sie, das sei eine sehr neue Rechtsmaterie, der EuGH habe die Schuld, und taten so, als ob Sie Opfer höherer Mächte wären. Aber diese Fehler, die Sie hier und heute zu verantworten haben, sind normale Dinge, die in jedem Planfeststellungsverfahren seit Jahren und seit Jahrzehnten nicht passieren dürfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: So ist das, wie sich Klein Fritzchen das vorstellt!)

– Herr Dressel, jeder Bezirksabgeordnete weiß, dass man Ausgleichsflächen nicht doppelt verwenden darf. Der Richter hat wörtlich von Etikettenschwindel gesprochen. Was haben Ihre Prozessbevollmächtigten, Herr Dressel, geantwortet? Vielleicht, haben sie gesagt. Das heißt, Sie wussten von Anfang an über diese Fehler Bescheid, und das muss man Ihnen politisch vorhalten: dass dort nicht eingegriffen und nachgebessert haben. Da können Sie die Schuld auf keinen anderen schieben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bei einer so wichtigen Zukunftsfrage für unsere Stadt ist das eine wirkliche Blamage, das muss man mit aller Deutlichkeit sagen. Herr Dressel, erklären Sie uns, warum Sie keinen Antrag auf Nachbesserung gestellt haben? Warum haben Sie diese Niederlage vor dem Bundesverwaltungsgericht,

(*Wolfgang Rose SPD*: Welche Niederlage?)

sehenden Auges hingenommen, Herr Bürgermeister? Warum haben Sie nicht eingegriffen, Herr Scholz?

Jetzt haben wir sie wieder, die Hängepartie. Haben Sie vom Bürgermeister gehört, wann er damit rechnet, dass die Elbvertiefung kommt? Ich habe nichts gehört. Herr Horch hat in der Pressekonferenz einmal locker von drei bis sechs Monaten gesprochen, mittlerweile hört sich das schon wieder anders an. Von daher ist der Schaden da. Sie haben es erlebt, die Aktien der HHLA sind nach der Urteilsverkündung regelrecht abgestürzt.

(*Arno Münster SPD*: Sind auch wieder hochgekommen!)

Reeder geraten unter Druck, ihre Liniendienste zu verlegen. Wir haben heute erste Meldungen gehört, es drohe ein weiterer Umschlagsmengenverlust für unseren Hafen. Sogar die Staatsreederei Hapag-Lloyd denkt darüber nach, Liniendienste aus Hamburg zu verlegen, weil es sich betriebswirtschaftlich nicht mehr rechnet. Das macht deutlich, wie wichtig ein positives Urteil gewesen wäre.

Ich war selbst – ich habe Ihnen das schon berichtet vor einigen Monaten – in Taiwan und habe mit den Vorstandsvorsitzenden von Yang Ming und Evergreen gesprochen. Deren Botschaft war glas-

(André Trepoll)

klar, da gab es keine asiatische Zurückhaltung. Sie haben gesagt: Wenn die Elbvertiefung nicht kommt, dann können wir nicht mehr kommen. Die 18 000-TEU-Schiffe sind bestellt. Und deshalb gibt es keine Alternative für die Fahrrinnenanpassung. Die Ladung wird ihren Weg finden, dann eben nicht mehr über den Hamburger Hafen. Und wer davor die Augen verschließt,

(Arno Münster SPD: Tun wir doch gar nicht!)

der verspielt leichtfertig die Zukunft unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU und bei Michael Kruse FDP)

Dann ist es so, Herr Scholz, dass doch der Stopp der Elbvertiefung, den Sie zu verantworten haben, in trauriger Kontinuität zu Ihrer bisherigen Hafentpolitik steht: unklare Hafententwicklung, die Verschlickungsproblematik, Verkehrsprobleme, unzureichende digitale Infrastruktur, Wettbewerbsnachteile durch die zu hohen Gebühren und Auflagen, insbesondere zu den Konkurrenzhäfen. Die Uneinigkeit in der Koalition will ich gar nicht erwähnen. Wer eben darauf geachtet hat, wer hier klatscht und wer nicht, sieht, dass das noch einmal ein eigenes Thema für sich ist.

(Farid Müller GRÜNE: Das kennen Sie doch!)

Aber was wir jetzt von Ihnen erwarten, ist ein umfassender Aktionsplan für den Hamburger Hafen, einen Überbrückungsplan, bis eine erfolgreiche Elbvertiefung kommt. Mich überrascht es sehr, wie unvorbereitet Sie offensichtlich mit dieser Situation konfrontiert wurden. Ihre Regierungserklärung, Herr Scholz, hat das noch einmal sehr deutlich gemacht. Denn selbst wenn die Elbvertiefung, hoffentlich so schnell wie möglich, kommen wird, wissen wir aus der Erfahrung, zum Beispiel Vertiefung der Schelde, dass es Zeiträume von sechs bis zehn Jahren sind, bis wir das wieder aufgeholt haben, bis der Rückstand wieder wettgemacht ist.

Sie haben dazu gar nichts gesagt, Herr Scholz, deshalb denke ich einmal, Sie haben erwartet, dass wir Ihnen das vorlegen. Das will ich an dieser Stelle tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Heiterkeit bei der SPD)

Wir sollten jetzt umfassend die folgenden Punkte in Angriff nehmen.

Erstens: Bis zur erfolgten Elbvertiefung darf es keine weiteren Kostenerhöhungen für die Hafenbetriebe mehr geben. Das betrifft insbesondere die kostenintensiven Frachten und die Hafenbahn. Wir sagen: Keine Belastungen auf der Kostenseite, damit unser Hafen wettbewerbsfähig bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Die Hafenbetriebe brauchen Standortsicherheit. Dazu gehört jetzt auch, bei auslaufenden Mietverträgen – auch bei denen, die in den nächsten Jahren auslaufen – unbürokratisch und schnell anzubieten, sie zu gleichen Konditionen zu verlängern.

Drittens: Die Beteiligung der Stadt mit der HPA an der bisher rein privat organisierten Koordination der Großschiffsanläufe im Hamburger Hafen muss geprüft werden.

Viertens: Wenn wir im Jahr 2017 immer noch viele Unternehmen im Hafen haben, die nicht über schnelles Internet verfügen, weil das Netz veraltet ist, dann ist das ein No-Go in dieser Situation, und deshalb müssen wir die Chancen der Digitalisierung auch hier nutzen. Wir brauchen eine Priorisierung des Internetausbaus, insbesondere im Hamburger Hafen und in den angrenzenden Industrie- und Gewerbestandorten. Auch das muss sofort angegangen werden.

(Beifall bei der CDU und bei Carl-Edgar Jarchow FDP)

Und fünftens: Auch die verkehrliche, also die analoge Anbindung des Hafens muss endlich vorangebracht werden. Als CDU fordern wir deshalb schon seit Langem den zügigen Weiterbau der Küstentautobahn A 20 mit der Elbquerung, westlich natürlich den Neubau der Hafentquerspanne. Immerhin sind auch beide Projekte jetzt im Bundesverkehrswegeplan beschlossen und für den vorrangigen Ausbau vorgesehen. Deshalb: Geben Sie endlich Vollgas bei der Planung,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Machen wir doch!)

genauso wie bei dem Thema des Ersatzes der Köhlbrandbrücke und vieler anderer Brücken im Hamburger Hafen, Waltershofer Brücke, Veddelkanalbrücke, Brandenburger Brücke, Freihafenelbbrücke. All das sind Dinge, die Sie jetzt einfach mit mehr Druck vorantreiben müssen. Sagen Sie uns, wie es weitergeht mit der Westerweiterung, mit dem Containerterminal Steinwerder, mit dem Schienengüterverkehr, dass Sie den weiter ausbauen. Hier sind doch nun wirklich nur die Bundesländer, die allesamt von Rot-Grün regiert werden, betroffen. All das muss Voraussetzung sein, damit wir unseren Hafen wettbewerbsfähig halten.

(Beifall bei der CDU)

Sehr merkwürdig, wenn man merkt, wie es ruhiger wird, wenn es ein bisschen ins Fachliche hineingeht.

(Beifall bei der CDU)

Sechstens: Die Verschlickung des Hamburger Hafens muss dauerhaft gelöst werden; ein bekanntes Problem, über das wir hier oft gesprochen haben.

(Zuruf von Arno Münster SPD)

(André Trepoll)

– Gut, Sie sind wieder da, ich habe es vernommen.

Der teure Deal mit Schleswig-Holstein und die bisherige gängige Praxis der Kreislauf-Baggerei sind keine wirksamen Lösungen, das muss klar sein.

(Michael Kruse FDP: Und von städtischen Unternehmen verklagt wird!)

Es kann nicht sein, dass wir uns vor einem Gericht für die Vertiefung der Elbe einsetzen und der Senat gleichzeitig nicht in der Lage ist, die vorgesehenen Wassertiefen und die Erreichbarkeit aller Hafenbecken im Hamburger Hafen zu gewährleisten. Das geht überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben dazu in den Haushaltsberatungen eigene Anträge eingebracht. Wir halten es weiterhin für sinnvoll, dass die Stadt mit eigenen Schlickbaggern eingreift. Das wäre eine kluge und auch kostengünstigere Lösung, als das jetzt Monat für Monat einem oder maximal zwei Konsortien aus Belgien und den Niederlanden hinterherzuwerfen.

Und das Wichtigste, der siebte Punkt, zum Schluss: Beheben Sie die im Urteil festgestellten Mängel.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ach! Das ist ja überraschend!)

– Ja. Hätten Sie doch vorher schon machen können, Herr Dressel.

Diese neuen Ausgleichsflächen müssen dringend gefunden werden. Deshalb, Herr Scholz: Machen Sie nicht 20, 30 Wahlkampfauftritte mit Herrn Albig in Schleswig-Holstein,

(Dr. Monika Schaal SPD: So etwas Billiges! So ein Kinderkram!)

die nur Ihrer Partei nützen, sondern machen Sie einen Termin mit Ihren Amtskollegen aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen, der unserer Stadt nützt, bei dem Sie diese Dinge besprechen und klären.

(Beifall bei der CDU)

Nach dem, was man in den letzten Tagen an Drohungen des niedersächsischen SPD-Wirtschaftsministers lesen konnte, der doch eigentlich gesagt hat, Ausgleichsflächen nur gegen Hafenkooperation, kann ich nur sagen: Dieser Egoismus führender Sozialdemokraten in Norddeutschland ist eine Gefahr für den Hamburger Hafen. Und da müssen Sie eingreifen, Herr Scholz.

(Beifall bei der CDU)

Schauen Sie, natürlich sind Ausgleichsflächen Mangelware. Deshalb ist es an der Zeit, sich anzuschauen, wo wir zum Beispiel diese freiwilligen Maßnahmen treffen, die auch das Problem in dem Urteil waren. Wo können diese zurückgestellt werden,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Zurückstellen nützt ja nix!)

wo können wir diese vielleicht auch rechtzeitig als Ausgleichsflächen nachweisen? Aber das wird noch einige Zeit dauern. Denn, und das haben Sie nicht erwähnt, Herr Scholz, gegen die irgendwann hoffentlich abermals nachgebesserten Planungsunterlagen können natürlich die Umweltverbände rechtlich wieder Einwände erheben. Das ist der Stand heute. Da ist es natürlich eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet SPD und GRÜNE dieses Verbandsklagerecht den Umweltverbänden zum Geschenk machen haben

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber die CDU hat es nicht abgeschafft!)

und jetzt mit ihren Planungsfehlern an eben diesen klagenden Umweltverbänden scheitern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Bei den Bedingungen, die uns die Umweltverbände für die Verhandlungen diktieren wollen – wir haben das alle vernommen –, die nichts anderes bedeuten als einen Abstieg des Hamburger Hafens zum Regionalhafen, brauchen Sie Ihr Reserve-Team von hier vorn gar nicht erst loszuschicken. Das ist doch zum Scheitern verurteilt, das kann nicht Grundlage für solche Gespräche sein. Der einzige Weg ist, diese Fehler zu korrigieren. Kein anderer Weg führt zum Ziel.

(Beifall bei der CDU)

Eines will noch klipp und klar sagen; Sie haben es angesprochen, Herr Bürgermeister. Sie haben von Mut gesprochen. Das ist zu begrüßen. Aber dann seien Sie auch mutig genug und lassen Sie uns darüber sprechen, wie es sein kann, dass wir es zulassen, dass in Deutschland wichtige Infrastrukturprojekte immer wieder über Jahre und Jahrzehnte von Umweltverbänden verzögert werden. Wenn heutzutage die wirtschaftlich notwendige Vertiefung eines Flusses um 1 Meter an einigen Stellen länger dauert als der Bau von Millionenstädten in anderen Teilen der Welt, dann stimmt doch etwas nicht mit unserem Land, das muss doch jedem aufgehen.

(Beifall bei der CDU – Farid Müller GRÜNE: Stimmt denn alles in China?)

Bei diesen großen Projekten geht es um die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, und deshalb ist es aus meiner Sicht an der Zeit, die planerischen und rechtlichen Gegebenheiten auf den Prüfstand zu stellen. Wir können uns nicht immer nur damit herausreden, dass wir das auf die europäische Ebene verschieben. Andere Länder, zum Beispiel Dänemark, machen es uns vor, sie sind in diesen Verfahren viel schneller. Und deshalb, finde ich, sollten wir uns das anschauen. Das Verbandsklagerecht gehört endlich

(André Trepoll)

auf den Prüfstand. Dafür müssen wir uns starkmachen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Das sagst du jetzt am Ende der Wahlperiode?)

Ich will nicht falsch verstanden werden. Es ist richtig, dass der Umweltschutz in unserem Land mittlerweile einen großen, einen hohen Stellenwert hat.

(Zurufe von der SPD: Oh! Ah!)

Er kann natürlich, richtig angelegt, sogar ein Wettbewerbsvorteil sein – aber eben nur, wenn man ihn richtig macht. Aus meiner Sicht ist eben nicht nur die Umwelt schützenswert, nein, auch Arbeitsplätze, auch Menschen sind schützenswert. Grüne Brache im Hamburger Hafen schafft keinen Wohlstand und nicht das, was wir uns unter einem modernen Staat vorstellen und wünschen. Das muss sich jeder vor Augen führen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Es bleibt festzustellen, dass die Wertschöpfung des Hamburger Hafens deutlich höher ist als beispielsweise in Rotterdam oder Antwerpen. Das hat positive Effekte über Hamburg hinaus auf die gesamte Bundesrepublik. Ohne den Hamburger Hafen wäre Deutschland gar nicht Exportweltmeister, und deshalb ist es selbstverständlich auch von nationaler Bedeutung, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens wieder verbessert wird. Hamburgs Geschichte ist untrennbar mit dem Hafen verknüpft, aber es geht nicht um Tradition. In diesem Fall geht es um Zukunft. Wir müssen dafür sorgen, dass Hamburg als gute Hafenstadt Zukunft hat. Diesem Anspruch, Herr Bürgermeister, diesem selbstgesteckten Anspruch sind Sie mit dieser Entscheidung und der dabei zu tragenden politischen Verantwortung aus unserer Sicht nicht nachgekommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP – *Milan Pein SPD*: Weniger wäre mehr gewesen!)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Trepoll, wieder fragt man sich, wenn man Ihnen so zuhört, in welcher Stadt wir eigentlich leben,

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Harburg! – *Jörg Hamann CDU* und *Richard Seelmaecker CDU*: Hamburg!)

von welchen verschiedenen Projekten wir reden, von welchen unterschiedlichen Realitäten wir aus-

gehen. Um es klar zu sagen: Auch ein Oppositionsführer sollte nicht mit alternativen Fakten unterwegs sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich kehre zum Maritimen zurück,

(*Karin Prien CDU*: Haben Sie auch was Eigenes?)

schließlich geht es auch um die nautische Erreichbarkeit unserer Stadt. Ihr politischer Kompass ist ausgefallen, anders kann man sich diese Abrechnung, die Sie hier gemacht haben, nicht erklären.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Dass Christdemokraten in diesen Tagen auch anders können, zeigt die Erklärung des Beauftragten für maritime Wirtschaft der CDU-Bundestagsfraktion, der, glaube ich, Ihnen nicht ganz unbekannt Kollege Rüdiger Kruse, der mit anderen Abgeordneten aus der SPD-Bundestagsfraktion regelmäßig gute Dinge für diese Stadt bewegt. Darüber habe ich heute von Ihnen noch nicht viel gehört. Ich will gern einmal erwähnen, was der Kollege Kruse gesagt hat. Ich zitiere wörtlich:

"Das 'Ja, aber ...' des Gerichts ist eine positive Entscheidung für beide Seiten. Die Planungsfehler sind genau zu analysieren und die Nachbesserung zügig umzusetzen. Nach mehr als zehn Jahren Planungszeit und vier Jahren Rechtsstreit, nach Hunderten von Gutachten und Gegengutachten, nach der Thematisierung des Projekts in der Europäischen Kommission und im Europäischen Gerichtshof, gibt es nun Rechtssicherheit. Mit der kommenden Elbvertiefung kann der Hamburger Hafen wettbewerbsfähig bleiben. Durch seine günstige Lage tief im Binnenland und als logistischer Knotenpunkt Nordeuropas bedeutet ein wachsender Umschlag auch große Chancen für andere wichtige Industriezweige. Als Anlandepunkt im Asien-Europa-Verkehr spielt Hamburg eine herausragende Rolle. Gerade auf dieser Route werden die weltgrößten Containerschiffe eingesetzt. Für die Zukunft der maritimen Wirtschaft in Deutschland sind wir mit der heutigen Entscheidung gut aufgestellt."

Vielen Dank, Herr Kruse, richtig so.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE* – *Karin Prien CDU*: Aber das Gerichtsverfahren nicht! – *Michael Kruse FDP*: Er hat es ja nicht in Ordnung gebracht!)

Dann kommen wir jetzt einmal zum kleinen Karo der CDU-Bürgerschaftsfraktion zurück.

(*Michael Kruse FDP*: Kommen Sie in die Gegenwart!)

(Dr. Andreas Dressel)

– Das kommt doch alles. Man musste bei Ihnen doch auch bis zu den spannenden Punkten etwas länger warten.

Dass gerade Sie bei diesem Thema dicke Backen machen, ist erstaunlich,

(Karin Prien CDU: Sie doch auch!)

denn, das hat Herr Kruse auch aufgeführt, die Planungszeit hat in Ihre Regierungszeit hineingebracht. Schauen wir einfach einmal, womit wir das Projekt 2011 übernommen haben.

(Karin Prien CDU: Das Urteil mal lesen!)

Da war nichts vorbereitet. Wir hatten kein Okay der EU-Kommission, kein Okay aus Kiel, nichts aus Niedersachsen. Sie haben uns einen Torso bei der Elbvertiefung hinterlassen. Das hat dieser Senat in Ordnung gebracht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die CDU sagt, sie habe einen Aktionsplan für die maritime Wirtschaft. Oha.

(André Trepoll CDU: Kann es jetzt losgehen? Das ist die Frage!)

Der letzte große Aktionsplan, den Sie umsetzen konnten, hieß "Hafen finanziert Hafen".

(Michael Kruse FDP: Das reicht nicht!)

Daran haben alle im Hafen noch sehr schlechte Erinnerungen. Deshalb sollten Sie Ihren Aktionsplan zu den Akten legen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schon ein bisschen heuchlerisch, wenn Sie die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin stellen ...

(Karin Prien CDU: Sie doch auch!)

– Ja. Aber irgendwie sind wir dort zwei Partner, beziehungsweise drei, wenn man die CSU mitzählt.

Die FDP hat sich auch ein bisschen beim Thema Verbandsklagerecht echauffiert.

(Michael Kruse FDP: Das reicht nicht!)

Es gab da mal eine schwarz-gelbe Koalition. Das Verbandsklagerecht gibt es schon etwas länger, seit 2002. Deshalb: Bei einer Entscheidung, die einem nicht zu 100 Prozent passt, zu sagen, jetzt müsse das Verbandsklagerecht abgeschafft werden, ist einfach ein Stück weit heuchlerisch. Sie hätten längst etwas machen können, wenn Sie es hätten tun wollen.

(Beifall bei der SPD und bei Farid Müller GRÜNE)

Kommen wir einmal zur Realität nach dem Urteil zurück.

(Jörg Hamann CDU: Hauptsache, Sie geben sich selbst gute Noten!)

Da hat der Bürgermeister die Sachlage richtig beschrieben, und jeder, der noch Zweifel hat, möge einfach einmal sehr genau Satz für Satz die Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts durchlesen.

(Zuruf von der CDU)

– Ja, genau. Die schriftliche Urteilsbegründung liegt weder uns noch Ihnen vor. Es reicht schon, die Pressemitteilung des Bundesverwaltungsgerichts – das ist nicht viel, nur eine Seite – zu lesen. Da können wir deutlich ablesen – und dazu habe Sie gar nichts gesagt –,

(Zurufe von Jörg Hamann CDU)

dass wir mit 90 Prozent der Fragen, um die es geht, durch sind.

(Michael Kruse FDP: Trotzdem gestoppt!)

Das ist ein entscheidender Durchbruch für die Elbvertiefung.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie sich damit nicht richtig beschäftigt haben, sieht man doch daran, dass Sie in Ihrer Rede eben gesagt haben, bei der letzten Regierungserklärung habe der Bürgermeister so viel über die Wasserrahmenrichtlinie gesagt.

(Jörg Hamann CDU: Das waren ja alles Einwendungen!)

– Genau.

Schauen wir doch einmal hinein in die Entscheidung aus Leipzig. Darin steht nämlich, dass die Punkte zur Wasserrahmenrichtlinie alle sauber abgearbeitet wurden. Da herumzukommen, war die schwierigste Klippe in diesem Verfahren. Deswegen ist das gerade ein Beleg dafür, dass Sie nicht recht haben und der Senat mit seiner Analyse richtig liegt, hier die Hausaufgaben ordentlich gemacht zu haben.

(Beifall bei der SPD – Jörg Hamann CDU: Das sind Fakten!)

Es sind konkret acht Sätze in dieser Pressemitteilung: Keine beachtlichen Verfahrensmängel, keine materiellrechtlichen Fehler, eine erneute Öffentlichkeitsbeteiligung war nicht erforderlich, die Prognosen der Bundesanstalt waren nicht zu beanstanden, planerische Rechtfertigung. Der entscheidende Punkt: Wir müssen uns nicht darauf verweisen lassen, etwas mit anderen zwingend zusammen zu machen, sondern es hat eine eigene planerische Rechtfertigung. Und, und, und.

(Zuruf von Milan Pein SPD)

Und zum Thema Wasserrahmenrichtlinie, dass wir sowohl die Maßgaben des Verschlechterungsverbots als auch des Verbesserungsgebots eingehalten haben. Das ist ein Zeichen: Hier ist handwerklich ordentlich gearbeitet worden.

(Dr. Andreas Dressel)

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN – Zuruf von *André Trepoll CDU*)

– Nein. Wir sind doch beide Juristen, Kollege Trepoll. Sie wissen doch, wie das normalerweise bei Gerichtsentscheidungen ist. Wenn ein Richter nicht alles entscheiden will, sondern nur die Sachen, die wirklich entscheidungserheblich sind,

(Zuruf von *Thilo Kleibauer CDU*)

dann sagt er zu sehr vielen Sachen nichts, sondern nur zu den Sachen, zu denen er dann entscheidungserheblich zu einem Urteil kommen will.

(*Michael Kruse FDP*: Da musste immer wieder nachgearbeitet werden!)

Daran, dass das Gericht alle anderen Sachen auch genau abgearbeitet hat,

(*Michael Kruse FDP*: Aber Ihre handwerklichen Mängel!)

sieht man doch, dass es hier auch darum ging, an sehr vielen Stellen Planungs- und Rechtssicherheit für alle Verfahrensbeteiligten zu geben. Deswegen ist das schon ein wichtiges Urteil, ein Meilensteinurteil aus Leipzig, das wir hier umsetzen können. Und zur Schlussbemerkung des Urteils hat der Herr Bürgermeister doch auch etwas gesagt.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN – *Jörg Hamann CDU*: Ihre Leute haben nicht geklatscht!)

– Ehe Sie sich wieder aufregen, Herr Hamann: Vielleicht haben Sie nicht genau zugehört. Was in Leipzig gesagt worden ist, zitiere ich jetzt einmal sinngemäß aus der mündlichen Begründung.

(*Michael Kruse FDP*: Lesen Sie einfach weiter vor!)

In Relation zu der Vielzahl der Einwendungen hielten sich die Beanstandungen in sehr engen Grenzen. In den meisten und gerade in den grundlegendsten Punkten hielten die Planfeststellungsbeschlüsse der gerichtlichen Überprüfung stand. Dieser Satz sollte all denjenigen zu denken geben, die sagen, das sei eine Klatsche für jemanden im Senat – es ist stattdessen eine Klatsche für Ihre Inkompetenz beim Lesen solcher Entscheidungen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten jetzt wirklich einmal nach vorn gerichtet die Fakten analysieren und sehen, welche Konsequenzen wir daraus ziehen.

Zu den 90 Prozent habe ich etwas gesagt. Zu den 10 Prozent, die jetzt noch zu tun sind, möchte ich auch etwas sagen, will aber noch einmal darauf hinweisen, was letztlich in den 90 Prozent ein Stück weit auch enthalten ist, nämlich dass viele Fortschritte erzielt worden sind für den Lebensraum Elbe. Schauen Sie sich einmal genau an, zu welchen Fragen im Vorverfahren, im Planfeststel-

lungsverfahren selbst und jetzt im Gerichtsverfahren es Fortschritte gegeben hat: bei den Punkten Deichsicherheit, Uferunterhaltung, Minderung von strömungs- und tidebedingten Auswirkungen, Obstbau, Fischerei, Flora, Fauna. Es hat viele Planungsergänzungen, viele Planungerweiterungen, Zugeständnisse und so weiter gegeben, bis im Verfahren ...

(Zuruf)

– Nein, und ich finde, das sollte sich eine FDP, die doch immer für Rechtsstaatlichkeit so viel übrig hat, klarmachen. Niemand sollte hier den Eingriff in den Lebensraum Elbe kleinreden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist etwas, was wir, glaube ich, alle in diesem Haus so sehen könnten, die CDU eigentlich auch, die immer für die Bewahrung der Schöpfung eintritt.

(*André Trepoll CDU*: Zu welchen Bedingungen?)

Aber wir sind jetzt schon sehr nah dran an einem vernünftigen, sachgerechten Ausgleich zwischen den ökonomischen und den ökologischen Belangen, und das ist eine richtig gute Nachricht.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Dafür gebührt auch den Klägern Respekt, dass sie nämlich in diesem Verfahren auf diese Belange hingewiesen und sie nach vorn gebracht haben. Und deswegen will ich an dieser Stelle die Aufforderung noch einmal bekräftigen, die der Bürgermeister gemacht hat, auch in Richtung der Umweltverbände. Analysieren Sie dieses Urteil sehr genau, hinterfragen sie auch Ihre eigene Fundamentalposition. Wir, Senat, Behörden und Regierungsfractionen, sind gern bereit, mit Ihnen in den Dialog zu gehen, und zwar zu den noch ausstehenden Fragen, die diese Entscheidung formuliert hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Denn es ist schon auch eine Frage von Akzeptanz des Rechtsstaats, dass wir gemeinsam das zu akzeptieren haben, was das Gericht entschieden hat, und das nicht wieder aufschnüren.

(*Michael Kruse FDP*: Ich wette, Sie kriegen's nicht hin!)

Das Bundesverwaltungsgericht hat als neutraler Schiedsrichter entschieden, was gilt und was nicht. Daran sollten wir uns halten, und das sollten die Kläger auch tun.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich bleibt bei diesen 10 Prozent noch etwas zu tun; die einzelnen Punkte hat der Bürgermeister eben angesprochen. Deswegen ist die Frage, wel-

(Dr. Andreas Dressel)

che Vorschläge die klagenden Verbände zu dem Punkt haben, welche Kohärenzmaßnahmen man sich vorstellen kann und wie sie ausgestaltet sein sollen. Außerdem unterhalten wir uns über sehr viele andere Fragen. Der Bürgermeister hat es aufgeführt; Sie können es im Koalitionsvertrag noch einmal nachlesen: Forum Tideelbe, die Ästuar-Partnerschaft, auch die Frage, wie der Hafen ökologisch weiterentwickelt werden kann, ein Hafen, der in einem innerstädtischen Siedlungsraum stattfindet. Es gibt viele Fragen. Wir reichen weiterhin die Hand, denn es ist lohnend, die Auseinandersetzung hier eben nicht bis zum Äußersten zu führen. Ein weiteres Klageverfahren zu vermeiden, wäre, glaube ich, im Sinne aller.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Damit die Elbvertiefung kommt, können die Hausaufgaben jetzt mit Hochdruck angegangen werden. Der Bürgermeister hat es gesagt, sie sind machbar, sie sind überschaubar.

(Michael Kruse FDP: Das hat Ihr Bürgermeister bei seiner Regierungserklärung auch alles schon gesagt!)

Das Interessante ist doch, dass man in einem Rechtsstaat nicht immer alles exakt prognostizieren kann.

(André Trepoll CDU: Hat der Erste Bürgermeister doch gemacht!)

Die rechtsstaatlichen Prinzipien gelten. Jetzt ist klar: Die Elbvertiefung kommt. Es geht nur noch um die Frage dieser letzten Hausaufgaben, die zu machen sind.

(Katja Suding FDP: Und wenn Ihnen das nicht gelingt?)

Wenn weitere Klagen dazu führen könnten, das noch einmal zu verzögern, aber es nicht zu verhindern, dann ist es doch ein Gebot der Vernunft für alle Beteiligten, den Dialog darüber zu suchen, wie neue Klagen vermieden werden können. Dazu reichen wir die Hand.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Keiner sollte, aus welchen Gründen auch immer, darauf spekulieren, neue Hürden aufzubauen, mit denen er meint, das Projekt noch infrage stellen zu können, auch das will ich deutlich sagen. Deshalb freuen wir uns sehr über die konstruktive, freundschaftliche Bereitschaft aus Schleswig-Holstein, uns bei diesen Hausaufgaben tatkräftig zur Seite zu stehen. Und, das sage ich deutlich, wir setzen darauf, dass Niedersachsen – sie haben uns das Einvernehmen 2012 erklärt – auch hier Wort hält und an diesen Maßgaben vernünftig mitwirkt, damit wir eine gemeinsame Entscheidung erreichen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Niemand sollte glauben, dass man, wenn man noch Stöckchen in die Speichen schmeißt, das Projekt verhindern kann. Denn klar ist, diese Entscheidung gibt den Weg grundsätzlich frei, und deshalb hat das keinen vernünftigen Sinn. Vor allem sollte niemand glauben, dass er gewinnt, wenn er meint, die Elbvertiefung verhindern zu können. Das war schon damals falsch, das will ich deutlich für unsere Fraktion sagen. Weder würde der Jade-WeserPort dann plötzlich zur Boomtown, noch wären die ökologischen Gesamtfolgen herausragend positiv, wenn es keine Elbvertiefung geben würde. Das haben wir an dieser Stelle bei der letzten Debatte über eine Regierungserklärung schon einmal festgestellt. Denn die vielen Güter in Hamburg, die hier ankommen, bis weit ins Landesinnere, haben eine perfekte Weiterführung über unsere Hinterlandanbindung, über die Eisenbahn. Das ist nicht nur ein ökonomischer Vorteil, sondern auch ein ökologischer Vorteil, und auch deshalb ist diese Maßnahme, die wir jetzt vorhaben, richtig.

(Beifall bei der SPD)

Die Ladungsströme würden sich – das wollte ich einfach noch einmal sagen, weil mir das ein wichtiger Punkt ist, den wir als SPD-Fraktion immer wieder betonen –, wenn die Elbvertiefung nicht käme, andere Wege suchen.

(Michael Kruse FDP: Das tun sie schon, aber dazu sagen Sie nichts! – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

– Deswegen arbeiten wir doch, im Gegensatz zu Ihnen, mit Hochdruck daran, dass es vorangeht.

Manches würde dann vielleicht nach Rotterdam, nach Antwerpen gehen. Und was wäre eigentlich für die CO₂-Bilanz gewonnen, wenn statt Containerriesen auf der Elbe eine riesige Schlange von Lastern auf der A 1 steht? Nichts. Deshalb ist es nicht nur ökonomisch richtig, sondern auch ökologisch und klimapolitisch eine richtige Entscheidung, auf diese Maßnahme zu setzen. Sie ist auch in dieser Weise richtig und gerechtfertigt.

(Beifall bei der SPD)

Uns geht es dabei nicht darum, dass wir jetzt in eine Abwägung kommen, da sind die großen Pötte und die Containerreedereien, die größer geworden sind, und da ist der kleine Schierlings-Wasserfenchel, den es zu beschützen gilt, sondern in dieser Abwägung fehlen entscheidende Faktoren. Es geht um den Schulterschluss, der auch vor dieser Entscheidung gelungen ist, zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften, es geht um Zigtausende Familien, es geht um Existenzen, es geht um Arbeitsplätze.

(Karin Prien CDU: Das fällt Ihnen aber früh ein!)

Die Metropolregion beschäftigt 150 000 Menschen im Hamburger Hafen, wenn wir einmal deutsch-

(Dr. Andreas Dressel)

landweit schauen, sind es über 200 000 Menschen, die direkt von diesen Arbeitsplätzen abhängen. Deshalb ist es gerade für uns Sozialdemokraten ein entscheidender Punkt,

(Michael Kruse FDP: Deshalb ist es schlimm, dass Sie es vermasselt haben!)

Beschäftigungssicherung in einer langen Perspektive für diese Stadt mit der Elbvertiefung zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Auch deshalb ist die Elbvertiefung unverzichtbar, und sie wird ergänzt durch eine Vielzahl von Maßnahmen; der Bürgermeister hat einige davon genannt.

Ich fand es schon fast putzig, dass in Ihrem Sofortprogramm für den Hafen die Hafenuerspannung als Maßnahme auftaucht. Sie wissen doch, dass das an der Akutsituation nichts ändert. Wir arbeiten überall mit Hochdruck daran, diese Planungen mit voranzubringen. Wir setzen jetzt die Maßgaben aus dem Bundesverkehrswegeplan um. Es ist übrigens ein großes Plus, dass es nun gelungen ist, die Hinterlandanbindung auf eine nationale Ebene zu heben und zu sagen, das ist ein Anliegen, das ganz Deutschland hat. Da können wir doch in den Bürgerversammlungen in Wilhelmsburg und anderswo gemeinsam dafür streiten, dass die A 26 kommt, und zwar so schnell wie möglich.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wir haben weitere Themen. Wir haben das Thema der Westerweiterung, der Entwicklung des mittleren Freihafens. Wir haben die Weiterentwicklung der HPA hin zu mehr Dienstleistungsorientierung. Es gibt viele, viele Fragen in dieser Situation, wo wir ein Stück weit auch mit einer Verzögerung umzugehen haben und wo wir dafür sorgen werden, diese Punkte mit Hochdruck anzugehen. Wir werden alles unternehmen, um den Hafen weiter zukunftsfest zu machen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Man muss eben auch sagen – weil Sie sich so aufgeregt haben, als der Bürgermeister das ansprach –, dass wir natürlich den Hafen nicht als einen Solitär in der Stadt haben, sondern dass wir ihn vernetzen mit vielen Themen von Wirtschaftsentwicklung, Gewerbeentwicklung, Innovationen, dass wir die Vernetzung haben von maritimer Wirtschaft und Luftverkehrswirtschaft und so weiter. Dass Sie da so unruhig wurden, zeigt doch, dass Sie diese Entwicklung offenbar nicht mitbekommen haben. Dass wir diesen Hafen gerade in eine neue Dekade führen,

(André Trepoll CDU: Bei der Elbvertiefung, oder was?)

Zeigt: Wir haben auch die langfristige Hafentwicklung auf einem vernünftigen Schirm.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Dazu gehört übrigens auch – jetzt können Sie sich gleich wieder aufregen, ich sehe Herrn Kruse schon, wie er gleich aufgeregt ist –,

(Dirk Kienscherf SPD: Der ist doch schon die ganze Zeit aufgeregt!)

dass natürlich beispielsweise die Rettung von Hapag-Lloyd ein wichtiger Punkt ist in der Frage, wie wir auf Bestandssicherung in dieser Stadt setzen. Die CDU ist bei diesem Thema irgendwann von Bord gegangen, die FDP war nie dabei. Aber das ist doch ein Gesamtkonzept. Wenn wir die Arbeitsplätze dieser Stadt erhalten wollen, dann muss es gelingen, hier Wertschöpfung zu erhalten, Unternehmen am Sitz Hamburg zu halten. Das ist unser Gesamtkonzept für diesen Hafen.

(Beifall bei der SPD, bei *Farid Müller* und *Dr. Anjes Tjarks*, beide GRÜNE)

Wir werden also Kurs halten bei der Elbvertiefung und bei der Hafentwicklung. Wir werden die Hausaufgaben machen und den dritten Planergänzungsbeschluss auf den Weg bringen. Es gilt, wie es schon in der Präambel unserer Verfassung heißt – und wir Sozialdemokraten nehmen diesen Punkt sehr, sehr ernst –:

"Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen."

Wir wollen dieser Aufgabe weiter gerecht werden, und das werden wir tun. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Verfahren zur Elbvertiefung hat eine gewisse Historie. Es dauert jetzt 15 Jahre an, lange Zeit davon von der CDU geführt: neun Jahre. Wir waren zweimal bei der EU – einmal beim Gerichtshof, einmal bei der Kommission –, es gab sieben Nachbesserungen, zwei Planergänzungsverfahren. Und jetzt sind wir beim Urteil vom 9. Februar 2017. Ich finde, dass es gerade in Anbetracht der Länge und der Komplexität des Verfahrens angezeigt ist, einen Moment innezuhalten, anstatt sofort ins parteipolitische Klein-Klein zu verfallen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

(Dr. Anjes Tjarks)

Wenn man das hier so hört, möchte man hinzufügen: Das gilt insbesondere für die Parteien, die in diesem Verfahren schon einmal Regierungsverantwortung getragen haben.

(Thilo Kleibauer CDU und Dennis Thering CDU: Und nie der Koalitionspartner?)

Nach 15 Jahren Verfahren, in denen die Anliegen der Umweltverbände und der Hafenvirtschaft sorgsam aufgearbeitet und abgewogen wurden, betrachtet man das Verfahren wie folgt – das ist jetzt einmal kein Hamburger Zitat, sondern eines aus der "Süddeutschen Zeitung" –:

"Beide Seiten haben recht."

Ich möchte hinzufügen: Damit hat die "Süddeutsche Zeitung" nicht unrecht. Das möchte ich auch als Grüner klar sagen. Der Hamburger Hafen ist ein großes Industriegebiet, der größte deutsche Hafen. Hier werden viele Menschen beschäftigt. Und auch die gute Erreichbarkeit des Hamburger Hafens und eine Sicherung des Standortes sind wichtige und berechtigte Anliegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die andere Seite ist auch wichtig, kam jedoch in Ihrer Rede, Herr Trepoll, eigentlich nicht vor. Die Belange der Natur, oder, um es für Sie einmal so zu formulieren, die Bewahrung der Schöpfung ist auch ein zentrales Anliegen. Sie sprachen vom tragischen Schierlings-Wasserfenchel, der sich jetzt irgendwie allein gegen die Elbvertiefung stemme. Dazu muss man wissen – und das wissen wir auch alle mittlerweile –: Der Schierlings-Wasserfenchel ist eine Pflanzenart, die nur hier vorkommt. Man könnte meinen, dass der Schierlings-Wasserfenchel deswegen der botanische Pandabär der Unterelbe sei, und wenn wir das so betrachten würden, würden wir über das Projekt sicherlich anders reden.

(Zurufe)

– Moment.

Man könnte auch meinen, es sei ein unbekanntes, hässliches Sumpfkraut. Ich wollte eigentlich sagen: Beides ist in der Sache nicht richtig. Richtig ist, und mir ist wichtig, das einmal zu erklären, weil Sie das mit der Bewahrung der Schöpfung noch nicht so richtig verstanden haben, dass der Schierlings-Wasserfenchel die Leitart für den Flachwasserlebensraum Elbe ist. Er ist nämlich die Pflanze, die Lebensräume benötigt, die trocken fallen, aber auch regelmäßig überspült werden. Seine Existenz und Existenzsicherung – und das ist das Entscheidende, nicht das Kraut selbst – ist die Sicherung der Flachwasserräume und damit eigentlich der Flora und Fauna und der besonderen Ausbreitung der Flora und Fauna in diesem Fluss. Und deswegen ist diese Pflanze so relevant, weil es nämlich darum geht: Wird es genug Flachwasserlebensräume geben? Wie verändert sich die Tide und der Ti-

denhub zu diesen Flachwasserräumen? Und wie verändert sich die Strömung und die Sedimentation, die Deichsicherheit? Wenn man das einmal begriffen hat, dann merkt man auch, dass der Eingriff in dieses Elbästuar kein kleiner Eingriff ist, und deswegen sollte man sich damit ernsthaft auseinandersetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das gilt auch für die Frage des Verbandsklagerechts. Zu den Naturschutz- und Umweltverbänden: Wenn man anerkennen würde, dass der Naturschutz ein berechtigtes Interesse an und für sich und ein berechtigtes Anliegen ist, muss man sagen: Die Natur kann sich vor Gericht gegen Eingriffe in sie selbst nicht wehren, und deswegen ist das Verbandsklagerecht richtig.

(Michael Kruse FDP: Fleischgewordene Flachwasserzone Anjes Tjarks!)

Es ist EU-Recht. Abgesehen davon überprüfen wir damit, Herr Kruse, eigentlich nur die Einhaltung unserer eigenen Gesetze, und das ist in einem Rechtsstaat eigentlich der normale Standard.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn man dieses weiter verfolgt, dann kann ich – der Kollege Dressel hat es schon getan – auch noch einmal den Beauftragten für die maritime Wirtschaft der CDU-Bundestagsfraktion zitieren,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das wollt ihr jetzt nicht hören!)

der sagte, das Urteil sei eine positive Entscheidung für beide Seiten. Herr Trepoll, ich muss hinzufügen: Recht hat er.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt, dass das Planfeststellungsverfahren zur Elbe in Teilen rechtswidrig und deshalb nicht vollziehbar ist, aber es hat auch ausdrücklich betont, dass diese Teile nachgebessert werden können. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Genau das wird möglich sein und genau das werden wir jetzt gemeinsam tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Gleichzeitig – wenn man von den berechtigten Interessen der Umwelt spricht – hat das Urteil klar gezeigt, dass man bei großen Infrastrukturprojekten Umweltbelange nicht einfach wegfeigen kann. Es zeigt sehr klar: Bei Projekten müssen heutzutage ökologische Maßstäbe berücksichtigt werden. Das gilt auch für den Hafen, und ich möchte hinzufügen: Das ist vernünftig. Gerade durch dieses lange Verfahren ist es doch so, dass in Hamburg und im Hamburger Hafen genau diese Berücksichtigung die tatsächliche Praxis in vielen Fällen geworden ist. Gemeinsam mit den Umweltverbänden, mit der Stadt, mit unseren Nachbarländern haben

(Dr. Anjes Tjarks)

wir verschiedene Diskussionsforen ist Leben gerufen.

Da ist einmal das Forum Sedimentmanagement. Hier ging es darum, einen sehr alten, sehr lang anhaltenden Konflikt in der Stadt zu lösen, nämlich die Frage, wie geht man mit der Sedimentation im Hamburger Hafen um.

(Zuruf von *Michael Kruse FDP*)

Wir haben gemeinsam ökonomisch und ökologisch den richtigen Weg gefunden und ein tragfähiges Abkommen mit unseren Nachbarländern zur Tonne E3 gefunden. Genau das hilft uns dabei, diese Probleme und Herausforderungen im Konsens zu lösen. Das sollten Sie einmal als Wert anerkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben, aufbauend auf diesem Forum Sedimentmanagement, im Dezember zusammen mit den Nachbarländern das Forum Tideelbe gegründet, wo es genau darum geht – und Ihr Anliegen gilt es, mitzunehmen, Herr Kruse –, über die Frage zu reden, wie man dem Verbesserungsgebot der Wasserrahmenrichtlinie tatsächlich gerecht werden kann, und gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen. Wie kann man die strombaulichen Maßnahmen auf den Weg bringen zur Dämpfung des Tidehubs und damit zur Sicherung der Flachwasserzonen, die ich gerade als Herausforderung beschrieben habe? Wie kann man strombauliche Maßnahmen auf den Weg bringen, um der Sedimentation, um dem Schlickproblem im Hamburger Hafen zu begegnen? Ich glaube, es ist wichtig, dass wir verstehen, dass wir uns diesen Themen nur gemeinsam stellen können. Das sind nicht nur zentrale ökologische Fragen. Die Schlickfrage ist auch, wie wir alle wissen, eine zentrale Fragestellung der Opposition in diesem Haus. Ich muss sagen, Sie sind noch nicht gerade mit ursächlichen Lösungsvorschlägen für dieses Thema, nämlich für sedimentationsdämpfende Forderungen, aufgefallen. Das zeigt, wie wichtig das Forum Tideelbe auch in Ihren Augen sein müsste.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben schon zusammen mit Ihnen, lieber Herr Trepoll, oder Ihren Vorgängern in einer Koalition gesessen, die sich mit dem Thema Elbvertiefung beschäftigt hat. Wir haben damals die Stiftung Lebensraum Elbe ins Leben gerufen, um wichtige Maßnahmen zum Erhalt des Ökosystems Elbe voranzutreiben.

(*Thomas Kreuzmann CDU*: Das war Bestandteil des Koalitionsvertrags!)

Man hört hier, man könne es gut oder schlecht finden, dass die Verursacher zumindest einen kleinen Teil der Kosten auffangen müssen und die ökologischen Schäden und Naturräume wieder hergestellt und aufgewertet werden. Ich muss sagen, ich finde das gut. Aber, lieber Herr Kruse, vielleicht betrach-

ten Sie das einmal aus Ihrer Perspektive so: Dadurch, dass die Stiftung Lebensraum Elbe aus dem Hafengeld finanziert wird, profitiert die Natur und die Umwelt direkt von der Prosperität des Hamburger Hafens. Sie sollte also ein eigenes Interesse an der Prosperität des Hamburger Hafens entwickeln. Und das, diesen Gedanken, finde ich auch in der Sache richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

In Bezug auf die Stiftung Lebensraum Elbe, lieber Herr Kruse, sollte man vielleicht noch hinzufügen: Die nicht richtige Aussage aus Ihrem Wahlprogramm, die Stiftung Lebensraum Elbe verhindere die Elbvertiefung, ist eher komisch, selbst für einen Befürworter derselben. Richtig ist nämlich das genaue Gegenteil.

(*Michael Kruse FDP*: Wir können auch Ihr Wahlprogramm hier diskutieren, aber darum geht es ja nicht! Es geht hier um die Regierungserklärung!)

Die Stiftung plant neue Projekte, insbesondere für den Schierlings-Wasserfenchel, und sie kultiviert genau diese seltene Art. Deswegen hilft uns die Stiftung, die nötigen Maßnahmen überhaupt erst umzusetzen. Aber diese Komplexität und diese Zusammenhänge sind der FDP-Fraktion ja eher fremd.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Perspektiven für den Hamburger Hafen sind klar. Für unseren Hafen sprechen viele besondere Qualitäten. Da ist erstens seine sehr gute Hinterlandanbindung, insbesondere per Bahn. Wir haben heute 46 Prozent Hinterlandverkehr per Bahn – ein neuer Rekord, wir eilen quasi auf 50 Prozent Bahnanbindung im Hinterlandverkehr zu. Weitere Qualitäten sind seine moderne Technik, seine hohe Abfertigungsqualität und nicht zuletzt die leistungsbereiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich glaube, es ist klar, unser Hafen geht in keine ungewisse Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir unternehmen derweil weitere Maßnahmen zur Stärkung des Hafens. Wir entwickeln den mittleren Freihafen in Steinwerder, der Ideenwettbewerb ist gestartet und läuft bis Ende März. Wir bringen die Westerweiterung voran, widmen uns dem Thema neue Köhlbrandbrücke,

(*Michael Kruse FDP*: Wird ja auch beklagt!)

ein Riesenprojekt, und wir bauen den ersten Kreuzfahrtterminal am Überseezentrum neu. Damit entsteht auch für den Hamburger Hafen eine gute, richtige und wichtige Perspektive.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Richter in Leipzig hatten die schwierige Aufgabe, zwischen den Wirtschaftsinteressen und der

(Dr. Anjes Tjarks)

Umwelt abzuwägen. Ich habe es bereits gesagt, aus meiner Sicht ist es so: Beide Seiten haben berechnete Interessen und berechnete Forderungen. Eingangs habe ich geteilt, was die "Süddeutsche Zeitung" geschrieben hat, und abschließend nun etwas, das die "tageszeitung" sagt. Ich zitiere: Deshalb müssen alle Beteiligten – und ich möchte hinzufügen, das gilt auch für die Umweltverbände – zu der Einsicht gelangen, dass große Infrastrukturprojekte nur miteinander zu realisieren sind. Ökonomie durch Ökologie ist jetzt die Leitlinie, und nicht länger Ökonomie statt Ökologie.

Das Urteil ist weise, weil es Umwelt und Wirtschaft gleichermaßen stärkt. Man könnte auch sagen, Rüdiger Kruse behält recht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist gelungen, und das habe ich versucht aufzuzeigen in meiner Rede, über diesen langen Zeitraum, den dieses Verfahren schon währt, auch Fortschritte in der Kommunikation und dem Miteinander zu machen und viele umstrittene Projektpartnerschaftlich zu lösen. Das gilt bisher ausdrücklich nicht für die Elbvertiefung, aber ich möchte hinzufügen: Hierfür hat das Gericht jetzt einen Rahmen gesetzt. Ich möchte daran arbeiten, dass wir diese Frontstellung überwinden, für die Natur und für den Hafen, und wider das parteipolitische Klein-Klein. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat den Grundsatz, dass sich die Hamburger Hafengewirtschaft auch an die geographischen Bedingungen dieser Stadt anpassen muss und das Motto der Zukunft nicht darin bestehen kann, die Elbe den Schiffsgrößen immer weiter anzupassen, sondern mit den jetzigen geographischen Bedingungen das Beste für den Hamburger Hafen herauszuholen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde, dass es in einer Grundsatzdebatte über den Hamburger Hafen gilt, etwas grundsätzlicher zu diesen Fragestellungen auszusagen, und nicht nur, wie der Bürgermeister das meiner Meinung nach getan hat, die juristische Interpretation eines Urteils darzustellen.

(*Wolfgang Rose SPD:* Haben Sie nicht zugehört, oder was?)

Das Schlimmste daran, Herr Bürgermeister, und was ich Ihnen vor allen Dingen vorwerfe: Sie fallen hinter die Diskussion, die in dieser Stadt über diese Fragen stattgefunden hat – ich gehe gleich noch einmal darauf ein –, wieder zurück und tun

mit Ihrer Regierungserklärung so, als ob Sie schon wieder die nächste Elbvertiefung ankündigen. Die Schiffe sind noch einmal größer geworden und Herr Bonz vom Unternehmensverband Hafen Hamburg hat sich schon gemeldet, dass eine weitere Elbvertiefung notwendig sei. Und Sie haben kein Wort dazu gesagt. Nach meiner Meinung fallen Sie damit hinter die Diskussion zurück, und Sie sind nicht in der Lage, diese Sache, die wirklich wichtig ist für die Stadt, verantwortlich zu regeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil in der Diskussion in Hamburg vor allem auf die ökonomischen Aspekte eingegangen wurde, will ich dazu nicht nur meine Meinung darstellen, sondern jemanden zitieren, der in den letzten Diskussionen kurz vor dem Urteil relativ viel dazu gesagt hat: den Direktor des Hamburger WeltWirtschaftsinstituts, Herrn Vöpel. Professor Vöpel hat ausgeführt, dass Hamburg insgesamt eine kritische Situation im Hafen habe. Zitat:

"Die Elbvertiefung wird es dem Hafen ermöglichen, noch mal eine Dekade im Wettbewerb zu bestehen – danach aber wären die Einbrüche umso dramatischer."

Er hat es in der "WirtschaftsWoche" sogar zuge-spitzt:

"Wenn das Gericht jetzt eine Vertiefung untersagen würde, könnte das die Stadt vielleicht zu ihrem Glück zwingen."

Das wollen wir hier diskutieren und das ist genau zu überlegen, Herr Bürgermeister. Sie gehen auf diese Diskussion nicht ein, sondern veranstalten dieses kleine Geplänkel nach dem Motto "Die Elbvertiefung kommt, dann ist alles glorreich, oder sie kommt nicht, dann ist alles eine Katastrophe". Auf das einzugehen, was die Aufgaben dieser Stadt sind, und sich daran zu orientieren – dass Ihnen das nicht gelungen ist, finde ich wirklich ein Drama.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Begrenzung ist vorhanden und die großen Schiffe werden große Schwierigkeiten haben. Das sagt Ihnen jeder. Dementsprechend wird die Stadt sich darauf vorbereiten müssen, dass der Hafen für uns weniger von Bedeutung sein wird in der nächsten Zeit und wir uns entsprechend orientieren können. Auch Ihre Rede weist darauf hin, dass dieser rot-grüne Senat sich nicht daran orientiert, sondern scheinbar weitermachen will wie bisher, und das ist schlecht für diese Stadt und keine Zukunftsperspektive.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann will ich natürlich noch etwas sagen im Zusammenhang mit den Verfahren und zu dem, was von der rechten Seite hier so gern gebracht wird; ich sehe schon, China ist Vorbild.

(Norbert Hackbusch)

(Zurufe – *Arno Münster SPD*: Das haben wir nicht gesagt, das ist Bullshit!)

Warum ist es eigentlich so eine komplizierte Gerichtsentscheidung gewesen? Jeder, der sich damit auseinandergesetzt hat, findet die Ursachen ganz einfach. Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission haben beschlossen, dass die Elbe und alle Gewässer insgesamt sich in ihrem Zustand nur noch verbessern dürfen, weil wir gemeinsam festgestellt haben, dass die Situation an den Flüssen schlechter geworden ist. Entsprechend wurde ein Besserungsgebot vorgeschrieben. Das zu prüfen, ist durchaus kompliziert. Ich bin nicht der Meinung wie Arno Münster, dass das damit erreicht worden ist. Das ist natürlich eine Sache, die kompliziert festzustellen ist, wenn man gleichzeitig zwei Sachen beschließt, und vor allen Dingen, wenn man weiß, dass jede Stadt, wie auch Hamburg, sagt: Meinetwegen soll es überall nicht schlechter werden, aber bei uns haben wir eine besondere Situation, wir müssen eine weitere Kanalisierung vorantreiben. Das ist keine gute Voraussetzung, das ist eine schlechte Voraussetzung.

(Beifall bei der LINKEN – *Arno Münster SPD*: Das stimmt doch nicht!)

Zum Verbandsklagerecht. Unsere klare Haltung dazu: Das Verbandsklagerecht ist ein demokratischer Fortschritt. Es kann nicht sein, dass nur diejenigen, die Grund und Boden haben und direkt dort sitzen, ein Klagerecht haben, aber die Natur oder diejenigen, die keinen Grund und Boden haben, nicht. Dementsprechend ist das ein demokratischer Fortschritt, wenn es so gelungen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Die große Frage ist: Wie gehen wir jetzt mit dieser Situation weiter um? Weil sowohl von der FDP wie auch von der CDU gesagt worden ist, wir müssten den Hamburger Schifffahrtsweg weiter stärken und dürften die armen Unternehmen, die Pacht zahlen, auf jeden Fall nicht stärkeren Belastungen aussetzen, noch einmal zur Erinnerung: Die Pachten betragen durchschnittlich 3,50 Euro pro Quadratmeter – im Jahr. Das ist die Situation, und das, sagen Sie, sei katastrophal. Diese Art Dauersubventionierung von Schifffahrtsstandorten und -betrieben kann keine Zukunft haben. Was ist denn passiert in dem Bereich, den wir das letzte Mal in dieser Republik dauersubventioniert haben, bei den Hamburger Reedern? Was ist denn geschehen in diesem Bereich, obwohl es praktisch gar keine Steuern mehr gegeben hat, Stichwort Tonnagesteuer? Es ist eine katastrophale ökonomische Entwicklung, die sich aufgrund dessen eingestellt hat. Ihre Dauersubventionierung, die Sie hier wieder fordern, ist nicht nur nicht gerecht, sie ist auch ökonomisch katastrophal und sollte nicht weitergeführt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein weiterer wichtiger Punkt, die Sache mit der HHLA-Aktie. Auch das ist doch Unsinn. Sehen Sie sich die Entwicklung der HHLA-Aktie in den letzten drei Monaten an. Unter anderem, vielleicht mit einer zu optimistischen Prognose, ist sie auf 30 Prozent gestiegen, wogegen sie vorher jahrelang immer vor sich hin gedümpelt ist. Und dann ist sie einmal um 10 Prozent gesunken, und daraus machen Sie gleich eine Staatsaffäre. Das ist doch Unsinn. Auch das ist kein Argument, diese Thesen, die Sie vorbringen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Uwe Giffel* und *Wolfgang Rose*, beide SPD)

Dementsprechend vergessen Sie völlig – darauf möchte ich noch einmal hinweisen – die immensen nicht nur ökologischen, sondern auch ökonomischen Kosten, die die Elbvertiefung hat; weit über 600 Millionen Euro. Wir vermuten nach den gegenwärtigen Informationen, dass wir auf jeden Fall die Elbphilharmonie-Kosten erreichen werden. Dazu haben wir jährlich eine Subventionierung der Baggererei. Das kostet den Hamburger Haushalt schon jetzt jedes Jahr über 100 Millionen Euro, und das wird sich durch eine weitere Elbvertiefung noch einmal dramatisch erhöhen. Wir werden also weiter über 100 Millionen Euro jährlich Ausgaben allein für Baggerarbeiten haben. Auch darüber muss man sich Gedanken machen. Das sollte doch ökonomisch begrenzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will noch zwei Punkte hinzufügen, weil sie wichtig sind für die weitere Debatte. Der eine – es wurde angesprochen, aber darüber ist zu wenig nachgedacht worden – ist die Frage der Hafenkooperation. Sie bedarf einer genaueren Diskussion, als wir sie im Plenum führen. Ich will Ihnen etwas ganz Einfaches sagen.

(*Michael Kruse FDP*: Erzählen Sie doch mal von Ihrem Gutachten, Herr Hackbusch!)

Wir waren im Jahre 2001 in einer Situation, die besser war als die jetzige. Vielleicht kann sich der Bürgermeister noch daran erinnern. Es gab eine Beteiligung von Hamburg am Wilhelmshavener Hafen. Einen solchen Schritt im Zusammenhang mit der HHLA zu diskutieren und sich dort zu beteiligen und gemeinsame Angebote für die Chinesen und andere Reeder zu machen, ist etwas, das damals vernünftig war und meiner Meinung nach heute noch um einiges vernünftiger ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Debatte, die im Jahr 2001 hier in der Bürgerschaft darüber geführt worden ist, warum das abgeschafft worden ist, ist eine sehr erstaunliche Debatte, die man vielleicht noch einmal nachvollziehen sollte. Das wesentliche Argument gegen diese Kooperation war: Die Schiffe werden jetzt 7 500 TEU groß, es ist es nicht vorstellbar, dass

(Norbert Hackbusch)

sie größer werden. Dementsprechend hätte Wilhelmshaven nie eine Perspektive. Alle diese Argumente sind überholt durch die ökonomischen Wirklichkeiten. Eine Hafenkooperation ist notwendig und auch einfach zu machen, und dementsprechend wäre das durchaus ein Schritt, den Sie diskutieren müssen.

(Beifall bei der LINKEN – *Michael Kruse FDP*: Haben Sie Ihr eigenes Gutachten gelesen?)

– Ja, wir haben das Gutachten genau gelesen. Was ich Ihnen eben dargestellt habe, ist eine der Schlussfolgerungen, die ich aus dem Gutachten ziehe.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu weiteren Punkten. Natürlich muss man sich überlegen, die Hinterlandverkehre in dieser Stadt neu zu organisieren. Und zum Stichwort Hafentwicklungsplan: Die neuen Zahlen aus dem Hamburger Hafen, weniger als 9 Millionen TEU, ist die Hälfte von dem, was angekündigt worden ist und woran der letzte Hafentwicklungsplan an Masse orientiert war. Aufgrund dessen die gesamte Planung im Hamburger Hafen umzustellen, wäre ein vernünftiger Schritt. Das ist langfristige Entwicklungsplanung für den Hamburger Hafen, und das wäre die Zukunft. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Zu den Beschäftigten haben Sie gar nichts gesagt!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Suding von der FDP-Fraktion.

Katja Suding FDP: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom letzten Donnerstag zur Elbvertiefung ist ein herber Rückschlag für den Hamburger Hafen und damit für die Stadt und die Metropolregion Hamburg.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Der Planfeststellungsbeschluss wurde Gott sei Dank nicht aufgehoben, aber – und dabei ist es völlig egal, ob 90 Prozent der Punkte unstrittig sind – dieser Planfeststellungsbeschluss wurde für rechtswidrig und damit für nicht nachvollziehbar erklärt. Das ist Fakt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Vollziehbar und nachvollziehbar sind verschiedene Dinge!)

– Herr Dressel, das sollten Sie, Herr Jurist, zur Kenntnis nehmen.

Es kann nämlich nicht gebaut werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es kann also immer noch nicht losgehen. Die jahrelange Hängepartie geht weiter. Hafen und Hafengewirtschaft müssen weiterhin um ihre Ladung, um Geschäftsmodelle, um ihre gesamte Zukunft bangen. Für Hamburg war der letzte Donnerstag ein sehr schlechter Tag. Dieses Urteil ist ein Debakel. Sie, Herr Bürgermeister, konnten leider auch mit Ihrer Regierungserklärung nicht widerlegen, dass das so ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dieses Debakel kommt keineswegs aus dem Nichts. Das Urteil ist leider eine Klatsche mit Ansage. Spätestens seit 2014 war klar, dass das Bundesverwaltungsgericht Zweifel daran hatte, ob die vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz des Schierlings-Wasserfenchels ausreichend sein würden, und es hatte auch erhebliche Zweifel an der Zulässigkeit von Kreeetsand als Ausgleichsmaßnahme. Diese Zweifel wurden von der Stadt auch in den nachgebesserten Planungsunterlagen nicht ausgeräumt. In der mündlichen Verhandlung kurz vor Weihnachten 2016 wurden sie noch einmal deutlich – sogar von Etikettenschwindel sprach das Gericht in Bezug auf die vorgeschlagene Ausgleichsmaßnahme. Damit attestierten die Richter den Verantwortlichen der Stadt ein unglaublich arrogantes und für Hamburg obendrein gefährliches Verhalten. Verantwortlich dafür ist am Ende der Erste Bürgermeister. Olaf Scholz nämlich hat das Projekt zur Chefsache gemacht, war aber bis heute nicht in der Lage, dieses zum Erfolg zu führen.

Nach dem verlorenen Volksentscheid zu den Energienetzen, dann dem verlorenen Volksentscheid zu Olympia, um nur einmal zwei Beispiele zu nennen, zeigt diese neue Niederlage wieder einmal, dass die Zukunft dieser Stadt bei Ihnen in den falschen Händen ist, Herr Scholz. Statt sich mit dem gebotenen Einsatz um das wichtigste Infrastrukturprojekt der Stadt zu kümmern, gefallen Sie sich lieber in der Bundespolitik, und dafür bekommt Hamburg nun die Quittung.

(Beifall bei der FDP und bei *Ralf Niedmers CDU*)

Der Enthusiasmus, den sowohl Senator Horch bei der Pressekonferenz in Hamburg als auch der Erste Bürgermeister am Rande der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin an den Tag gelegt haben, ist daher überhaupt nicht nachvollziehbar.

Heute haben wir wieder gehört, dass die Fahrrienenanpassung kommen wird. Das werden wir sehen. Der heutige Auftritt des Bürgermeisters war in dieser Hinsicht wirklich schrecklich. Ich weiß nicht, woher er die Sicherheit nehmen will, dass diese Elbvertiefung kommt. Das Gleiche gilt für den Auftritt von Senator Horch und HPA-Chef in der Pressekonferenz. Alle haben auf Nachfrage hin überaus deutlich gemacht, dass sie keineswegs von den Auflagern des Gerichts überrascht waren; man

(Katja Suding)

habe das erwartet. Und alle haben versichert, dass die Erfüllung dieser Auflagen überhaupt kein Problem sei; man habe ja schon eine Liste an weiteren Ausgleichsflächen zur Hand, die müsse man jetzt bloß prüfen und dann in das Verfahren einbringen. Aber wenn erwartet wurde, dass das Gericht diese Auflagen machen würde, und es angeblich so einfach ist, diese zu erfüllen, dann drängen sich doch vehement ein paar Fragen auf. Warum haben denn die Planer die beanstandeten Planungsfehler nicht schon längst abgestellt? Warum haben die Verantwortlichen nicht viel früher die Chance genutzt, die Planungsunterlagen so nachzubessern, dass wir am 9. Februar 2017 grünes Licht bekommen haben? Warum ist der rot-grüne Senat das für den Hafen so unglaublich große Risiko eingegangen, dass die Fahrrinnenanpassung jetzt noch einmal um unbestimmte Zeit verschoben oder vielleicht sogar nie kommen wird? Die Antwort ist: Sie waren zu nachlässig und haben damit die Wettbewerbsfähigkeit und die Zukunft der Stadt aufs Spiel gesetzt.

(Beifall bei der FDP und bei *Ralf Niedmers* und *André Trepoll*, beide CDU)

Es ist wahrlich nicht leicht, die durchaus hohen Auflagen des Gerichts zu erfüllen. Das kann Hamburg nicht im Alleingang lösen; dazu braucht es eine funktionierende Zusammenarbeit mit den angrenzenden norddeutschen Ländern, insbesondere mit Niedersachsen. Aber der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies – in Klammern: SPD – hat schon kurz nach der Urteilsverkündung deutlich gemacht, dass sein Interesse an einem starken Hamburger Hafen nicht so ausgeprägt ist.

Wenn es dann doch gelingt, diese Ausgleichsmaßnahmen zu finden, dann ist noch völlig unklar, ob sie erstens durch das Bundesverwaltungsgericht akzeptiert werden, und zweitens – das ist noch entscheidender –, ob die Umweltverbände nicht schon wieder klagen werden. Die Aussagen aus deren Richtung lassen jedenfalls nichts Gutes ahnen, was mindestens eine Verzögerung, im schlimmsten Fall sogar das Aus für die Elbvertiefung bedeuten würde.

Bei allem Verständnis dafür, dass es jetzt darum geht, die Kunden des Hafens nicht zu verlieren und ihnen und sich selbst nach dem für Hamburg so negativem Urteil Mut zu machen, muss es doch jetzt vor allen Dingen darum gehen, die Situation ehrlich, realistisch und nüchtern einzuschätzen. Das ist der Senat den Hamburgerinnen und Hamburgern schuldig. Das ist auch notwendig im Umgang mit den Hafenkunden, denn sie bindet man vor allem durch Vertrauen in das, was versprochen wurde. Versprochen wurde vom Wirtschaftssenator kurz nach Aufnahme seiner Amtsgeschäfte im Jahr 2011, dass Anfang 2012 die Bagger rollen. Jetzt schreiben wir das Jahr 2017 und immer noch

ist kein Bagger weit und breit zu sehen. So verspielt man Vertrauen.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll* und *Ralf Niedmers*, beide CDU)

Dieses Vertrauen muss der Senat jetzt so schnell wie möglich wieder aufbauen, aber nicht, indem den Reedereien Zeitpläne für die Elbvertiefung vorgelegt werden, die völlig unrealistisch sind und jeglicher Grundlage entbehren. Senator Horch muss schnell das Gespräch mit den Verantwortlichen in den Reedereien suchen und ihnen Anreize bieten, dass sie Hamburg mit ihren Liniendiensten weiter anlaufen, auch wenn der Hamburger Hafen jetzt im Wettbewerb mit anderen europäischen Häfen weiter an Attraktivität verlieren wird. Häfen wie Rotterdam und Antwerpen haben sich nämlich nach der Wirtschafts- und Finanzkrise besser erholt als Hamburg. Dort sind die Umschlagzahlen schneller gewachsen als in Hamburg, und dieser Trend wird sich durch die verzögerte Elbvertiefung noch verstärken.

Die Reedereien planen jetzt ihre Routen für die nächsten Jahre. Wenn Hamburg jetzt aus diesen Routenplänen herausfällt, kommen diese Schiffe auch nach einer Elbvertiefung in ein paar Jahren nicht wieder. Hamburg verkäme dann zum Regionalhafen, mit schweren wirtschaftlichen Folgen für die Stadt und die gesamte Metropolregion. Oberste Priorität muss daher haben, den Verlust von Ladung an andere Häfen in Europa zu stoppen.

Wenn Sie, Herr Dressel, mit dem Finger auf andere zeigen, wie Sie es auch heute in Ihrer Rede getan haben, dann möchte ich Sie noch einmal daran erinnern, dass es auch Ihr eigener Koalitionspartner ist, der nichts unversucht lässt, die Elbvertiefung scheitern zu lassen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ne, Unsinn!)

Ich jedenfalls habe noch nie einen Fall erlebt, in dem Koalitionspartner in ihrem Koalitionsvertrag explizit festhalten, dass sie sich über eines der zentralen Vorhaben der Legislaturperiode uneinig sind.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Auch das ist nicht richtig!)

SPD und GRÜNE haben in ihrem Vertrag festgestellt, dass sie sich über die Notwendigkeit der Elbvertiefung nicht einig sind.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Und wie geht das dann weiter im Koalitionsvertrag?)

Bei der Elbvertiefung handelt es sich aber nicht um irgendein beliebiges Projekt, sondern um das zentrale Infrastrukturprojekt, das für die Zukunft des Hafens und somit für die wirtschaftliche Prosperität der ganzen Stadt entscheidend ist – ein Projekt, das schon wegen seiner langen Planungsphase und des auch schon damals hinlänglich bekannten

(Katja Suding)

Gegenwinds unbedingt Entschlossenheit der politisch Verantwortlichen gebraucht hätte. Das ist aber leider überhaupt nicht der Fall. Erst Ende 2015 hat Umweltsenator Kerstan noch im Alleingang versucht, die Elbvertiefung zu verzögern, indem er klammheimlich bei der zuständigen Wasser- und Schifffahrtsdirektion um eine Fristverlängerung für die Stellungnahme gebeten hatte.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Dressel?

Katja Suding FDP (fortfahrend): Herr Dressel möchte etwas vortragen; das kann er ja gleich an dieser Stelle tun. Von daher: nein.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Eine Frage ist eine Frage!)

Diese Verzögerung bei der Stellungnahme, um die Herr Kerstan gebeten hat, ist, wie ich finde, ein ungeheuerlicher Vorgang innerhalb einer Regierung. Auch heute haben wir – ich habe Herrn Tjarks sehr genau zugehört – in seiner Rede kein Wort darüber gehört, dass er oder seine Fraktion diese Elbvertiefung wirklich will. Nichts dazu haben Sie gesagt. Das hätten Sie wirklich tun müssen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Einfach mal lesen!)

Wir fordern daher den Bürgermeister auf, endlich dafür Sorge zu tragen, dass beide Koalitionspartner in Sachen Elbvertiefung an einem Strang ziehen, und zwar in dieselbe Richtung.

In Deutschland ist es in den letzten Jahren immer schwieriger geworden, große Infrastrukturprojekte umzusetzen. Das Verbandsklagerecht hat den Umweltverbänden die Möglichkeit gegeben, diese Vorhaben massiv zu verzögern oder sogar zu verhindern. Ich finde es richtig, dass die Belange der Umwelt eine große Berücksichtigung finden. Wir dürfen unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht zerstören. Aber das darf nicht dazu führen, dass wir es in Deutschland und in Europa nicht mehr schaffen können, unsere Infrastruktur so auszubauen, dass wir unseren Wohlstand weiterhin erhalten können. Eine gut funktionierende Infrastruktur ist nämlich eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass es uns auch in Zukunft gut geht. Deshalb muss das Verbandsklagerecht auf den Prüfstand und wir müssen dabei aufpassen, dass die richtige Balance gehalten wird. Das Verbandsklagerecht muss wichtigen gesellschaftlichen Interessen dienen, nicht aber dem Geltungsdrang einzelner Verbände; dafür ist es nicht gemacht worden, Herr Hackbusch.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Großprojekte wie die Elbvertiefung müssen auch in Zukunft planbar sein. Für die Beteiligten müssen Rechts- und Planungssicherheit gewährleistet sein. Dafür muss insbesondere die Umsetzung der europäischen Gesetzgebung in deutsches Recht unter die Lupe genommen werden. Denn nicht in allen Ländern der EU, in denen das Verbandsklagerecht genauso gilt wie in Deutschland, kommt es immer wieder zu großen Verzögerungen bei Bauvorhaben. In Dänemark beispielsweise gab es mit dem Bau der Fehmarnbeltquerung viel weniger Probleme als in Deutschland. Wir sollten also genau hinschauen, was dort anders und besser läuft und was wir in Deutschland ändern müssen. Daran werden wir als FDP-Fraktion sehr gern mitarbeiten.

Eine zügige Umsetzung der Elbvertiefung schafft viele Gewinner, zuallererst natürlich den Hafen, seine Betriebe und deren Mitarbeiter, dann die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die von hohen Steuereinnahmen aus einem wirtschaftlich starken Hafen profitieren, genauso wie sie von einer werthaltigen HHLA profitieren, denn die ist ja mehrheitlich im Besitz der Stadt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das sagen Sie mal Herrn Kruse!)

– Nicht, dass wir das so wollen; es ist so.

Umgekehrt gilt natürlich: Falls die Elbvertiefung nicht oder weiterhin verzögert auf Jahre kommt, dann gibt es in Hamburg viele Verlierer. Trotz des Schlamassels, in das der rot-grüne Senat unsere Stadt gebracht hat, wollen wir deshalb als FDP-Fraktion die Elbvertiefung, und wir hoffen wirklich sehr darauf, dass sie kommt.

Wir hoffen, dass Hamburg noch einmal mit einem blauen Auge davonkommt. Der Senat muss jetzt alles dafür tun, damit unausweichliche Kostensteigerungen und zeitliche Verzögerungen so gering wie möglich ausfallen werden. Hamburg braucht die Elbvertiefung, um nicht in der maritimen Bedeutungslosigkeit zu versinken, und zwar schnell. Herr Bürgermeister, Herr Scholz, nehmen Sie diese Aufgabe ernst, und zwar ernster, als Sie es in der Vergangenheit getan haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Baumann von der AfD-Fraktion.

Dr. Bernd Baumann AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Elbvertiefung ist nicht nur in Hamburg, sondern mittlerweile bundesweit Thema. Ich weiß nicht, ob Sie es im "heute-journal" im ZDF gesehen haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist ja schon mal gut, dass Sie "heute-journal" gucken!)

(Dr. Bernd Baumann)

Da hatte das Bundesverwaltungsgericht ein Team von Botanikern als Gutachter an die Elbe geschickt, um den Schierlings-Wasserfenchel, für den sich mittlerweile die ganze Republik interessiert und der rechtlich für den Welthafen Hamburg so wichtig geworden ist, zu suchen. Denn, so wurde berichtet, auf der ganzen großen weiten Welt ist das Pflänzlein ausgestorben; nur an der Elbe gibt es es noch, und auch dort nur an sehr wenigen Stellen. Ansonsten gibt es das auf keinem Kontinent, in keinem Land, in keinem Landstrich mehr, und auch an der Elbe nur an Stellen, wo zwischen Ebbe und Flut das Wasser etwas überspült wird, und auch da nur, wo der Salzgehalt nicht so hoch ist, und auch dort wächst es nur im Schatten anderer Gewächse. Das Gericht schickte also das Gutachterteam, die Kamera war dabei, die Botaniker sollten die letzten Pflänzlein suchen, das "heutejournal" berichtete, das Gutachterteam lief viele Hundert Kilometer mit GPS, um die Pflanzen zu kartografieren und fand die letzten sechs Schierlings-Wasserfenchel. Der leitende Wissenschaftler sagte, dieses Pflänzchen sei wirklich super, super, super selten – das waren seine Worte. Dann beugte er sich nach unten, um es mit seinem Finger zu berühren, und sagte, sie seien jetzt Hunderte Kilometer gelaufen, das sei das Ding, von dem wir alle sprechen – das Pflänzchen war halb so groß wie sein Zeigefinger –, und jetzt sehe es so unspektakulär aus; das sagte er sehr enttäuscht in die Kamera. Klaus Kleber fragte anschließend wie der Rest des Landes, ob dieses Pflänzchen jetzt die Zukunft Hamburgs und seinen Welthafen stoppen könne. Das Ganze ist in der Republik wie eine Farce angekommen und der Bedeutung des Hafens vollkommen unwürdig.

(Beifall bei der AfD)

Aber, das muss man auch sagen, es ist keine Gerichtssposse. Die eigentlichen Ursachen des Dramas liegen ganz woanders. Zu Recht wehrt sich der Vorsitzende Richter Nolte gegen den Vorwurf, das Gericht habe zu ökologisch geurteilt oder überspannt umweltrechtlich entschieden. Er spielt den Ball zu Recht in die Politik zurück. Das Gericht war gefesselt durch umweltrechtliche Regelungen, die uns bestimmte Politiker, bestimmte Parteien eingebrockt haben. Lassen Sie uns darüber einmal reden. Erst bei diesen Fragen wird das volle Versagen von Rot-Grün deutlich, aber eben nicht nur das von Rot-Grün, sondern beispielsweise auch das große Versagen der CDU, die heute so groß die Backen aufgebläht hat. Lassen Sie uns einmal darauf eingehen.

Hafen und Elbvertiefung sind in eine schlimme umweltrechtliche Schraubzwinge geraten, eingeklemmt zwischen zwei Umweltrichtlinien. Das ist zum einen die europäische Wasserrahmenrichtlinie, die alle Anrainer des Gewässers verpflichtet, diese permanent ökologisch aufzuwerten. Es gibt da ein generelles Verschlechterungsverbot. Jedes

Wirtschaftsprojekt, jeder Eingriff darf die Qualität des Wassers durch ein permanentes Verbesserungsgebot für alle Anrainer, die Gewässer permanent ökologisch durch sogenannte Maßnahmen aufwerten, nicht verschlechtern. Aber diese EU-Richtlinie unterscheidet nicht, ob es sich bei dem Gewässer um ein schönes touristisches Flüsschen handelt oder um eine der wenigen verkehrsstrategisch riesigen Wasserstraßen des globalisierten Massenverkehrs wie die Unterelbe. Es lässt keine Ausnahmen zu, auch nicht für sehr hohe wirtschaftspolitische Bedeutungen. Für alle Projekte gelten das Verschlechterungsverbot und das Gebot permanenter ökologischer Verbesserung. Dieses Korsett ist viel zu eng. Daran ist die Politik schuld, die solche Gesetze macht, und nicht die Richter; das muss einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der AfD)

Dieses für die Wirtschaft viel zu enge umweltrechtliche Korsett hat die rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Schröder auf dem Gewissen; das können wir festhalten. Aber es ist nicht nur dieses Korsett der Umweltwasserrahmenrichtlinie, das viel zu eng ist. Schlimmer noch für den Hafen ist das Zusammenspiel mit einer zweiten Umweltrichtlinie, der sogenannten Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie. Wir müssen uns den Namen merken; darüber werden wir noch öfter zu reden haben. Denn was passiert in der Praxis? Mit der Wasserrahmenrichtlinie, das war das erste EU-Regelwerk, werden immer neue Gebiete an der Elbe definiert, in denen sogenannte Maßnahmen zur ökologischen Verbesserung durchgeführt werden. Das ist schön für diese Räume und auch sehr sympathisch, denn wir alle wollen Umwelt- und Naturschutz. Aber diese knappen Schutz- und Verbesserungsräume fehlen dann an anderer Stelle, wo sie für das Fortkommen Hamburgs und des Hafens strategisch notwendig sind. Denn sobald die Hafenvirtschaft irgendwo dringende Modernisierungsmaßnahmen ergreift, wenn sie den Hafen erweitern oder Elbvertiefungen durchführen will, weil sie im beinharten Wettbewerb dazu gezwungen ist, können diese nur genehmigt werden, wenn ausreichend Ausgleichsflächen zur Verfügung stehen. Die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie soll die Lebensräume damit verbessern, Tiere und Pflanzen und als besonderes Beispiel den Schierlings-Wasserfenchel schützen. Aber jeder neue Eingriff des Hafens und der Wirtschaft muss durch Ausgleichsflächen geheilt werden.

So war es auch 2001 beim Airbus-Industrieareal, Sie erinnern sich, im Mühlenberger Loch. 170 Hektar wurden künstlich aufgeschüttet, und dafür mussten Ausgleichsflächen zur Verfügung stehen. Das gab es damals noch. Hahnöfersand, Borghorster Elbwiesen konnten benannt werden, die entsprechend ökologisch so herrichtbar waren, dass sie zu Ausgleichsflächen werden konnten – auch 170 Quadratmeter.

(Dr. Bernd Baumann)

Jetzt hat der Senat beim Elbvertiefungsprojekt in Ermangelung anderer Flächen solche Flächen als Ausgleichsflächen angeboten, die schon als ökologische Verbesserungsgebiete im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie angegeben waren. Solche können aber umweltrechtlich nicht als neue Ausgleichsflächen für die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie gelten. Das ist die Zwickmühle, in der die Hafenwirtschaft und Senator Horch, wenn er das vorantreiben will, stecken. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Elbvertiefung nicht gestattet, weil das Areal in Kreesand nicht anerkannt werden konnte, weil es schon für Verbesserungen im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie verbraucht war, es also keine Ausgleichsfläche mehr gab. Aber wie konnte der Senat bei der Elbvertiefung, diesem wichtigen Projekt, in die Schraubzwinge zwischen Wasserrahmenrichtlinie und Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie geraten? Dazu muss man wissen, wie diese Umweltrichtlinie Flora-Fauna-Habitat zustande kam und wie die Politik hierbei versagt hat. Wer hat sie denn zu verantworten, Herr Trepoll? Die CDU unter Kanzler Kohl, 1994. Die Richtlinie musste mithilfe der CDU durchs EU-Parlament, durch die Kommission, durch den Ministerrat. 1997, Herr Trepoll, wurde sie noch einmal novelliert. Wer war damals Umweltminister, Herr Trepoll? Wer hat das im Umweltministerrat der EU durchgepeitscht? Frau Merkel. Frau Angela Merkel war das als Umweltministerin.

(Zurufe und Heiterkeit)

Sie hat das alles für gut befunden, obwohl deutsche Interessen, besonders auch die des Hamburger Hafens, so sehr auf dem Spiel standen. Der damalige Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau, damals in der Koalition mit der STATT Partei, hat sich vehement dagegen gewehrt. Auch das muss man deutlich sagen: Der Mann hat im Sinne der wirtschaftspolitischen Vernunft dieser Stadt recht gehabt. Er sah die Probleme Hamburgs und der Unterelbe, sich als internationaler Weltverkehrshafen nicht ein so restriktives Korsett aufzwingen zu lassen. Die CDU hat es damals anders gesehen, Herr Trepoll. Viele andere Experten und Funktionsträger nahmen Kohl und Merkel ins Gebet, um sie davon abzubringen, die EU-Richtlinie in dieser Form durchzuwinken, aber beide haben es gemacht, ohne Ausnahmeregelung – für räumliche Besonderheiten wie in Hamburg doch so notwendig. Auch dies war ein Versagen der CDU, Herr Trepoll. Davon habe ich heute von Ihnen nichts gehört.

Frau Merkel aber war damals schon auf ihrem GRÜNEN-freundlichen Kurs – auch das kann man im Rückblick noch einmal in den Blick nehmen –, wie sie später auch plötzlich den Schwenk machte in der Kernenergie und hin zur Masseneinwanderung und Grenzöffnung.

(Heiterkeit bei CDU und SPD – *Birgit Stöver*
CDU: Kommen Sie doch mal zum Thema!)

– Bitte, meine Damen und Herren, wenn Sie Spaß haben, freut mich das.

(Glocke – Zuruf: Nein, nein, wir haben keine Freude!)

Was die restliche CDU und der Rest des Landes nicht vergessen und nicht verstanden haben: Schon damals hatte in der CDU kaum jemand den Mumm, sich gegen Merkels links-grüne Avancen für politische Vernunft zu erheben.

(Zuruf: Nicht das Thema!)

Das fällt auf Sie heute zurück, Herr Trepoll. Deswegen sollten Sie gerade bei der Elbvertiefung, wenn wir die wirklichen Ursachen beleuchten, die Backen nicht ganz so weit blähen.

(Beifall bei der AfD)

Denn der Hafen und ganz Hamburg müssen heute darunter leiden. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie und die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie erdrosseln gemeinsam mit den engen, unflexiblen, dogmatischen Ausnahmeregimen für zentrale Industriestandorte die vitalen Zukunftschancen unserer Hafenstadt Hamburg. Das gibt es so weder in China noch in Rotterdam noch bei sonst irgendeinem Konkurrenten auf der Welt. Schlimmer noch, diese EU-Richtlinien, diese Schraubzwingen, sind auch ein Anreiz, sich außerhalb Deutschlands anzusiedeln. Es gibt bereits erste Signale, dass am Rhein die BASF ein Projekt absagt und lieber an die Themse nach London geht, weil die mittlerweile aus der EU ausgetreten sind.

(*Milan Pein SPD*: Sie können sich ja mal außerhalb ansiedeln!)

Die Briten sind nicht nur Brexit-blöde; dafür gibt es auch Argumente, wie wir heute wieder einmal merken.

Noch schlimmer ist ein weiteres Zusatzproblem für die Hafenwirtschaft. Es wurde eine Stiftung gegründet, der Name ist heute schon gefallen: die Stiftung Lebensraum Elbe. Sie hat ein honoriges Ziel, nämlich den ökologischen Zustand der Tideelbe zu verbessern, natürliche Vielfalt zu bewahren, Lebensräume, Flusslandschaften zu stärken, sodass Tiere und Pflanzen wieder in den Umwelträumen leben können, so, wie es sein soll. Das wollen wir eigentlich alle.

(*Milan Pein SPD*: Alles Teufelszeug!)

Das ist ein honoriges Ziel. Doch die Flächen an der Elbe sind knapp. Und diese Stiftung ist es, welche die Gebiete zu sogenannten Maßnahmengebieten im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie definiert. Wenn sie so definiert sind, dann kommen sie als Ausgleichsflächen für die Hafenwirtschaft nicht mehr in Frage. Wenn Senator Horch und die Ha-

(Dr. Bernd Baumann)

fenwirtschaft den Hafen ausbauen und die Elbe vertiefen wollen, können sie auf diese Ausgleichsflächen nicht mehr zurückgreifen. Sie sind dann sozusagen umweltrechtlich nackt, wenn die Stiftung flugs alle in Frage kommenden potenziellen Ausgleichsgebiete vorab schon zu ökologischen Maßnahmengemeinden erklärt hat. Das ist hier passiert, und darauf hat noch niemand von Ihnen hingewiesen.

(Beifall bei der AfD – Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

In dieser Stiftung haben nun die klagenden Umweltverbände zusammen mit der grün gesteuerten Umweltbehörde eine entscheidend starke Stellung; das müssen wir festhalten. Das ist anders als sonst irgendwo in Europa oder der Welt. Die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie wirkt in der ganzen EU, aber nirgends haben Umweltverbände eine solch starke Stellung wie in Deutschland – mit leider oft fundamentalistischen Plänen. Umweltschutz ist uns allen wichtig, aber hier geht es oft zu weit.

Irgendwo sonst gibt es auch nicht dieses Verbandsklagerecht wie in Deutschland,

(Jan Quast SPD: Das hatten Sie schon!)

das von Rot-Grün unter Kanzler Schröder damals wieder eingeführt wurde. In Hamburg wird das noch einmal schlimm verstärkt durch die Hamburger Stiftung Lebensraum Elbe, die den Umweltverbänden und Senator Kerstan von den GRÜNEN anstelle von vernünftigeren Teilen des Senats wie Senator Horch die Obermacht in dieser Stiftung gibt; leider ist das so.

Geben wir uns keinen Illusionen hin. Senator Kerstan sagte als Gastredner beim Unternehmerverband der Hafenwirtschaft am 29. November 2016 vor Zeugen, er persönlich

(Heiterkeit bei der SPD und der CDU)

– lachen Sie bitte – sei ausdrücklich gegen die Elbvertiefung. Als Zeugen waren die Staatsräte Bösinger, Rieckhof und natürlich auch andere bekannte Gäste zugegen. In der Praxis lief es in Hamburg also leider so, wie von der Öffentlichkeit wenig bemerkt, dass Umweltverbände und Umweltbehörde in der Hafenwirtschaft jede Manövriermasse und Flexibilität für Modernisierung, Hafenerweiterung und Elbvertiefungsprojekte vorab genommen haben, sodass die Elbvertiefung jetzt vor Gericht gestoppt wurde, weil benannte Ausgleichsflächen keine echten mehr waren. Umweltverbände und Umweltminister Kerstan wollen die Elbvertiefung nicht und tun alles dagegen, auch über die Stiftung; das ist doch klar. Das hätte alles ganz anders laufen müssen.

Die Stiftung soll letztlich mit 40 Millionen Euro Stiftungskapital ausgestattet werden. Kluge Senatspolitik hätte deshalb vor Gründung einer so mächtigen Umweltstiftung mit den Umweltverbänden ein

vernünftiges Gesamtpaket verhandeln müssen, sodass alle vernünftigen Belange der Umwelt, aber natürlich auch die Belange der Hafenwirtschaft hätten einfließen können und insbesondere die Elbvertiefung zu einem vernünftigen Ausgleich hätte gebracht werden können. Das hätte man vor der Gründung dieser Stiftung machen müssen. Das wäre eine vernünftige Politik gewesen. Das wurde nicht gemacht. Das ist Politikversagen in Hamburg, und darunter leidet die ganze Stadt.

(Beifall bei der AfD)

Aber wer hat denn eigentlich diese Stiftung auf die Schiene gesetzt, die Umweltverbänden solche Macht gibt und jetzt in Verbindung mit den grünen Teilen des Senats eine solche Durchschlagskraft hat? Wer war das denn? Auch hier wieder hat, Herr Trepoll, die CDU dieses Desaster zu verantworten. Diesmal Ole von Beust, die schwarz-grüne Koalition. Es war ein Geschenk der CDU an die GRÜNEN in der damaligen schwarz-grünen Koalition, unter der wir, was das angeht, heute noch leiden.

(Jan Quast SPD: Das habt ihr, die CDU, alles verbockt!)

Das Kind ist also in den Brunnen gefallen und die vom Gericht versagte Elbvertiefung ist die schlimme Folge. Was können wir denn jetzt noch tun? Was muss jetzt passieren? Jetzt ist der Ball nun wirklich beim Bürgermeister. Olaf Scholz muss als Staatsmann auftreten und die Bremse ziehen. Hamburg braucht jetzt ein Machtwort vom Bürgermeister. Alles, was künftig noch mögliche Ausgleichsfläche sein könnte, muss der Hafenwirtschaft für zukünftige Projekte erhalten bleiben. Das muss so sein. Das Ganze darf nicht länger frei verfügbarer Teil der Umweltbehörde und nachgeordneter Instanzen bleiben. Der Hamburger Senat hat selbst in der Stiftung ein Vetorecht. Hier bedarf es endlich einer eindeutigen Anweisung des Bürgermeisters.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Milan Pein SPD)

– An einer dümmen Stelle hätten Sie nicht lachen können. Sie tragen die Verantwortung für die Stadt. Es ist sensationell, welches Gebaren Sie nach solch einem Versagen zeigen.

Herr Bürgermeister, setzen Sie dem grünen Bremser, Senator Kerstan, und seinem grünen Staatsrat endlich die notwendigen Grenzen, wie es das Interesse unserer Hansestadt verlangt. Wir alle im Parlament sollten diesen Senat unterstützen, damit ein vernünftiges Ausgleichsflächenmanagement schnell möglich wird. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren, das Wort bekommt nun Herr Dr. Flocken.

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Volksvertreter! Ein Hafen braucht Schiffe, Schifffahrtswege, Anbindung ans Hinterland mit einer Industrie, die begehrte Waren herstellt und die Gewinne erzielt, mit denen Importe bezahlt werden können. Vor allem braucht ein Hafen aber Handelspartner, die uns vertrauen. Hier hat die Bundesregierung Hamburg und der Hafenvirtschaft in den letzten sieben Jahren immensen Schaden zugefügt. Sie hat ständig den Schulmeister in einer Weise heraushängen lassen, die im Ausland als typisch deutsche Überheblichkeit bekannt ist und auf die zu Recht oder zu Unrecht – das ist völlig unerheblich – sehr empfindlich reagiert wird. Anstatt an der Verbindung Deutschlands und Hamburgs zur Welt zu arbeiten, will sie den Griechen erklären, wie Haushalt geht, den Polen, Tschechen und anderen, wen sie in ihr Land lassen müssen. Die Briten will sie für den Brexit möglichst hart bestrafen und die USA befehlen, welchen Präsidenten das Volk wählen soll.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Dr. Flocken, ich rufe Sie gemäß Paragraph 46 Absatz 1 zur Sache.

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos (fortfahrend):* Ich spreche zur Hafenvirtschaft.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Ach so!)

Sie wird nämlich schwer dadurch geschädigt, dass die Bundesregierung sich gegen Russland in einen Handelskrieg hat ziehen lassen. Hauptverantwortlich ist die Merkel-Partei, aber die Äußerungen von Herrn Schulz zum Thema lassen befürchten, dass es noch schlimmer kommen kann.

Die Elbvertiefung. Schwer zu sagen, ob in den genannten Nationen der Widerwille gegen Bevormundung und Erpressung stärker wirkt oder die Verachtung vor einem Land, das nicht den Mut hat, seine Grenzen zu schützen. Jedenfalls hat Merkel es geschafft, Deutschland in einer Weise politisch zu isolieren, wie es das seit 72 Jahren nicht mehr gab.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Dr. Flocken, ich rufe Sie erneut zur Sache und weise Sie darauf hin, dass der dritte Sachruf die Entziehung des Wortes mit sich führt.

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos (fortfahrend):* Der Hafen.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Dass es dem Hafen überhaupt noch gut geht, liegt daran, dass die wichtigsten Regionen für den Hafen von der desaströsen Bevormundungs- und Ag-

gressionspolitik kaum erreicht werden, abgesehen von den ständigen Sticheleien gegen China, die dort als Folklore abgetan werden. Aber der Handelsverkehr mit Asien ist in besonderer Weise auf die großen Containerschiffe angewiesen. Ganz anders Russland. Russland könnte man als Partner sofort wiedergewinnen. Der Ostseehandel wird über kleinere Schiffe abgewickelt. Denken Sie doch einmal darüber nach, was wäre, wenn wir den Handelsboykott einfach boykottieren würden. Welche Möglichkeiten zur Schadensbegrenzung eine deutsche Landesregierung hat, ist umstritten. Auf jeden Fall müssen aber von Hamburg Signale des Friedens und der Achtung vor anderen Völkern und deren Selbstbestimmungsrecht ausgehen.

(Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Das kommt vom Richtigen!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Senator Horch.

Senator Frank Horch: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen nun ergänzend zu dem, was der Erste Bürgermeister bereits vorgetragen hat, erläutern, welche Perspektiven wir für den Hamburger Hafen nach dem Leipziger Urteil vom 9. Februar 2017 sehen.

Wir alle wissen um die große Bedeutung des Hamburger Hafens für unsere Stadt, aber auch für unser Land. Wir tragen nicht nur für die Wirtschaft im Norden, sondern für die Im- und Exportnation Deutschland eine große Verantwortung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb wird es Sie nicht verwundern, dass wir jetzt mit Hochdruck an die Umsetzung der nächsten Schritte gehen, welches bereits an den letzten Tagen intensivst stattgefunden hat. Dabei geht es zunächst um die Maßnahmen, die sich direkt aus dem Urteil zur Elbe ergeben. Auch wenn uns das schriftliche Urteil noch nicht vorliegt,

(Milan Pein SPD: Doch, Frau Prien hat es schon!)

kennen wir bereits die zwei Themenkomplexe im Planfeststellungsverfahren, zum einen die Habitat-Richtlinie zum Schierlings-Wasserfenchel, zum anderen auch gewisse Ergänzungen zum Kohärenzrecht, die der Bürgermeister in Einzelheiten dargestellt hat. Die Fahrrinnenanpassung ist das Wasserbauprojekt in Europa und vor allen Dingen hier in Deutschland mit der höchsten Bedeutung und von allerhöchster Komplexität.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

(Senator Frank Horch)

Wir wollen mit diesem Verfahren allen Kunden des Hamburger Hafens bessere Anlaufbedingungen ermöglichen. Gleichzeitig geht es darum, den Hafen weiterhin zukunftsfest zu machen und seinen Erfolg, den wir zweifelsohne haben, langfristig zu sichern.

Der Hafen bleibt der wichtigste Eckpfeiler der Wirtschaftskraft unserer Stadt. Unser Ziel ist es, den Hamburger Hafen vor allem als Universalhafen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Wenn wir an den Hafen denken, denken wir natürlich meist aufgrund der Größe der Schiffe an die großen Containerterminals. Viele denken dazu noch an die Kreuzfahrtterminals, die jedes Jahr – auch in Hamburg, das will ich anmerken – immer besser ausgelastet sind. Vergessen wir aber nicht – das ist eines der entscheidenden Dinge für den Universalhafen Hamburg –, dass es darüber hinaus noch 40 Terminals für andere Güter wie Schüttgut, Stückgut, Projektladung und Flüssiglading gibt. Diese Vielseitigkeit zeichnet den Universalhafen aus und macht ihn so stark in Nordeuropa.

(Beifall bei der SPD)

Das Entscheidende ist, dass an all diesen Terminals die Wertschöpfung entsteht, die unsere Stadt und dem Norden insgesamt Wohlstand bringt. Gut 10 Prozent der Beschäftigten in Hamburg hängen direkt oder indirekt vom Hafen ab. Insofern freut es mich sehr, dass wir unseren Hafen trotz aller weltpolitischen Gegebenheiten weiterhin gut entwickeln.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Sie werden die positiven Umschlagzahlen, die heute Morgen veröffentlicht wurden, zur Kenntnis genommen haben. Das sind Fakten, Fakten unserer Wettbewerbshäfen, und es sind Ergebnisse aus dem abgelaufenen Jahr 2016. Wir haben eine positive Tendenz zu verzeichnen. Der Containerumschlag wuchs wieder um 1 Prozent.

(*Michael Kruse FDP*: Vorher ging er aber um 10 Prozent runter!)

Das sind nicht mehr die Zahlen, die wir gehabt haben; die werden wir aber auch so alsbald nicht wiederbekommen. Von den Gütern werden immer mehr – das ist entscheidend und wir legen großen Wert darauf – aus dem Wirtschaftsstandort Metropolregion Hamburg über die Schiene transportiert. Aktuell sind es, Stand der Veröffentlichung heute, 46 Prozent der Verkehre über die Schiene. Der Lkw-Verkehr ist mit 42 Prozent abgelöst worden. Das ist einer unserer größten Erfolge, den wir in der Balance zwischen ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten haben.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Aber es ist nicht allein der Umschlag, der ins Gewicht fällt. Auch das ist ein wichtiger Aspekt für den Hamburger Hafen: Wir haben im Hafen insgesamt 500 Betriebe in verschiedensten Branchen. Der Hafen ist eines der größten Industrieareale und Gewerbegebiete in Deutschland. Wir wollen auch in Zukunft weiter wachsen. Die HPA wird deshalb in einen umfangreichen Ausbau und in den Unterhalt der gesamten Hafenstrukturen investieren. Zum anderen werden wir die Neu- und Weiterentwicklung von Flächen vorantreiben: für den Hafenumschlag, wie ich sagte, für die Industrie, und auch für ein breites Gewerbe. Das wichtigste strategische Flächenprojekt läuft im Bereich Mittlerer Hafen, sprich Steinwerder. Hier werden wir ein Areal von rund 42 Hektar völlig neu ausrichten, angepasst auf unsere aktuelle Zeit. Das Gebiet bietet ein Potenzial: Bis zu 100 Meter Kaimauer mit drei Liegeplätzen, auch für Großschiffe, die Herstellung von Terminalflächen im Oderhafen und die Wasserflächen für ein besseres Manövrieren in diesem Hafenbereich. Derzeit führt die HPA einen internationalen Ideenwettbewerb durch, um eine marktkonforme und zeitgemäße Entwicklung dieses Gebiets sicherzustellen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im Sinne der Universalhafenstrategie des Senats können sich Interessenten aller denkbaren Branchen beteiligen. Das Gebiet kann sowohl als Hafenumschlag als auch für hafenauffine Industrien genutzt werden. Es sind insbesondere neuartige Konzepte gefragt, die sich aus Zukunftstrends unserer Zeit – kleines Stichwort: 3D – und einer strategischen Marktentwicklung ableiten lassen. Ebenso treiben wir die sogenannte Westerweiterung, um wieder zu den Projekten der aktuellen Situation zu kommen, weiterhin intensiv voran. Das Projekt umfasst eine Flächenerweiterung des Containerterminals Hamburg CTH und den Ausbau von entscheidender nautischer Bedeutung, nämlich den Drehkreis im Parkhafen, an dem die Einfahrt zum Waltershofer Hafen verbessert wird. Dieser Planfeststellungsbeschluss erfolgte im Dezember 2016.

(*Michael Kruse FDP*: Wird beklagt!)

– Es ist Tatsache.

Die Köhlbrandbrücke kommt in die Jahre. Im nächsten Jahrzehnt werden wir daher einen Ersatz bauen müssen. Das ist eine große Herausforderung, die auf den Hafen und die Stadt zukommt. Wir werden daher jetzt intensiv Planung und Umsetzung anstoßen.

Schließlich, weil es mittlerweile ein bedeutender Wirtschaftshintergrund im Hafen ist, wird das Kreuzfahrtgeschäft weiterhin gestärkt. Unser Kreuzfahrtterminal CC1 im Überseequartier in der HafenCity wird realisiert. Unsere gesamte Planung ist klar darauf ausgerichtet, die Wachstumspotenziale für den gesamten Hamburger Hafen in den

(Senator Frank Horch)

von mir angesprochenen Bereichen – Hafenumschlag, Industrie, Kreuzfahrt – durch die richtigen Weichenstellungen wie künftige Kapazitätsentwicklung zu fördern. Auch dazu eine Anmerkung von mir: Wir sind in den letzten Jahren mit einer Marktbeobachtung an die Kapazitätsentwicklung herangetreten wie kein anderer Hafen in der Nordrange. Die Erweiterungen der Maasvlakte 2, Thamesport London, Antwerpen, laufen heute nicht mehr konform mit den wahren Entwicklungen, was Containerverkehre angeht. Deswegen glaube ich, dass wir mit unseren Kapazitätsentwicklungen, die wir im Hafenentwicklungsplan festgeschrieben haben, mit unserer Flächenstrategie, vor allen Dingen auch mit den Verkehrsanbindungen, unterstrichen durch den jüngsten Bundesverkehrswegeplan, eine absolut positive Entwicklung der Wettbewerbssituation für den Hamburger Hafen langfristig sicherstellen können.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Oberstes Ziel der Hafenentwicklung des Senats sind die vielfältigen Arbeitsplätze im gesamten Hamburger Hafen und die Wertschöpfung. Das sind die Fakten, an denen die Aktivitäten im Hafen gemessen werden. Wir sind mit den jüngsten Zahlen von heute und in den Entwicklungen aus dem letzten Jahr weit gekommen. Das möchte ich unterstreichen, auch wenn es manchen, auch mir, manchmal nicht schnell genug geht. Doch wir stellen mit unserem Verfahren die Weichen für die Zukunft der Elbe, aber auch für den Hamburger Hafen insgesamt. Dabei ist, wie wir heute einige Male gehört haben, Sorgfalt wichtig, denn die Entwicklung muss nachhaltig sein. Hierfür tragen wir die Verantwortung und dafür arbeiten wir tagtäglich mit großem Engagement. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Dr. Seeler von der SPD-Fraktion bekommt das Wort.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren! Ich habe mehrere Wortmeldungen schon länger vor Herrn Niedmers gehabt. Von daher ist es die Entscheidung des Präsidiums.

(Zurufe)

Dr. Joachim Seeler SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Aufmerksamkeit von der CDU-Fraktion.

Das war heute keine Sternstunde der Opposition.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man einmal das Zerrbild nimmt, das von der CDU vom Hafen gezeichnet wird – Frank Horch

hat es gerade gesagt: 2016 ist der Hafen gewachsen.

(*Michael Kruse FDP: 1 Prozent!*)

Die Investitionen sind finanziert und werden umgesetzt. Die Mär vom steigenden Hafengeld ist Unsinn. Anstieg des Hafengeldes 2016: 0 Prozent. Anstieg des Hafengeldes 2017: 0,9 Prozent, damit unter Inflationserwartung. Das ist die Realität im Hamburger Hafen.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Hackbusch, das Bild der LINKEN von der Hafenpolitik, so wie es hier im Hause angekommen ist, muss, wenn ich das zusammenfassen darf, der gegebenen Geografie folgen. Die erste Fahrrinnenanpassung 1818 hat dafür gesorgt,

(*André Trepoll CDU: Endlich wieder Geschichtsstunde!*)

dass eine dreieinhalb Meter tiefe Fahrrinne sichergestellt wurde. Hätte man schon damals diesen Ansatz verfolgt, hätte es heute noch nicht einmal eine dreieinhalb Meter tiefe Fahrrinne gegeben und wir könnten den Hamburger Hafen mit Flachschuten erreichen.

(*André Trepoll CDU: Da gab es DIE LINKE ja auch noch nicht!*)

Das wäre nun alles andere als sinnvoll gewesen. Ich glaube, dass man den Ansatz lieber nicht weiterverfolgen sollte.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Auch bei Ihnen, Frau Suding, und der FDP wäre es hilfreich, sich vielleicht einmal mit Ihren eigenen Parteikollegen auszutauschen. Ich darf zitieren:

"Das Urteil gibt Anlass zur Hoffnung, dass diese für die Überlebensfähigkeit des Hamburger Hafens wichtige wasserbauliche Maßnahme der Elbvertiefung letztlich durchgeführt werden kann. Dies ist eine erfreuliche Nachricht [...] für [...] Hamburg [...]."

(Zuruf von *Jörg Hamann CDU*)

Das hat Ihr Kollege Kubicki am 9. Februar 2016 gesagt. Auch da wäre es vielleicht hilfreich, wenn Sie sich gemeinsam zu einer Meinung durchringen würden.

(Beifall bei der SPD – *Katja Suding FDP: Sie reden von Einigkeit? Wann kommt denn Ihr Koalitionspartner?*)

Bei der AfD habe ich zumindest mitgenommen, dass sie sich das "heute-journal" ansieht. Mehr war aus dem Beitrag allerdings auch nicht herauszuziehen.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Joachim Seeler)

Die Fahrrinnenanpassung kommt. Wir sind auf der Zielgeraden. Es gibt jetzt mit dem Urteil drei sehr klar abgegrenzte Arbeitspakete: die Feststellung der Kohärenzflächen im Landkreis Stade, die Prüfung des Salzgehaltes in Bezug auf den Schierlings-Wasserfenchel und die Frage Kreetsand sowie eine Ersatzmaßnahme. Natürlich hätten wir uns auch ein anderes Urteil wünschen können. Aber bei der Komplexität des Verfahrens und der Verfahrensdauer können wir damit zufrieden sein, dass wir jetzt Rechtssicherheit für die Fahrrinnenanpassung haben.

(Beifall bei der SPD)

So schwierig und so komplex dieses Verfahren ist, beim Kritikpunkt Etikettenschwindel, der von der Opposition heute genannt wurde,

(Jörg Hamann CDU: Das hat er nicht gesagt!)

von wegen, Kreetsand hätte man doch wissen können, muss man sich die Mühe machen, die entsprechenden Unterlagen zu lesen. Dann stellt man fest, dass Kreetsand eine Standardmaßnahme des Flächenausgleichs im Rahmen des Gebietsmanagements ist. Es war statthaft, das bis Mitte 2016 als Ausgleichsfläche in einem Planergänzungsbeschluss anzugeben. Erst am 11. August 2016 hat das Bundesverwaltungsgericht mit der Weserentscheidung klargemacht, dass dieses vor Gericht nicht mehr Bestand hat. Das war weit nachdem die Unterlagen des Zweiten Ergänzungsbeschlusses im März 2016 eingereicht wurden. Diese konnten gar nicht bei seriöser Abarbeitung berücksichtigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Fahrrinnenanpassung kommt, und es ist gut, dass dieses Signal heute von der Debatte ausgeht, damit die Unternehmen im Hafen Planungssicherheit haben, die Beschäftigten wissen, dass ihre Arbeitsplätze perspektivisch sicher sind, und vor allen Dingen auch die Kunden im In- und Ausland, in Europa und in Asien, wissen, dass sie den Hamburger Hafen in ihren Dispositionen unverändert mit höchster Priorität berücksichtigen können. Deswegen ist es sehr zu begrüßen, dass Frank Horch sich schon in der nächsten Woche auf den Weg macht und mit den wichtigsten Kunden im Hamburger Hafen, in Europa, das Gespräch sucht und diese Kunden davon überzeugt, dass diese Maßnahme jetzt umgesetzt wird. Aber ich glaube, dass Senator Horch vielleicht nicht nur die Kunden, sondern auch die FDP- und die CDU-Fraktion besuchen sollte; das könnte hilfreich sein.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Anjes Tjarks GRÜNE – Katja Suding FDP: Vielleicht auch die Fraktion der GRÜNEN!)

Das Erstaunlichste ist nun, dass die Kollegen von der CDU die Plandauer des Planergänzungsbe-

schlusses, des ganzen Vorhabens, so kritisieren, und ihre einzige Antwort ist: Wir machen einen neuen Plan. Ich glaube, dass das nicht wirklich der Ansatz ist. Jetzt geht es darum, das, was festgeschrieben ist, umzusetzen, und das tut der Senat.

Die maritime Standortstrategie hat vier Säulen, auf der sie steht. Das Erste ist Infrastruktur. Dabei ist die Fahrrinnenanpassung ein sehr zentrales Vorhaben; ergänzt um weitere Vorhaben, die in den nächsten Jahren kommen, ist der infrastrukturelle Ausbau ein Ankerpunkt in der maritimen Standortstrategie.

Aber genauso wichtig ist die zweite Säule. Der Senat tut mit der HPA und den zuständigen Behörden alles dafür, dass die Industrieproduktion im Hafen weiterhin ausgebaut wird. Denn Industrieproduktion, Verarbeitung und Weiterverarbeitung ziehen Ladung. Ein Drittel des Umschlags des Hamburger Hafens heute ist Ladung, die im Hafen weiterverarbeitet wird. Deswegen ist es richtig und sinnvoll, dass die Flächen, die laut Frank Horch dahin gehend ausgewiesen sind, dass Produktion weiterhin im Hafen stattfindet, ausgebaut werden und dadurch Beschäftigung gesichert wird.

(Beifall bei der SPD)

Die dritte Säule: Um den maritimen Standort gibt es ein ganzes Bündel von Dienstleistern. Das sind die Schiffsmakler – Hamburg ist weltweit führender Standort für Schiffsmakler –, das sind die Zertifizierungsbetriebe, Rechts- und Steuerberatung, Aus- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung – es gibt gute Erfolge mit dem Deutschen Maritimen Forschungszentrum und dem Zentrum für MARE Logistik –, sowie natürlich das Thema Finanzierung. Auch hier gilt es, stetig daran zu arbeiten. Deswegen bin ich froh, dass es Initiativen dafür gibt, dass in Hamburg die Schiffsfinauzierungen langfristig erhalten werden. Darüber laufen die Gespräche, und es ist gut, dass Hamburg diesen Teil langfristig perspektivisch behält.

(Beifall bei Wolfgang Rose SPD)

Die letzte Säule, der vierte Punkt, ist das Thema Außenhandel. Hamburg ist gefordert – und das war in der Geschichte auch schon so –, ständig neue Umschlagsgebiete zu erschließen. Deswegen ist es so wichtig, dass der Senat fortlaufend Gespräche führt. Wenn der Bürgermeister sich mit dem Vorstandsvorsitzenden von VW trifft, ist es natürlich auch Teil dieses Gesprächs, ob nicht weitere Autoverladungen über den Hamburger Hafen abgewickelt werden können. Deswegen sind solche Gespräche sehr wertvoll.

(Beifall bei der SPD und bei Michael Kruse FDP und Dr. Anjes Tjarks GRÜNE)

Abschließend: Hamburg feiert in diesem Jahr seinen 828. Hafengeburtstag. Über Jahrhunderte ist die Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens

(Dr. Joachim Seeler)

immer weiter fortentwickelt worden und musste sich unter Beweis stellen. Die Fahrrinnenanpassung ist nun die zentrale Maßnahme in dieser Epoche, damit der Hafen auch weiterhin seine Wettbewerbsfähigkeit behält. Deswegen ist es gut, dass sie jetzt kommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE* – Zurufe von *André Trepoll CDU* und *Michael Kruse FDP*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Niedmers von der CDU-Fraktion das Wort.

Ralf Niedmers CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin nicht bekannt dafür, dass ich heimlich die "Süddeutsche Zeitung" lese, aber wenn ich mir so anhöre, was Herr Tjarks vorhin gesagt hat, als er die "Süddeutsche Zeitung" ins Spiel brachte, will ich einmal die heutige Schlagzeile erläutern. Die "Süddeutsche Zeitung" titelt heute:

"Hamburg muss sich die Schuld selbst zuschreiben. Es ist nicht das Problem der Umweltschützer, dass ein Sumpfkraut Hamburgs wichtigstes Zukunftsprojekt, die Elbvertiefung, verzögert. Verantwortlich sind die Behörden."

Es ist schon spannend, wie die "Süddeutsche Zeitung" die Lage einschätzt.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde Herrn Dr. Dressel empfehlen, eine Kongruenz zwischen dem, was sein Erster Bürgermeister sagt, und dem, was er hier zum Besten gibt, herzustellen. Denn ich erinnere noch einmal daran, dass der Bürgermeister hier gesagt hat, frühestens 2018/2019 könne mit einer Ausschreibung für diese Baumaßnahme begonnen werden. Wer ein bisschen etwas davon versteht, weiß, dass erst ausgeschrieben, dann vielleicht beklagt, angefochten und irgendwann vergeben wird. Dann wird die Ausführung geplant und es beginnen vielleicht irgendwann einmal die Baggerarbeiten. Ich bin gespannt, was die großen Carrier jetzt im April 2017 bei ihren Linienfahrdiensten und Routen entscheiden werden. Ich weiß nicht, ob Sie dann hier noch so lustig in der Runde sitzen und zu Scherzen bereit sind.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Herr Dr. Dressel große Sprüche zum Thema Umweltschutzverbände und Verbandsklagerecht macht und sagt, wir hätten das mit zu verantworten, dann möchte ich eines deutlich klarstellen: Die Regierung Schröder II hat ein Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz eingeführt, das eine erweiterte Vereins- und Verbandsklage vorsieht. Genau das ist das Problem, das jetzt diese Folgewirkung hat für eines der wichtigsten ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Niedmers, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Dressel?

Ralf Niedmers CDU: Ich würde jetzt gern mit meiner Rede fortfahren.

Vizepräsidentin Antje Möller: Bitte fahren Sie fort.

(Zuruf von *Hansjörg Schmidt SPD*)

Ralf Niedmers CDU (fortfahrend): – Einfach locker bleiben und zuhören.

Ich möchte deshalb jetzt erst einmal weiter in die Analyse einsteigen. Woran ist die zeitnahe Umsetzung der Fahrrinnenanpassung am 9. Februar 2017 erneut vor dem Bundesverwaltungsgericht gescheitert? Zu benennen sind zwei Kernpunkte: erstens handwerkliche Fehler des rot-grünen Senats und zweitens gesetzliche Hemmnisse und Hürden. Was nun die handwerklichen Fehler des rot-grünen Senats angeht, stellt sich die Frage, warum die Fachbehörden zum Beispiel nicht in der Lage waren, ausreichende Eingriffsausgleichsflächen bereitzustellen beziehungsweise diese Unterlagen nachzuliefern und ins Verfahren einzubringen. Dann hätte man bei sorgfältiger Prüfung erkennen können, dass man die Maßnahme Spadenlander Busch, Kreetstag als Kohärenzmaßnahme gar nicht in Betracht hätte ziehen dürfen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Kreetssand!*)

Insoweit stellt sich die Frage, ob man den Erfolg Hamburgs gemeinsam gar nicht konnte oder wollte. Für die umweltplanerischen Belange ist die Behörde für Umwelt und Energie zuständig, deren Präses Herr Kerstan bekanntlich erklärter Elbvertiefungsgegner ist. Welche Fachbeiträge in welcher Qualität hat seine Behörde geliefert? Das wollen wir wissen und klären. Das sind sehr viele spannende Fragen, zu denen wir heute vonseiten des Senats gar nichts gehört haben. Auf diese Fragen erwarten wir aber am kommenden Dienstag in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses – dort steht eine Selbstbefassung auf der Tagesordnung – ausführliche und klare Antworten. Und ich füge hinzu: Sollten wir hier nicht ausführlich auf unsere Fragen Antworten erhalten, behalten wir uns weitere Maßnahmen vor.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Das klingt jetzt ja richtig bedrohlich!*)

Parlamentarische Maßnahmen sind erlaubt.

(Beifall bei der CDU)

Was nun die gesetzlichen Hemmnisse und Hürden angeht, möchte ich zunächst auf etwas hinweisen,

(Ralf Niedmers)

was der vorsitzende Richter sinngemäß geäußert hat, nachdem ein Großteil der anwesenden Personen den Gerichtssaal bereits verlassen hatte, es war also nur noch eine kleine Gruppe von Menschen dort. Da ist sinngemäß Folgendes gesagt worden: Mit der Vogelschutzrichtlinie und der Habitatschutzrichtlinie hat der EuGH ein strenges Schutzregime errichtet. Diese Strenge manifestiert sich insbesondere in dem vom EuGH aufgestellten Rechtssatz, dass jeder Zweifel an der Verträglichkeit eines Vorhabens mit den Erhaltungszielen des jeweiligen Gebietes zulasten des Vorhabens geht. In diesem rigiden Maßstab liegt die eigentliche Ursache dafür, dass Überlegungen zum Erhaltungszustand und zur Betroffenheit gefährdeter Tier- und Pflanzenarten Fachplanungsverfahren derartig dominieren.

Diese Analyse sollte uns allen wirklich zu denken geben. Der Erste Bürgermeister, der sich unterhält und den das wahrscheinlich gerade nicht so interessiert, hat aus Sicht der CDU nun drei besondere politische Managementaufgaben, an denen er sich messen lassen muss.

Erstens: Der Stiftungszweck der Stiftung Lebensraum Elbe ist offensichtlich nicht aufgegangen und muss neu definiert werden. Ziel dieser Änderung sollte es unter anderem sein, dass die Stiftung künftig ausschließlich die vorgegebenen Sowieso-Maßnahmen gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie durchzuführen hat. Die Stiftung soll sich dabei keine neuen eigenen Projekte mehr aussuchen können, sondern sich auf ihre ursprüngliche Aufgabe konzentrieren. Diese Maßnahme – das kann ja der Erste Bürgermeister einmal unter Beweis stellen – kann er sehr schnell umsetzen, wenn er es denn will. Wir wollen sehen, ob er es schafft.

Zweitens: Auch die gesetzlichen Hemmnisse und Hindernisse, die wir besprochen haben, müssen verändert werden. Ich bin gespannt darauf, in welchem Umfang sich der Bürgermeister an Gesetzesinitiativen zur Modifizierung des Umweltrechts und des Verbandsklagerechts beteiligen, ja sie sogar fordern wird, und wie er dabei mit seinem grünen Koalitionspartner umgehen und diesen einfangen wird.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie waren denn da eure Vorschläge? Wann kommen eure Vorschläge in Berlin?)

– Wir stehen da an eurer Seite.

(Heiterkeit bei der SPD)

Drittens: Der Bürgermeister muss in den kommenden Wochen – und das ist der wichtigste Punkt – den Beweis dafür antreten, dass sein politisches Netzwerk tatsächlich so gut ist, wie er es hier immer sagt. Mit seinem sozialdemokratischen Ministerpräsidentenkollegen Weil muss er jetzt schnell einen Weg finden, damit das Land Niedersachsen bei den für die Durchführung der Ausgleichsmaß-

nahmen dringend benötigten Bereitstellungen an Ausgleichsflächen tatsächlich vollumfänglich mitzieht.

(Beifall bei der CDU)

Herr Bürgermeister, die Hamburger Wirtschaft hat bei Ihnen Führung bestellt. Sie haben bislang nicht geliefert. Tun Sie jetzt endlich Ihre Pflicht und liefern Sie.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Dr. Tjarks von der GRÜNEN Fraktion bekommt nun das Wort.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt in dieser Debatte nur noch Weniges zu sagen. Ich möchte auf Frau Suding eingehen, deren Vorwurf war, der Bürgermeister sei zu viel in Berlin, um Hamburgs Interessen voranzutreiben. Frau Suding, darüber, wer mental schon in Berlin ist, wollen wir hier nicht reden. Aber der Bürgermeister hatte dort Aufgaben und Sie haben vielleicht erst kommende Aufgaben in dieser Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Michael Kruse FDP: Kommt demnächst!)

Was die GRÜNEN und den Koalitionsvertrag angeht, also die Formulierung, die Sie beanstanden, nämlich dass wir uns über die Elbvertiefung uneins sind, ist übrigens eine wörtliche Formulierung aus dem schwarz-grünen Koalitionsvertrag von 2008. Mit Ihnen werden wir zum Glück nie in die Verlegenheit kommen, in dieser Stadt einen weiteren Koalitionsvertrag abzuschließen; aber auch dann würde sich diese Formulierung darin wahrscheinlich wiederfinden. Ich möchte ausdrücklich sagen, dass ich zu den Nachbesserungen im Urteil gesagt habe, dass diese möglich sind und wir sie jetzt umsetzen werden. Ende der Durchsage.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Niedmers, ich finde Ihre Ausführungen zum Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz schon etwas putzig. Da führt also die Regierung Fischer-Schröder dieses Gesetz ein.

(Karin Prien CDU: Das macht es ja nicht besser, Herr Tjarks!)

Ich habe Ihnen auch schon einmal erklärt, warum man das macht, weil nämlich die Natur in der Sache gar nicht klagen kann. Dass irgendjemand auf die Einhaltung der Gesetze in unserem Land besteht, ist das Normalmaß eines Rechtsstaats. Aber wenn Sie das ablehnen, was Sie, Herr Niedmers, auch tun können, dann hätten Sie einmal sagen müssen, dass es danach eine schwarze und eine gelbe Bundesregierung gab, die vier Jahre lang das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz nicht abge-

(Dr. Anjes Tjarks)

schaft hat. Wenn Sie jetzt herumweinen, dann sind das nur Krokodilstränen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie dann weiter ankündigen, man habe jetzt eine Selbstbefassung – die haben wir übrigens im Wirtschaftsausschuss alle gemeinsam, ich glaube, innerhalb von zehn Minuten per E-Mail beschlossen, weil das in der Sache richtig ist –, dann freue ich mich auf Ihre gewohnt harten Fragestellungen im Ausschuss, die wir Ihnen alle beantworten werden. Und wenn Sie die Antworten dann nicht verstanden haben, können Sie ja weitere Maßnahmen ergreifen, zum Beispiel das Schreiben einer Kleinen Anfrage.

Wir haben in Bezug auf den Hamburger Hafen heute die Zahlen vorgetragen bekommen. Der Hamburger Hafen – der Kollege Seeler sagte es – wird dieses Jahr 828 Jahre alt. Wir müssen feststellen, dass er gerade das drittbeste Jahr seiner Geschichte hinter sich hat, und insofern können wir alle sagen, dass wir mit dem Hamburger Hafen auf einem guten Weg sind. Wir brauchen diesen Aktionsplan der CDU nicht, der in der Sache zusammengefasst bedeutet, weiterhin noch mehr das zu subventionieren, was schon nicht so schlecht subventioniert ist. Man kann auch Unternehmen subventionieren – das finde ich in der Sache sogar häufig richtig –, es aber ohne Sinn und Verstand zu tun, führt uns ins finanzpolitische und auch haftenpolitische Nirwana. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

(*Arno Münster SPD:* Na, der war ja wirklich noch nicht im Hafen!)

Stephan Jersch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es war spannend, was man hier gehört hat, insbesondere die Ausführungen des Bürgermeisters und des Wirtschaftssenators. Wenn der Bürgermeister Land in Sicht sieht, dann, glaube ich, ist es eher die Wand, gegen die diese Regierungskoalition mit ihrer Hafen- und Ökologiepolitik rennt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Michael Kruse FDP*)

Ich konnte kein wirklich tiefes Einsehen in ökologische Zusammenhänge erkennen und habe das Gefühl, dass hier ein völlig unzureichendes Verständnis jenseits der Wirtschaftspolitik des Hafens vorliegt.

(Beifall bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Wenn dieser Senat, auch im Rahmen von G20, sich gern damit schmücken möchte, über die Sustainable Development Goals zu reden, dann kann

ich dazu nur sagen, allein fünf davon werden mit dieser Politik wirklich gefährdet.

(*Dr. Monika Schaal SPD:* Das war gestern, Herr Jersch! Elbvertiefung ist dran!)

Das heißt, bei jeder der Veranstaltungen zu den Sustainable Development Goals kann dieser Senat sich eigentlich nur noch in die Ecke stellen und schämen für das, was er hier umwelttechnisch anrichtet.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir reden über Wirtschaftswachstum, ohne ökologischen Schaden anzurichten.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Die Arbeitsplätze interessieren euch nicht mehr als LINKE!)

Ich glaube, die Frage ist schon beantwortet: Dafür ist keine dieser Maßnahmen wirklich geeignet. Wir reden über Städte, die nachhaltig gemacht werden sollen. Der Hafen ist Teil der Stadt und nicht, wie man manchmal hier entnehmen konnte, die Stadt Teil des Hafens. Das müssen wir uns klarmachen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der nachhaltige Konsum und die nachhaltige Produktion sind nicht wirklich erfüllt, auch nicht die Biodiversität, die Sie immer wieder in Nebensätzen angeführt haben. Aber letztendlich wird irgendwann natürlich auch der Schierlings-Wasserfenchel Ihre Halbsätze nicht mehr überleben. Darauf läuft Ihre Politik hinaus. Schlimm in diesem Zusammenhang finde ich, dass die Partnerschaft für die Nachhaltigkeitsziele der UN hier wirklich nicht mehr gewährleistet ist. Ich fordere die Regierungskoalition auf, das heutige Angebot der Umweltverbände und die Hand, die ihnen zum Gespräch hingestreckt worden ist, anzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Wir haben sie gehalten!)

Manches finde ich wirklich abenteuerlich, insbesondere auch die CO₂-Bilanz des Kollegen Dressel, die er hier zum Besten gegeben hat. Ich glaube, sie hält einer wirklichen Überprüfung nicht stand.

(Beifall bei der LINKEN)

Und um noch einmal auf das "Land in Sicht" des Bürgermeisters in Verbindung mit den Aussagen des Weiter-so einzugehen: Wenn man das Land sieht und weiterhin diesen Kurs nimmt, sollte man vielleicht abbremsen, um keinen Schiffbruch zu riskieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Letztendlich ist der Weg dieser Politik des Senats gesäumt von unwiderruflich geschädigter Umwelt, von Missachtung der Wasserrahmenrichtlinie.

(Stephan Jersch)

(Arno Münster SPD: Das stimmt doch alles nicht, was Sie erzählen! Sie müssen sich mal informieren!)

– Letztendlich ist es ein Ausblick auf eine fulminant gescheiterte Hafen- und Umweltpolitik in dieser Freien und Hansestadt Hamburg, Herr Kollege. Sie brauchen nicht so laut zu werden. Ich habe das Mikro, ich bin lauter.

(Beifall bei der LINKEN – Wolfgang Rose SPD: Mannomann!)

Uns kommt es jetzt darauf an – und ich sehe noch nicht, dass wir ohne Prozesse weiterkommen –, dass wir die Nachbesserungen, die dieser Senat wieder wahrscheinlich nicht vollständig vorlegen wird, genau monitoren und aufpassen müssen, dass die Umweltauflagen auch wirklich erfüllt werden. Denn angesichts der Politik dieses Strukturverweigerungssenats, die es ja letztlich ist, und wenn man den Kollegen Seeler mit seiner Drei-Meter-Fahrrinnenanpassung hört, sollten wir die Kirche im Dorf lassen und uns über geschichtliche Perspektiven unterhalten.

(Kazim Abaci SPD: Genau!)

Wir sind heute weiter, als wir es damals waren. Um genau das zu berücksichtigen, haben wir die Umweltverbände, haben wir das Verbandsklagerecht, und das gilt es zu verteidigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Nebensatzökologie, die immer wieder von der Regierungskoalition, insbesondere von der SPD, vertreten wird, macht Angst hinsichtlich unserer Umwelt und der Umwelt der Elbanrainer. Insofern war das, was ich heute von Regierungsseite gehört habe, eine herbe Enttäuschung. Es wird noch viele Auseinandersetzungen für die Ökologie geben, gegen die SPD. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN – Wolfgang Rose SPD: Na, dann bin ich ja wieder richtig aufgestellt!)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Kruse von der FDP-Fraktion bekommt nun das Wort.

Michael Kruse FDP: Ich würde gern auf das Thema zurückkommen. Ich kann nicht nachvollziehen, dass Herr Jersch gesagt hat, es werde hier Nebensatzökologie betrieben. Nein, das ist nicht unser Problem, sondern unser Problem ist doch, dass in dem Verhältnis Ökologie auf der einen Seite und Ökonomie auf der anderen Seite etwas aus den Fugen geraten ist. Man kann doch feststellen, dass in dieser Stadt alle möglichen Maßnahmen, die dafür da waren, genau das abzufedern, was wir so dringend brauchen, nämlich die Fahrrinnenanpassung, mittlerweile erfolgt sind, zum Beispiel die Stiftung Lebensraum Elbe, zum Beispiel gestiegene Zuführungen an die Stiftung Lebensraum Elbe,

aber auch an die Stiftung Wattenmeer. Wir können feststellen, dass das alles schon gemacht wird: Die Stiftung Lebensraum Elbe erhielt in den vergangenen Jahren 50 Prozent mehr Zuführungen aus dem Hafengeld, für die Stiftung Wattenmeer wurden in den letzten Jahren die Zuführungen verfünffacht. Nur eines fehlt, nämlich die Fahrrinnenanpassung. Da muss man doch sagen, dass in diesem Verhältnis grundsätzlich etwas nicht stimmt. Selbstverständlich hängt das auch damit zusammen, dass die Umweltverbände die Möglichkeit bekommen haben, Klagen einzureichen, und dass der Senat und auch der schwarz-grüne Vorgängersenate und wiederum auch der SPD-Vorgängersenate es nicht vermocht haben, den Umweltverbänden zu sagen, okay, ihr bekommt etwas und dafür wollen wir aber auch etwas. Genau das ist nicht geschehen. Wir können feststellen, dass die Kassen von Umweltverbänden, Stiftungen und behördlichem Umweltschutz noch nie so prall gefüllt waren. Aber der Wohlstand, auf dem das Ganze basiert, wird zusehends abgewürgt, weil die Fahrrinnenanpassung immer noch nicht kommt.

(Beifall bei der FDP und bei Ralf Niedmers CDU)

Man muss leider auch feststellen, dass die Umweltverbände über das Ziel hinausschießen. In der Satzung des BUND heißt es, sie setzten sich für die Erhaltung menschenwürdiger Umwelt ein. Ja, aber zu dieser menschenwürdigen Umwelt zählen doch auch die Arbeitsplätze. Da ist doch etwas aus der Balance geraten. Auf der einen Seite haben wir 150 000 Arbeitsplätze, von denen wahrscheinlich 300 000 Menschen abhängig sind, und Unternehmen, die sich in der Krise befinden, und auf der anderen Seite haben wir den Schierlings-Wasserfenchel. Es ist etwas aus der Balance geraten, und deswegen müssen wir das geraderücken und an das Verbandsklagerecht herangehen. Ich finde es ja schon gut, dass auch aus den großen Fraktionen mittlerweile Zustimmung dafür kommt, dass wir an dieses Verbandsklagerecht herangehen, denn das war ein teurer Irrweg, und deswegen müssen wir es grundsätzlich reformieren. Ja, das müssen wir auf Bundesebene tun und werden es dann im September auch auf Bundesebene unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Aber die Frage vor Gericht war ja eine andere. Heute konnten wir feststellen, dass Herr Scholz nicht nur den Charme einer Wiedervorlagemappe hat, nein, er ist die personifizierte Wiedervorlagemappe. Endlich haben wir Rechtssicherheit, hat er in seinen Regierungserklärungen schon 2011 und 2014 zur Fahrrinnenanpassung erklärt. Das haben Sie doch damals schon erzählt. An ein Zitat kann ich mich besonders gut erinnern:

"Der Hamburger Senat hat alles getan und wird alles tun, um eine Realisierung der

(Michael Kruse)

Fahrrinnenanpassung so schnell wie noch möglich zu erreichen."

Wir können feststellen, dass genau das nicht geschehen ist.

(Dr. Christel Oldenburg SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Zumindest die Befürworter der Fahrrinnenanpassung haben gehofft, dass in der vergangenen Woche ein positives Urteil gefällt wird. Das ist nicht geschehen. Woran liegt das? Es liegt daran, dass Ihr Bürgermeister Olaf Scholz die Prioritäten in dieser Stadt völlig falsch setzt.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben diese Woche erfahren, dass 80 Personen in dieser Stadt damit beschäftigt sind, diejenigen, die kein gültiges Parkticket mehr haben, abzuzetteln. 80 Personen laufen durch diese Stadt und zetteln ab. 15 Personen planen die Fahrrinnenanpassung. Das ist die Schwerpunktsetzung, die wir Ihrem Senat zu verdanken haben, und das Ergebnis ist ein Organisationsversagen, das bei Ihrem Bürgermeister Olaf Scholz liegt.

(Beifall bei der FDP)

Und dann wird es richtig peinlich: Die Vorhaltungen des Gerichts von 2014 lesen sich exakt so wie die Vorhaltungen von Anfang 2017. Im Hinweisbeschluss von 2014 heißt es – ich zitiere –:

"Den Planfeststellungsbeschlüssen kann [...] nicht entnommen werden, dass [...] die festgelegten Kohärenzsicherungsmaßnahmen über die [...] festzulegenden Standardmaßnahmen hinausgehen."

Vergleichen Sie das einmal mit den Sätzen aus der Pressemitteilung des Gerichts von letzter Woche, dann werden Sie feststellen, dass Ihr Senat zweieinhalb Jahre bei diesem Thema gepennt hat und wir deswegen die Fahrrinnenanpassung jetzt nicht bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Und es geht noch weiter: Sie überlassen die wichtige Führung in diesem Projekt einer Behörde mit einem Staatssekretär Ferlemann, der in Cuxhaven als Kreistagsabgeordneter gegen die Fahrrinnenanpassung stimmt, nur um dann am nächsten Tag zu erklären, kein Problem, er könne das innerlich voneinander trennen, in Cuxhaven stimme er dagegen, in Berlin arbeite er daran. Dem haben Sie den Lead in diesem Projekt überlassen und wir bekommen die Fahrrinnenanpassung nicht,

(Arno Münster SPD: Das ist Bullshit!)

weil wir gravierende Schwächen in den Unterlagen für die Planfeststellung haben.

(Arno Münster SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Auch das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei der FDP)

Dann redet Herr Tjarks hier darüber, wie toll die Vereinbarung sei, unseren Schlick zur Tonne E3 zu verbringen. Da kann ich echt nur müde lächeln. Herr Albig erklärt auf dem Neujahrsempfang der SPD-Bürgerschaftsfraktion, dass man jetzt also wirklich keine faulen Deals mehr miteinander machen möchte. Wir müssen uns fragen, wieso es nur kurz vor der Wahl und nicht im letzten Jahr möglich war, keine faulen Deals miteinander zu machen. Warum müssen wir erst auf den Wahlkampf warten, damit wir gute Deals bekommen? Ihr Wirtschaftsminister Meyer aus Schleswig-Holstein sagte letztes Jahr beim UVNord, na ja, ihr wolltet bei uns vor der Küste Schlick verbringen, wir wollten dafür ein paar Schülerinnen und Schüler mehr auf eure Schulen schicken, deswegen haben wir einen Kuhhandel gemacht. Herzlichen Glückwunsch. Hören Sie endlich auf mit diesen Kuhhandeln, regieren Sie endlich vernünftig, stimmen Sie sich mit den norddeutschen Landesregierungen ab, dann hätten wir dieses Projekt schon, weil wir dann die entsprechenden Flächen bereits identifiziert hätten. Herr Tjarks, wenn Sie unser Wahlprogramm zitieren, nur um zu sagen, man solle hier kein parteipolitisches Klein-Klein machen, dann halte ich das für wirklich grotesk. Es ist bezeichnend, dass Herr Tjarks jetzt nicht mehr im Saal ist; offensichtlich ist ihm das Thema nicht so wichtig. Er hat sich auch heute wieder nicht dazu erklärt, dass er gern die Fahrrinnenanpassung haben möchte.

Sie haben dieses Gemurkse der letzten zweieinhalb Jahre zu verantworten. Daran sind nicht einmal die GRÜNEN schuld. Das hat die SPD-geleitete Behörde zu verantworten. Jetzt erklären Sie mir einmal bitte – dazu hat keiner der Redner der Regierungskoalition auch nur im Ansatz etwas gesagt –, warum wir darauf vertrauen sollten, dass dieser Senator Horch es in den nächsten zwei Jahren tatsächlich hinkriegt. Sie alle hatten diese Hinweise im Jahr 2014. Wie viele Jahre wollen Sie sich denn noch geben? Irgendwann wird die Fahrrinnenanpassung keinen Nutzen mehr bringen, weil sie zu spät kommt. Diese Verzögerung haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei der FDP)

Herr Seeler, Sie sagen, Sie verstünden das alles gar nicht, der Hafen habe doch im letzten Jahr 1 Prozent Umschlagswachstum verzeichnet. Da kann man nur sagen, herzlichen Glückwunsch. Wir hatten ein Minus von 10 Prozent im Jahr 2015, die Sie natürlich nicht erwähnen, sondern Sie sagen, es gebe doch keine Krise, der Hafen habe doch 2016 ein Umschlagswachstum von 1 Prozent zu verzeichnen. Herr Seeler, 10 Prozent minus, 1 Prozent plus, das macht 9 Prozent minus in Ihrer Regierungszeit. Das ist die Bilanz für den Hafenum-

(Michael Kruse)

schlag in Hamburg, die zeigt, dass die Hafenpolitik bei Ihnen nicht in guten Händen ist.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Ludwig Flocken fraktionslos*)

Ich prophezeie heute, dass dieser Bürgermeister und dieser Wirtschaftssenator nicht mehr erleben werden, dass die Fahrrinnenanpassung während ihrer Amtszeit fertiggestellt wird. Das wird in dieser Legislaturperiode überhaupt nicht mehr möglich sein. Ja, da lacht Herr Kerstan nur. Er weiß, dass ich recht habe, und freut sich darüber.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Ludwig Flocken fraktionslos*)

Heute vor zwei Jahren war Bürgerschaftswahl. Was haben wir seitdem erlebt und werden wir noch erleben? 2015 Scheitern von Olympia, 2016 Flüchtlingskrise, die Sie immer noch nicht im Griff haben, 2017 herber Rückschlag bei der Elbvertiefung, 2018 ist für die HSH Nordbank und das sich dort anbahnende Desaster gebucht. Herr Scholz, Sie sind der personifizierte Rückschlag für diese Stadt. In Ihrer Verantwortung enden jede Menge großer Projekte im Desaster, aber es fangen keine großen Projekte an. Ich bin gespannt, was wir irgendwann einmal unseren Kindern erzählen werden, wenn sie fragen, was getan wurde, als es um die Zukunft der Wirtschaft in dieser Stadt ging. Dann werden sie uns vorwerfen: Ihr habt nur erzählt, dass das alles noch in Ordnung ist und der Schierlings-Wasserfenchel hier genügend Freiräume bekommt, anstatt die Probleme dieser Stadt zu lösen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Ludwig Flocken fraktionslos*)

Nein, die Zukunft dieser Stadt ist bei Rot-Grün und bei Olaf Scholz nicht in guten Händen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Oelschläger von der AfD-Fraktion bekommt nun das Wort.

Andrea Oelschläger AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Inklusion kann sinnvoll sein und funktionieren. Auch der Schierlings-Wasserfenchel und ein moderner zukunftsfähiger Hafen müssen kein Widerspruch sein. Ideen und Ansätze hierzu gab es bereits zuhauf, zum Beispiel die schon im Planfeststellungsverfahren geplanten Schutzmaßnahmen im Zollenspieker Vorland ebenso wie die ins Spiel gebrachten Maßnahmen im Bereich des Alten Moorburger Hafens in Overwerder am Oberhaken oder an der Spadenländer Spitze. Ideen gab es also. Problematisch wurde es bei der fachlichen Umsetzung ebenso wie bei der rechtlichen Bewertung. Dass die vermeintliche Ausgleichsfläche Kreetssand nicht

mehr infrage kommt, haben die Stadt und der Senat sich erstens selbst zuzuschreiben und hätte zweitens frühzeitig erkannt werden müssen. Tatsächliche Probleme beim Erhalt des Schierlings gibt es im Übrigen nicht. Die Samen lassen sich sammeln und sind bis zu 30 Jahre keimfähig. Neue Populationen können also durchaus gezogen und auch an anderen Orten angesiedelt werden. Während diese Pflanze, die nur bei uns vorkommt, spezialisiert ist auf die Süßwasserbereiche der Tideelbe, so sollte sich doch zwischen Geesthacht und Glückstadt noch ein Plätzchen zur geschützten Anpflanzung finden lassen, und zwar auf rechtlich noch nicht vorbelasteten Flächen. Da drängt sich nun der Eindruck auf, dass der letzte politische Wille gefehlt hat, alles zu tun, um die Elbvertiefung rechtssicher zu planen.

Die spätere Ausgliederung der Umweltbehörde aus der ehemaligen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt hat ihren Teil dazu beigetragen. Ganzheitliches, im besten Sinne nachhaltiges Denken ist dieser Behörde fremd. Da ich Ihre Fachkenntnisse schätze, Herr Senator Kerstan, und sehe, was trotzdem aus Ihrer Behörde kommt, oder, wenn es um konkrete Vorschläge zur Rettung der Elbvertiefung geht, hätte kommen müssen, aber nicht kam, dann stelle ich fest, dass es bei diesem Senat weniger das Nicht-Können als offensichtlich das Nicht-Wollen ist. Wenn Sie den Hafen nicht weiterentwickeln wollen, dann sagen Sie es uns einfach. Berücksichtigen Sie dabei bitte auch gleich die Auswirkungen, die das auf die städtischen Unternehmen im Hafen, namentlich die HHLA, und auf die vom Hafen abhängigen Arbeitsplätze haben wird. Schieben Sie den Schwarzen Peter nicht dem Bundesverwaltungsgericht zu, das kaum anders entscheiden konnte, und erst recht nicht dem Schierlings-Wasserfenchel. Es erfordert bei all den Flächen, die bereits für Ausgleich reserviert sind, natürlich etwas mehr Fantasie, etwas mehr Planung, etwas mehr Genauigkeit, eine seltene Pflanze einerseits zu erhalten, weil sie erhaltenswert ist, und andererseits die Wettbewerbsfähigkeit des Hafensandorts Hamburg nicht aus ideologischen Gründen aufs Spiel zu setzen. Auch der Hamburger Hafen als moderner Logistikstandort ist erhaltenswert. Ich habe das Gefühl, dies insbesondere für die grünen Damen und Herren betonen zu müssen. Hafen- und Artenschutz, das geht, und das sogar in einengenden EU-Richtlinien. Es scheint wohl nicht in diesem rot-grünen Senat zu gehen. Bitte beweisen Sie, dass ich mit dieser Einschätzung falsch liege. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit haben wir eine fast dreistündige Beratung zur Regierungserklärung beendet.

(Vizepräsidentin Antje Möller)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4, Drucksache 21/2316: Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung, in diesem Fall Wahl eines Deputierten.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung****– Drs 21/2316 –]**

Der Stimmzettel für diese Wahl liegt Ihnen vor. Er enthält je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Ich bitte Sie nun, den Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich darf die Schrifführungen nun bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Das scheint der Fall zu sein. Damit schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird gleich ermittelt und im Laufe der Sitzung bekannt gemacht.**

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 22, Drucksache 21/7606 in der Neufassung, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Öffentliche Infrastruktur ausweiten: WLAN breiter anbieten.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:**Öffentliche Infrastruktur ausweiten: WLAN breiter anbieten****– Drs 21/7606 Neufassung –]**

Diese Drucksache möchte die AfD-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wer wünscht dazu das Wort? – Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE, Sie bekommen es.

Stephan Jersch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich beginne mit einem Zitat aus der Koalitionsvereinbarung:

"Öffentliche WLAN-Angebote sind Teil der digitalen Infrastruktur großer Städte. Der Senat hat daher ein großes Interesse daran, öffentliche und öffentlich geteilte Netze auszubauen."

Angesichts der Jahreszeit, in der wir uns befinden, wäre es angebracht, jetzt einen Tusch und danach den Narhalla-Marsch zu spielen. Dabei besteht

durchaus Einigkeit darüber, dass der digitale Wandel kommt und gefördert werden muss, dass es eine Teilhabe geben und der Internetzugang für alle Hamburgerinnen und Hamburger sichergestellt werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber wie sieht letztendlich der Status in dieser Stadt aus? Der Status in dieser Stadt ist eine Touristenbespielung von wenigen einzelnen Access Points am Alstertor – man kann nur sagen, das Alstertörchen – oder am Kreuzfahrt-Terminal. Sechs Bezirke in dieser Stadt haben sich in ihren Bezirksversammlungen bereits mit dem Thema öffentliches WLAN beschäftigt. Das macht deutlich, dass in unserer Stadt das Interesse daran sehr groß ist und nicht nur von irgendwelchen Nerds geteilt wird. Mittlerweile wird die Digitalisierungsstrategie der Freien und Hansestadt Hamburg von Städten wie Buxtehude oder Neu Wulmstorf überholt; von ihnen kann sich die Freie und Hansestadt Hamburg einiges abschneiden. Wir müssen das öffentliche WLAN zu den Menschen bringen, zu den Hamburgerinnen und Hamburgern, anstatt es in irgendwelchen Drucksachen zu beerdigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen anerkennen, dass die Lebensweisen in dieser Stadt sich ändern, dass die Menschen den öffentlichen Raum immer mehr für sich erobern, dass der Lebensschwerpunkt sich von den Wohnungen auf die öffentlichen Plätze verlagert. Wenn wir dem Rechnung tragen wollen, müssen wir natürlich eine entsprechende Infrastruktur in unserer Stadt anbieten, wir müssen den Wandel des Angebots annehmen und die Digitalisierung in diese Richtung treiben, das heißt, sie breit aufstellen und für das Leben tauglich machen. Wir brauchen das Angebot für die Hamburgerinnen und Hamburger, die in ihrer Stadt draußen leben, dort arbeiten und im Moment am mangelnden Digitalisierungsangebot in dieser Stadt leiden. Dafür brauchen wir die Kräfte in der Stadt, die die Ortskenntnisse haben

(*Hansjörg Schmidt SPD*: Sie offenbar ja nicht!)

und sich mit diesem Thema bereits beschäftigt haben. Augenscheinlich ist der Senat nicht in der Lage, ein vernünftiges Angebot auf die Reihe zu bringen. Die Bezirke müssen hierzu mit ins Boot geholt werden. Wir müssen das öffentliche WLAN-Angebot, das wir de facto noch gar nicht haben, auch in die Unterzentren unserer Stadt bringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt aber auch, die Bezirke zu ertüchtigen. Die Bezirke sind seit Jahren ein Opfer der Sparpolitik des Senats, wie wir bereits an verschiedenen Stellen thematisiert haben.

**Das Wahlergebnis ist auf Seite 3771 zu finden.

(Stephan Jersch)

(Dirk Kienscherf SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Das Know-how in dieser Stadt ist verlagert worden und in den Bezirken überhaupt nicht mehr vorhanden. Wenn wir zu einem erfolgreichen Projekt kommen wollen, wenn wir das öffentliche WLAN zu den Menschen in dieser Stadt bringen wollen, dann müssen wir ein bisschen Geld in die Hand nehmen und für eine entsprechende Organisation sorgen, um ein entsprechendes Angebot machen zu können und vielleicht irgendwann einmal weiter zu sein als Buxtehude oder Neu Wulmstorf.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sollten deshalb gemeinsam mit den Bezirken und dem Know-how, das dort vorhanden ist, die urbanen Zentren Hamburgs dezentral versorgen, denn im Moment sieht es doch so aus, als würden wir in dieser Stadt nur öffentliches WLAN im Angebot haben, wenn wir uns neben eines der Klohäuschen setzen,

(Michael Kruse FDP: Oder rein!)

die mittlerweile mit Access Points ausgestattet werden sollen, oder wenn wir Bussen des HVV hinterherrennen, die ein öffentliches WLAN anbieten oder den ganzen Tag mit der S-Bahn herumfahren. Das kann nicht wirklich das Ziel der Hamburger Digitalisierungsstrategie sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich werbe für eine Zustimmung zu unserem Antrag, damit wir endlich ein funktionsfähiges öffentliches WLAN in dieser Stadt und nicht nur funktionsunfähige Absichtserklärungen haben. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Schmidt von der SPD-Fraktion bekommt nun das Wort.

Hansjörg Schmidt SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN sind beim Thema WLAN-Ausbau in Hamburg offenbar nicht ganz auf der Höhe der Diskussionen und auch nicht wirklich von Ortskenntnissen geprägt. Wenn man zum Beispiel morgens am Osterbrookplatz in die Buslinie 112 einsteigt, kann man sich dort in das öffentliche WLAN einloggen – das ist nicht das von der Hochbahn –, und wenn man drinbleibt und in der Innenstadt aussteigt, ist man weiterhin drin. Warum das so ist, liegt daran, dass die Bürgerschaft in der letzten Legislaturperiode einstimmig eine WLAN-Strategie für Hamburg beschlossen hat – einstimmig heißt im Übrigen, auch mit den Stimmen der LINKEN, aber daran scheinen Sie sich nicht mehr zu erinnern.

Über die Eckpunkte dieser Strategie kläre ich Sie noch einmal ein bisschen auf: Die Provider, die öf-

fentliche WLAN-Angebote in Hamburg umsetzen wollen, sollen unterstützt werden. Der Ausbau von WLAN-Angeboten in Bussen und Bahnen und öffentlichen Dienststellen der Stadt soll vorangetrieben werden. Die bundesrechtlichen Rahmenbedingungen für WLAN-Betreiber, Stichwort Störerhaftung, sollen verbessert werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen, wie zum Beispiel Freifunk als Partner, sind beim Ausbau zu unterstützen. Das hat die Bürgerschaft in der letzten Legislaturperiode einstimmig so beschlossen und das wird momentan umgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommt DIE LINKE mit einem Antrag um die Ecke, der dieser Strategie vollkommen widerspricht. Sie fordern, die Stadt solle nun ein eigenes bezirkliches WLAN einführen. Wir haben schon damals gesagt, dass wir ein staatliches WLAN ablehnen und auf die Zusammenarbeit mit den Providern und den zivilgesellschaftlichen Akteuren setzen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Postfaktisch! – Vizepräsident Detlef Ehlebracht übernimmt den Vorsitz.)

Ihr Antrag liest sich nach dem Motto, hey, WLAN ist total modern, auch wir LINKE wollen bei diesem Thema endlich einmal wieder vorkommen. Lassen Sie mich den Stand der Dinge einmal aktuell zusammenfassen. Wir haben in Hamburg mehrere Netzbetreiber, die öffentliche kostenfreie WLAN-Zugangspunkte anbieten. Die Telekom ist mittlerweile bei über 500, Vodafone Kabel Deutschland ist bei über 100, Freifunk hat mittlerweile fast 1 000 Knotenpunkte in Hamburg. Ein Wort vorab zu Freifunk: Das ist auch ein Partner der Stadt beim WLAN-Ausbau in den Flüchtlingsunterkünften, wofür wir gerade Geld zur Verfügung gestellt haben. Das ehrenamtliche Engagement von Freifunk ist beachtlich und deshalb an dieser Stelle auch noch einmal der Dank von uns an die Freifunker.

(Beifall bei der SPD)

Dann einmal zu MobyKlick: Auch da scheint DIE LINKE nicht genau zu wissen, was das eigentlich ist. MobyKlick ist kein Projekt der Stadt Hamburg, sondern ein Angebot der Firma willy.tel GmbH. Es macht überhaupt keinen Sinn, die Stadt aufzufordern, dieses nun in den Bezirken auszurollen; das ist nicht die Stadt, die das betreibt. Das Projekt MobyKlick umfasst derzeit rund 100 Knotenpunkte in Hamburg. Die Stadt ist als Partner aktiv, indem sie kostenfrei städtische Infrastruktur zur Verfügung stellt. Dafür hat sich willy.tel GmbH verpflichtet, in der Innenstadt eine möglichst hohe Abdeckung mit WLAN anzubieten. Sie werden sehen, dass das jetzt auch in den kommenden Wochen noch viel stärker um sich greift, als es schon der Fall ist. Der Ausbau des WLAN wird zusätzlich

(Hansjörg Schmidt)

zum vereinbarten Ausbau in der Innenstadt auch in den anderen Stadtteilen, Studierendenwohnheimen und dem öffentlichen Nahverkehr vorangetrieben. Ich habe eben das Beispiel Osterbrookplatz in Hamm genannt. Gehen Sie einmal mit einem WLAN-Scanner durch die Stadt und Sie werden sehen, wie viele Access Points es mittlerweile gibt.

Eine andere Wissenslücke offenbart der Antrag der LINKEN darüber hinaus auch noch. Sie fordern, dass die Bezirke ihre IT-Personalplanung für den WLAN-Ausbau evaluieren sollen. Die Bezirke haben schon seit Jahren keine eigene IT-Abteilung. Insofern macht eine Personalplanung bei diesem Thema überhaupt keinen Sinn.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Der WLAN-Ausbau in Hamburg rollt unaufhaltsam. Vergleichen Sie die heutige Situation mit der von vor 2011, so werden Sie sehen, wie stark dieses Thema in der Stadt präsent ist. Wir haben für den WLAN-Ausbau eine Strategie und diese trägt Früchte, ohne die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler dabei zu belasten. Ein staatliches WLAN-Modell, so wie es die LINKEN fordern, wäre ein extrem teures Unterfangen, und deswegen lehnen wir den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Schmidt. – Wir hören jetzt Herrn Ovens von der CDU-Fraktion.

Carsten Ovens CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Jersch, Sie haben gesagt, der rot-grüne Senat möchte Hamburg gern zur digitalen Vorreitermetropole ausbauen. Das ist etwas, wohinter sich grundsätzlich fast alle von uns stellen und sagen, ja, das ist gut für Hamburg. Hamburg kann da sicherlich auch viel erreichen, Hamburg kann vor allem aber auch noch viel machen, wie wir gerade von Kollege Schmidt gehört haben. Das WLAN-Konzept wurde in der letzten Legislatur beschlossen; wunderbar. Jetzt haben Sie aber gerade selbst gesagt, dass Sie unter anderem in den Bezirksämtern gar nicht mehr die Ressourcen haben, um zu diesem Thema etwas beizutragen. Es mag vielleicht ein naturgemäßes Problem Ihres Sparkurses sein, dass Sie überall Kundenzentren schließen und Verwaltungspersonal abbauen; das kennen wir von der SPD und es ist offenbar beim WLAN genau das Gleiche.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht (unterbrechend): Herr Ovens, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schmidt?

Carsten Ovens CDU:* Er kann ja gern gleich noch einmal etwas dazu sagen. Ich mache erst einmal weiter.

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Das war ein Nein.

Carsten Ovens CDU (fortfahrend):* Wir können an dieser Stelle, Herr Schmidt – auch da werden Sie mir sicherlich zustimmen, da brauchen Sie jetzt gar nicht so herumzukrakelen – das Thema WLAN wunderbar über die letzten zwei Jahre fortspinnen. Sehen wir uns doch einmal an, was die Zeitungen geschrieben haben, zum Beispiel das "Hamburger Abendblatt" am 22. Dezember 2015:

"Das öffentliche W-LAN kommt mit Verzögerung"

Wir als CDU haben versucht, nachzubohren und Ihrem Senat ein bisschen auf die Sprünge zu helfen, weil die Regierungsfractionen es offenbar nicht tun. Was ist das Ergebnis? 21. September 2016 steht erneut, in diesem Fall, glaube ich, nicht im "Hamburger Abendblatt", sondern in der "Welt":

"[...] freies WLAN kommt später"

Wenn Sie sich heute in den von Ihnen zitierten Bus oder in den Metrobus 5 setzen, haben Sie dort zwar mittlerweile an vielen Stellen die Access Points; das ist auch gut so. Ob das dann funktioniert, ist ein bisschen so ähnlich wie Abenteuer Bahn – thank you for travelling –, aber trotzdem sind Sie häufig auch dort offline, da bringt es Ihnen auch nichts, wenn Sie einen Access Point haben. Egal ob es von der Stadt oder von Privaten aufgestellt ist, Sie verkaufen es, wenn es darauf ankommt, als Ihren Erfolg. Ihr gepriesenes WLAN funktioniert in Hamburg noch lange nicht so, wie es soll.

(Beifall bei der CDU)

Herr Jersch, man möchte natürlich vermeiden, dass Sie den ganzen Tag Bussen hinterherlaufen oder S-Bahn fahren, um kostenfrei WLAN zu genießen. Das wollen wir natürlich auch nicht den Touristen zumuten, die sich schließlich draußen in der Stadt aufhalten und nicht nur mit Bus und Bahn fahren sollen. Trotzdem hinkt Ihr Antrag leider an ein paar zentralen Punkten. Gleich als ich den ersten Antragspunkt gelesen habe, erinnerte ich mich an den alten Spruch: Wenn du nicht mehr weiterweißt, dann gründe einen Arbeitskreis. Mit Arbeitskreisen ist uns aber an dieser Stelle nicht geholfen. Leider sind Sie an vielen Stellen in Ihrem Antrag unkonkret. Sie sagen, es sollen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, um Konzepte zu erarbeiten. Was das konkret für Konzepte sein sollen, sagen Sie nicht, sondern Sie sagen nur: freies WLAN in den Bezirken. Da steht jetzt aber nicht, ob es an öffentlichen Plätzen oder in jeder Straße sein soll. Ich höre schon den Aufschrei der

(Carsten Ovens)

LINKEN, wenn das die Bezirke machen würden, aber nicht jede Straße freies WLAN bekommt. Dann schreien Sie gleich wieder nach sozialer Gerechtigkeit. Deswegen ist auch das ein Punkt, der gegen Ihren Antrag spricht, Herr Jersch.

(Beifall bei *Stephan Gamm* und *Dennis Thering*, beide CDU)

Letztlich wollen wir auch an dieser Stelle den Senat nicht überfordern. Wir haben es vorhin in der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters gehört. Er kriegt schon die Elbvertiefung als zentralstes Projekt dieser Stadt nicht hin. Wenn wir ihm jetzt auch noch freies WLAN in den Bezirken auflasten, mein Gott, wir wollen doch diesen Senat auch noch irgendwie arbeitsfähig halten. Von daher müssen wir Ihren Antrag leider an dieser Stelle ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Ovens. – Als Nächster spricht Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion.

Farid Müller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hatten in der letzten Bürgerschaftssitzung eine Frage der FDP, bei der es um Internetanschlüsse in dieser Stadt ging. Wie wir vom Senat erfahren haben, haben circa 94 Prozent der Haushalte Netzanbindung. So viel zum Status unserer Stadt. Es stellt sich natürlich die Frage, mit welchem finanziellen Aufwand eine Stadt – bei einer Fast-Abdeckung – ein zusätzliches staatliches Netz zur Verfügung stellen sollte. Die Bürgerschaft, das hat der Kollege Schmidt schon gesagt, hatte sich in der letzten Wahlperiode dazu entschieden, ein öffentliches WLAN zu befördern, es aber nicht als Staats-WLAN einzuführen. Das ist der entscheidende Unterschied. Wenn Sie das nämlich machen, das wissen Sie doch auch, kostet es erstens in einem Stadtgebiet wie Hamburg viel Geld, zweitens haben Sie eine Doppelabdeckung, und drittens müssen Sie es jahrelang ausschreiben, hinterher mit Anbietern verhandeln und so weiter und so fort. Wir haben uns gegen diesen langen holprigen und kostspieligen Weg entschieden. Jetzt bemängeln Sie, dass das alles noch nicht vollkommen ist. Ja, es ist noch nicht alles vollkommen. Aber es ist vollkommener, als Sie es dargestellt haben. Und wenn Sie sich das bisschen Mühe gemacht hätten, sich einfach einmal auf die Homepage von MobyKlick zu begeben, dann hätten Sie gesehen, dass es auch schon in den Bezirken und nicht nur in der Innenstadt viel Abdeckung gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Anbieter wirbt sogar damit, dass das Netz in den Bezirkszentren ständig ausgebaut wird. So viel dazu.

Dass die Hochbahn jetzt mit demselben Anbieter ihre Busse und ihre U-Bahn-Stationen ausbauen will, und, wenn technisch möglich, auch noch die U-Bahn selbst und die S-Bahn ebenfalls – was natürlich technisch möglich, aber auch eine Frage der Kosten ist; das werden wir uns alles noch einmal anhören müssen –, führt zu einer sehr großen Abdeckung, ohne dass massiv Steuergelder in ein Doppelnetz fließen.

Ich bin durchaus ein Freund davon, dass man die Geschichte nicht versucht, neu zu schreiben, Herr Ovens. Die IT-Abteilungen in den Bezirken sind unter einer CDU-Regierung abhandengekommen. Aber lassen Sie uns jetzt nicht die Vergangenheit aufarbeiten, sondern darüber reden, wie wir es jetzt hinbekommen. Dass der Senat es nicht so schnell hinbekommen hat, wie er sich das selbst gewünscht hätte, hat nichts damit zu tun, dass Herr Brosda keinen Bock auf das Thema hat. Es hat einfach auch damit zu tun, dass Sie, wenn Sie es nicht als Staats-WLAN machen – ich gehe davon aus, dass die CDU das nicht möchte –, bestimmte Bedingungen einhalten müssen, sodass jeder Anbieter mitspielen darf. Das ist gar nicht so einfach, aber der Senat hat es hinbekommen. Zu der Frage, wie das gelungen ist, könnten Sie auch einmal eine Kleine Anfrage stellen. Jetzt sind nämlich die Verträge abgeschlossen worden, dass angebotsneutral erstens der Strom zur Verfügung gestellt werden kann und zweitens die ganzen Installationen so erfolgen können, dass es hinterher keine EU- oder wettbewerbsrechtlichen Verfahren gegen die Stadt gibt. Mein Eindruck ist, dass das auf dem Weg ist. Vielleicht haben wir ja irgendwann einmal auch noch zum Thema Digitales hier eine Regierungserklärung; dann erläutern wir Ihnen das alles noch einmal ganz genau. Das scheint ja für Sie ein Thema zu sein.

Vielleicht sagt uns DIE LINKE ja noch, was sie wirklich unter öffentlichem WLAN versteht. Wir verstehen darunter, dass es öffentlich genutzt werden kann, dass damit keine Werbung refinanziert wird, dass es für die Menschen öffentlich zugänglich ist, dass es den Steuerzahler nichts kostet, sondern dass es ein Service obendrauf ist. Wenn Sie etwas anderes drunter verstehen, können Sie es gern kundtun. So wie wir den Antrag verstanden haben, werden wir ihn ablehnen. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Müller. – Es spricht als Nächster Herr Kruse von der FDP.

Michael Kruse FDP: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die eigentlich unterhaltsame Grundannahme, die diesen Antrag trägt, ist, dass es mit dem WLAN in dieser Stadt klappen würde, wenn der Staat es macht. Herr Jersch, waren Sie schon

(Michael Kruse)

einmal an einen Dataport-Arbeitsplatz angeschlossen? Hatten Sie schon einmal IP-Telefonie von Dataport? Hatten Sie schon einmal Internet von Dataport? Wenn ja, dann würden Sie nicht glauben, dass man denen jetzt das WLAN in dieser Stadt übertragen sollte, und das auch noch auf Bezirksebene. Also das ist nun wirklich eine humoristische Grundannahme, die Sie da tätigen.

Spaß beiseite. Wir sind uns aber in der Analyse ja einig. Wie Farid Müller eben klug gesagt hat, hätten wir uns wirklich gewünscht, dass das mit dem WLAN in dieser Stadt schneller geht. Wir sind uns über den Weg dahin nicht immer einig gewesen. Wir sind auch mit den Ausbauzielen und mit der Verfügbarkeit auch in der S-Bahn, Carsten Ovens, nicht zufrieden. Aber natürlich steht trotzdem die Frage im Raum, wer dabei eigentlich welche Aufgabe hat. Die Tatsache, dass die Stadt, also der Staat, festlegt, dass wir das WLAN wollen, heißt nicht gleichzeitig, dass die Stadt es auch selbst machen muss. Genau diesen Weg, lieber Herr Jersch, möchten wir als FDP mit Ihnen nicht gehen. Denn wir sagen, der Staat kann zwar sagen, dass natürlich alle eine Breitbandversorgung brauchen, dass natürlich alle vernünftige, auch kabelungebundene Anbindungen brauchen, aber das bedeutet nicht, dass der Staat das machen muss. Ich persönlich glaube auch nicht, dass es dann unbedingt schneller gehen würde.

Der Senat hat mit seiner Ankündigungspolitik der letzten Jahre schon eine gewisse hohe Erwartungshaltung geschaffen. Deswegen sind nicht nur von uns die Verzögerungen entsprechend kommentiert worden. Wir haben festgestellt, dass es bisher in dem Maße, wie es angekündigt wurde, offensichtlich nicht Prioritätensetzung war. Der Amtsleiter Medien ist ja jetzt auch befördert worden. Insofern haben wir jetzt natürlich noch höhere Hoffnungen und noch höhere Erwartungen, dass das Ganze jetzt beschleunigt wird. Vielleicht sagt uns Herr Brosda gleich noch etwas dazu. Insofern halten wir den Antrag so nicht für richtig und würden ihn an den Ausschuss überweisen.

Vielleicht als Schlusswort: Farid Müller, nächstes Mal, wenn wir über WLAN reden, erkläre ich dir auch noch, warum es sinnvoll ist, dass es Breitbandversorgung kabelgebunden und trotzdem aber ein schnelles WLAN gibt, denn die Menschen in dieser Stadt haben gar nicht Lust, mit einer Kabeltrommel herumzurennen. Deswegen ist beides notwendig und sinnvoll und nicht in Ergänzung zueinander zu sehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Stephan Gamm CDU*)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Kruse. – Als Nächster spricht zu dem Thema Herr Professor Kruse von der AfD.

Dr. Jörn Kruse AfD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch DIE LINKE will WLAN. Das ist gut so. Aber das hatten wir ja schon, wenn ich mich recht erinnere, nach Anträgen von CDU und FDP in dieser kurzen Zeit, wo wir in diesem Hause sind, mehrere Male. Das Problem war damals die ungeklärte Rechtslage beziehungsweise das Haftungsrisiko der Betreiber für Uploads, die gegen Gesetze verstoßen. Das dürfte nach dem Urteil des EuGH vom 16. September 2016 geklärt sein. Die AfD hat daraufhin in einer Schriftlichen Kleinen Anfrage den Senat gefragt, welche Folgen das für Hamburg habe. Daraufhin hat der Senat eine Antwort geschrieben, die so peinlich dünn und inhaltsleer ist, dass ich dachte, daran haben sie wahrscheinlich einen Praktikanten gesetzt und ihm zehn Minuten dafür gegeben. Das war peinlich.

(*Wolfgang Rose SPD:* Was haben Sie denn gegen Praktikanten?)

– Es gibt sicher gute Praktikanten, Herr Rose, das bestreite ich nicht, aber auch die brauchen ein bisschen mehr als zehn Minuten, um eine substantielle Antwort zu geben.

DIE LINKE will eine weitere WLAN-Abdeckung in Hamburg; das unterstützen wir natürlich. Wir haben schon in einigen Bereichen WLAN, aber es könnte noch besser sein, klar. Aber erst im Petitum kommen die LINKEN damit um die Ecke, dass es gratis sein soll und dass die Bezirke das machen sollen, also der Staat. Da fangen die Probleme jetzt erst richtig an. Grundsätzliche Daseinsvorsorge, und das ist ja das Grundmotiv Ihres Antrags, hat überhaupt nichts mit dem Preis zu tun, also null oder einen positiven Preis, und es hat auch nichts mit dem Anbieter, also dem Staat oder Privaten zu tun. Ein Beispiel dafür, dass es wunderbar mit Preis und ohne Staat funktioniert, ist der Mobilfunk. Man muss also beides sorgfältig unterscheiden. Nämlich erstens, der Anbieter. Das sollten grundsätzlich, das hat mein Namensvetter von der FDP auch schon gesagt, immer nur private Unternehmen machen und nicht der Staat und schon gar nicht die Bezirke, wie es im Antrag der LINKEN steht. Das wäre nämlich qualitativ schlecht und würde überhöhte Kosten produzieren. Aber ich glaube, das kapiert die LINKEN sowieso nie.

Zweitens: Der Preis kann grundsätzlich sowohl gratis sein, also null, oder positiv. Das ist grundsätzlich eine Frage der Kosten und des Geschäftsmodells. Es könnte grundsätzlich natürlich auch werbebegünstigt sein. Das ist eine politische Entscheidung des Senats, die er treffen muss, bevor er in dieser Weise aktiv ist, zum Beispiel Lizenzen oder Ähnliches vergibt. Aber es kann natürlich einen Grund dafür geben, es etwa in Form eines für den Nutzer nicht kostenlosen Angebots zu machen. Zum Beispiel, wenn man sicherstellen möchte, dass die Nutzer identifizierbar sind, um Leute,

(Dr. Jörn Kruse)

die Illegales tun, wie zum Beispiel Beleidigungen, Bedrohungen, Kinderpornos und so weiter, entsprechend haftbar machen zu können. Das kann ein solcher Grund sein.

Vor allen Dingen wegen der Forderung der LINKEN nach Staats-WLAN lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Professor Kruse. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte einer Überweisung der Drucksache 21/7606 in der Neufassung an den Stadtentwicklungsausschuss folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt worden.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 21/7606 in der Neufassung seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Zwischenzeitlich sind die Ergebnisse der Wahl eingereicht worden. Bei der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung sind 77 Stimmzettel abgegeben worden. Davon waren drei Stimmzettel ungültig. Somit sind 74 Stimmen gültig. Herr Krzysztof Walczak erhielt 23 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen. Damit ist Herr Walczak nicht gewählt worden. Wir werden diese Wahl in unserer nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung setzen.

Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt 29, Drucksache 21/7795, Antrag der FDP-Fraktion: Rehabilitierung der nach Paragraph 175 StGB verfolgten Homosexuellen zügig vorantreiben!

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Rehabilitierung der nach § 175 StGB verfolgten
Homosexuellen zügig vorantreiben!
– Drs 21/7795 –]**

Die Fraktionen der SPD und GRÜNEN möchten diese Drucksache an den Ausschuss für Justiz und Datenschutz überweisen. Vonseiten der Fraktionen der CDU, FDP und AfD liegt ein Antrag auf Überweisung der Drucksache an den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung vor.

Wer möchte sich zu diesem Thema zu Wort melden? – Herr Meyer von der FDP-Fraktion, Sie haben das Wort.

Jens Meyer FDP: Verehrtes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor genau zwei Wochen haben wir hier über den Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt gesprochen und waren uns mit kleinen Einschränkungen am rechten Rand grundsätzlich darüber einig, dass dieses unter Mitwirkung der gesamten LGBTI-Community entwickelte Handlungskonzept eine gute Basis für weitere Aktivitäten auf dem Weg zur Gleichstellung darstellt. Ich hatte in diesem Zusammenhang allerdings auch angemerkt, dass die Rehabilitierung und Entschädigung der nach Paragraph 175 Strafgesetzbuch verfolgten Homosexuellen leider immer noch auf sich warten lässt.

Geschätzt 50 000 Männer sind von deutschen Gerichten zwischen 1949 und 1969 wegen verbotener sexueller Handlungen verurteilt worden, und auch danach, bis zu der Streichung des unsäglichen Paragraphen im Jahr 1994, wurden noch rund 3 500 Männer verurteilt – ein Unrecht, das zum Himmel schreit und das nun schnell und unbürokratisch und soweit es überhaupt möglich ist korrigiert werden muss. Zwar hat der Bundestag im Jahr 2000 eine Entschuldigung für die nach 1949 Verurteilten formuliert, das ändert aber nichts daran, dass sie weiterhin als Verurteilte gelten und seit ihrer Verurteilung mit dem Strafmakel leben. Zeit kann man nicht zurückholen und auch verpasste Lebenschancen bleiben irreversibel. Aus heutiger Sicht haben sich der Staat und damit die Gesellschaft einer schweren Menschenrechtsverletzung schuldig gemacht. Auch in Hamburg wurde dieses Unrecht begangen. Meine Schriftlichen Kleinen Anfragen dazu brachten allerdings zutage, dass der Senat gar nicht weiß, wie viele Menschen in Hamburg von dem Unrecht betroffen waren, denn die Statistiken dazu sind lückenhaft. Zwischen den vom Senat genannten 423 Personen und den gemäß historischer Forschung geschätzten 2 300 Personen klafft jedenfalls eine Riesenslücke. Der Historiker Dr. Gottfried Lorenz hat mit einem immensen Aufwand die Hauptverfahrensregister der Staatsanwaltschaft im Staatsarchiv durchgearbeitet und inzwischen eine Einschätzung darüber, wie oft auch in Hamburg im Namen des Volkes Unrecht gesprochen wurde.

Aber blicken wir nach vorn. Den betroffenen Menschen, soweit sie heute überhaupt noch leben, helfen nette Worte allein nicht viel. Die Rehabilitierung, aber gerade auch die finanzielle Entschädigung der geschätzt rund 5 000 noch lebenden Personen müssen nun höchste Priorität haben.

(Beifall bei *Michael Kruse FDP*)

– Ja, das ist durchaus einen Applaus wert.

Der inzwischen endlich vorliegende Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums bietet dazu eine Grundlage, um nun schnell zu einer Regelung zu kommen. Die überschaubare Einmalzahlung, so

(Jens Meyer)

wie sie momentan vorgesehen ist, ist für die Betroffenen in Anbetracht der Tragweite des begangenen Unrechts aber längst nicht ausreichend. Hier sollte wenigstens, wie auch bei den Opfern des SED-Regimes, die Möglichkeit einer fortlaufenden Rentenzahlung bestehen. Es ist für mich nicht hinnehmbar, wenn ich vom Bundestagsabgeordneten der CDU, Markus Weinberg, dazu höre – Zitat –:

"Eine höhere Entschädigungssumme [...] ist für die Betroffenen kein weiterer Schritt zur Rehabilitierung."

Ja, was soll den Menschen für das ihnen widerfahrene Unrecht denn heute, Jahrzehnte später, sonst weiterhelfen, wenn nicht eine ansatzweise angemessene finanzielle Entschädigung? Ich finde es zynisch, den Eindruck zu vermitteln, als gehe es hier nur um Moral. Nein, es geht selbstverständlich auch um die Höhe der finanziellen Entschädigung.

(Beifall bei der FDP)

Es stünde der Rainbowcity Hamburg gut zu Gesicht, als weltoffene, tolerante Metropole vorzugehen und im Bundesrat für einen besseren Ausgleich für das begangene Unrecht zu sorgen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, beweisen Sie jetzt, dass Ihre Ankündigungen und Aktivitäten nicht nur Lippenbekenntnisse sind, und stimmen Sie unserem Antrag zu. Und liebe Senatorin Katharina Fegebank – sie ist leider schon weg –, übernehmen Sie Verantwortung und kümmern Sie sich bitte im Bundesrat um eine Verbesserung des Referentenentwurfs. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Martin Dolzer DIE LINKE*)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Meyer. – Als Nächster spricht Herr Tabbert von der SPD-Fraktion.

Urs Tabbert SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Ihrem Antrag zum Thema Rehabilitierung der nach Paragraph 175 StGB verfolgten Homosexuellen wirft die FDP ein Schlaglicht auf ein wichtiges Thema. Da das Thema auch uns wichtig ist, wollen wir den Antrag an den Justizausschuss überweisen. Die Debatte muss also hier nicht verebben.

Die Länder Hamburg und Berlin waren es im Übrigen, die bereits im Jahr 2012 im Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert haben, Maßnahmen für Rehabilitierung und Unterstützung der betroffenen Männer zu ergreifen. Denn wenn man mit Recht das damalige Recht als heutiges Unrecht begreift, dann bedarf es zur Rehabilitierung in der Tat einer gesetzlichen Regelung. Es überrascht vor diesem Hintergrund allerdings etwas, Herr Kollege Meyer, dass ausgerechnet die FDP, die immerhin von 2009 bis 2013 die Bundesjustizministe-

rin gestellt hat und es in jener Legislaturperiode offensichtlich nicht vollbracht hat, damals schon ihr Anliegen voranzutreiben, jetzt zur Eile mahnt und sich in ihren Forderungen geradezu überschlägt. Auch würde es nicht überzeugen, die Schuld hierfür auf Ihren damaligen Koalitionspartner im Bund, die CDU, zu schieben, denn Ihr damaliger Koalitionspartner ist bekanntlich unser heutiger.

Ich möchte kurz unsere Haltung zu Ihrem Antrag zusammenfassen. Das Bundesjustizministerium, das heute in der Tat SPD-geführt ist, hat im Dezember 2016 einen, wie ich finde, sehr ausgewogenen Gesetzentwurf zur strafrechtlichen Rehabilitierung der nach 1945 wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen verurteilter Personen vorgelegt. Der aktuelle Gesetzentwurf sieht eine Aufhebung der Urteile sowie eine finanzielle – in der Tat pauschalierte – Entschädigung vor. Der hierfür erforderliche Nachweis kann durch eine Glaubhaftmachung, etwa in Form einer eidesstattlichen Versicherung – das begrüßen Sie ja auch, wenn ich das in Ihrem Antrag richtig gelesen habe –, einer rehabilitierungsfähigen Verurteilung und nachvollziehbaren Belege der Zeiten der Freiheitsentziehung, erfolgen. Dadurch soll vor allem eine zügige Bearbeitung von Entschädigungsansprüchen ermöglicht werden. Der Referentenentwurf entscheidet sich bewusst gegen einen individualisierten Entschädigungsanspruch, der mit anspruchsvollen Nachweispflichten verbunden wäre. Die FDP möchte diesen pauschalen Entschädigungsanspruch, der im aktuellen Gesetzentwurf 3 000 Euro je aufgehobener Verurteilung und 1 500 Euro je angefangenes Jahr erlittener Freiheitsentziehung umfasst, um einen Rentenanspruch ergänzen. Dieser Rentenanspruch soll eine Alternative zur pauschalen Regelung sein und sich am Vorbild der Entschädigung für Opfer des SED-Regimes orientieren, wie Sie gerade dargestellt hatten. Bei dem Gesetzesvorhaben geht es allerdings darum, den Betroffenen ein schwieriges und langwieriges Nachweisverfahren zu ersparen, denn in der Tat – das sagten Sie auch – ist eine gewisse Eile angesagt, da die Opfer meist schon ein höheres Lebensalter haben. Die meisten Nachweise dürften vor allem im Hinblick auf die Rentenhöhe auch schwierig zu erbringen sein, weil die dafür erforderlichen Unterlagen nur schwer zu beschaffen oder in vielen Fällen nicht mehr existent sein dürften. Auch die Fachverbände der Betroffenen, die am Gesetzgebungsprozess bislang beteiligt waren, schätzen die Situation, so meine Recherchen jedenfalls, so ein, dass von einem komplizierten Einzelfallverfahren eher nicht Gebrauch gemacht würde. Innerhalb der Bundesregierung ist die Debatte jedoch nicht abgeschlossen, ob der pauschale Anspruch im Gesetz Zugriffe etwa auf weitergehende Entschädigungsregelungen ausschließen soll. Das kann man noch einmal diskutieren, und bei der Gelegenheit macht es sicher auch Sinn, über Ihren Antrag zu sprechen.

(Urs Tabbert)

Zum zweiten Punkt des Antrags, der Aufklärungsarbeit über die Verfolgung homosexueller Menschen in Hamburg, möchte ich Ihnen entgegenhalten, dass man Ihre Behauptung, dass bisher nur Ansätze von Maßnahmen vorlägen, so nicht stehen lassen kann. Und wenn Sie von unvollständigen Zahlen sprechen, hängt das auch damit zusammen, dass es Änderungen im Berichtswesen gegeben hat; überwiegend wird man, wenn auch nicht lückenlos, die Zahlen einigermaßen von der Dimension her erfassen können. Ich weise darauf hin, dass wir im Jahr 2013 die Ausstellung "Liberales Hamburg? Homosexuellenverfolgung durch Polizei und Justiz nach 1945" hatten. Ich habe sie mir damals in der Grundbuchhalle des Ziviljustizgebäudes beziehungsweise im Ausbildungszentrum der Polizei angeschaut. Diese Veranstaltung wurde von der Stadt mitfinanziert und inhaltlich begleitet. Der Senat hat darüber hinaus einen Aktionsplan für die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt beschlossen. Die Landeszentrale für politische Bildung fördert Veranstaltungen zu diesem Bereich und für 2018 ist geplant, den szenischen Rundgang "Verbotene Wege der Liebe" wieder aufzuführen.

Unsere Bedenken zum Antrag habe ich dargestellt, das Übrige werden wir im Justizausschuss besprechen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Tabbert. – Als Nächste hören wir Frau Grunwaldt von der CDU-Fraktion.

Franziska Grunwaldt CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Da Marcus Weinberg persönlich angesprochen worden ist, sehe ich mich in der Pflicht, ihn zu verteidigen – was natürlich gar nicht notwendig ist. Gut vorbereitet bin ich mit seiner Pressemitteilung angerückt, Überschrift: "Rehabilitierung der nach 1945 verurteilten Homosexuellen: Unsere sozialethische Verantwortung den Betroffenen gegenüber wahrnehmen – Opfer des § 175 rehabilitieren!" Daher muss ich Ihnen sagen, lieber Herr Meyer: Was Sie als Zynismus bezeichnen, ist etwas aus dem Sachzusammenhang herausgelöst. Richtig ist: Wir sagen, dass allein eine monetäre Entschädigung den Opfern natürlich nicht hilft, dass es mehr bedarf, nämlich auch einer gesellschaftlichen Aufarbeitung und Anerkennung des Unrechts.

Zu den SED-Opfern sehen wir einen maßgeblichen Unterschied in einem wichtigen Punkt: Bei den SED-Opfern ging es darum, dass ein ganzer Staat quasi zum Unrechtsstaat erklärt worden ist, und daher hat man den politisch Verfolgten ein Anrecht auf eine spezielle Rentenleistung zugesprochen. Der Paragraph 175 – das ist der Unterschied – hat seinen Ursprung im Kaiserreich; er galt allerdings

bis in die Zeit der Bundesrepublik und wurde bedauerlicherweise erst 1994 abgeschafft. Natürlich ist ein solches Gesetz aus unserer heutigen Sicht mehr als menschenverachtend, aber trotzdem handelt es sich dabei nicht um ein Unrechtsurteil. Daher ist aus unserer Sicht der Vergleich mit den SED-Opfern in diesem Falle nicht angebracht, obwohl wir sonst alles mit Ihnen teilen.

(Beifall bei der CDU)

So, jetzt habe ich Marcus Weinberg rehabilitiert.

Diejenigen Männer, die während des Nationalsozialismus wegen homosexueller Handlungen verurteilt worden sind, sind vollständig rehabilitiert. Diejenigen, die später in der Bundesrepublik aufgrund der gleichen Vorschrift verurteilt worden sind, sind dies bislang noch nicht. Das ist ein Widerspruch, den es aufzulösen gilt. Meinen beiden Vorrednern gebe ich in diesem Punkt natürlich vollkommen recht. Es ist allerhöchste Zeit, dies zu ändern. Deshalb sind wir froh, dass dieses Gesetz nun endlich auf dem Weg ist.

Selbstverständlich stimmen wir auch der Überweisung an den Ausschuss zu. Die Diskussion wird – darüber habe ich eben schon gesprochen – zwischen der pauschalen Einmalleistung und einer Rente analog zu den SED-Opfern pendeln. Aber wie auch immer diese finanzielle Diskussion ausgehen mag, mit den monetären Leistungen allein kann man das erfahrene Leid der Opfer sicherlich nicht wiedergutmachen. Wirklich entscheidend ist – und darin sehe ich auch unsere Aufgabe – eine gesellschaftliche Rehabilitierung, also das Wissen unserer Gesellschaft, dass der Staat das an den betroffenen Männern verübte Unrecht anerkennt.

Ihre Anfragen, Herr Meyer, wie viele Menschen in Hamburg betroffen sind: Es ist in Wirklichkeit nicht egal, wie viele Menschen betroffen sind, aber in diesem Zusammenhang ist es egal. Auch wenn nur zehn Männer betroffen gewesen wären, gilt es auf jeden Fall sie zu rehabilitieren. Sie alle haben viel Leid erfahren. Neben rechtlichen Bestrafungen wurden sie von ihren Familien sowie dem sozialen und beruflichen Umfeld verstoßen und diskriminiert. Der Staat und wir haben eine sozialethische Verantwortung gegenüber den Betroffenen. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und die Entfaltung der Persönlichkeit sind durch unser Grundgesetz geschützt. Daher ist es unsere Pflicht, sie von dem Makel, eine Straftat begangen zu haben, zu befreien, und wir begrüßen ausdrücklich den Vorstoß der FDP-Fraktion, die Aufarbeitung in Hamburg auszuweiten.

Abschließend kann ich nur hoffen, dass nicht zu einem Dauerbrenner in unserem Land oder in Hamburg wird, was ich schon vor zwei Wochen zum Aktionsplan Vielfalt sagte: Die aktuellen Entwicklungen der Weltpolitik sind gekennzeichnet von Hass und Intoleranz. Diese Strömungen müssen

(Franziska Grunwaldt)

im Keim erstickt werden. Grundsätzlich gilt es daher, jeder Form von Diskriminierung den Nährboden zu entziehen. Die Rehabilitierung und die Aufarbeitung sind sicherlich ein richtiger und wichtiger Schritt in diese Richtung. Deshalb freuen wir uns auf eine sehr konstruktive Diskussion im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Frau Grunwaldt. – Als Nächster spricht Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion.

Farid Müller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses Aufhebungsgesetz, das in Bundestag und Bundesrat vorliegt, beendet endgültig ein sehr düsteres Kapitel bundesrepublikanischer Rechtsgeschichte. Ich bin sehr froh darüber, dass die Große Koalition noch die Kraft gefunden hat, dieses wichtige Gesetz auf den Weg zu bringen. Alle Betroffenen haben lange darauf gewartet, und es hat nicht nur eine Bedeutung für die Männer, die verurteilt wurden, und für deren Familien und Angehörige, es hat auch mit den jetzt lebenden jungen Menschen zu tun, die von diesen Sachen hören, die aus heutiger Sicht gar nicht mehr nachzuvollziehen sind und einfach nur Kopfschütteln auslösen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Darüber hinaus muss man sagen, dass nach 1994 mit der endgültigen Abschaffung der Strafbarkeit mit diesem Gesetz zur Aufhebung der Urteile und der Rehabilitierung – wenn es denn noch so beschlossen wird vor der Bundestagswahl, wovon ich ausgehe – auch erst jetzt ein Stück NS-Unrecht beendet wird. Das muss so deutlich gesagt werden. Die Verschärfung war in der Hitlerzeit und ist fortlaufend bis 1969 gewesen, und es hat mehr Urteile in der Bundesrepublik gegeben als in der NS-Zeit. Auch das ist die bittere Wahrheit. Bittere Wahrheit ist auch, dass das von uns allseits geschätzte Bundesverfassungsgericht 1957 – aus heutiger Sicht in einem Schandurteil – diesen Paragraphen 175 noch breit bestätigt hat. Das ist offenbar der damaligen Auffassung von Moral und Sitte geschuldet. Trotzdem läuft es einem kalt den Rücken hinunter, wenn man das heute liest.

Worum geht es außerdem? Die Urteile werden, und das ist durchaus ein wichtiger Punkt, aufgehoben. Das ist schon einmal ein sehr wichtiger Schritt. Das Geld ist auch wichtig, aber es kann eigentlich nur symbolisch sein. Denn den erlittenen Schaden wird man nicht mit 3 000 Euro und auch nicht mit 10 000 Euro aufwiegen können. Das war aber auch nicht die Absicht dieses Gesetzentwurfes, so habe ich ihn nicht verstanden.

Ich finde es sehr gut – das rechne ich dem Bundesjustizminister und in diesem Fall auch dem anderen Teil der Großen Koalition, der CDU, hoch an –, dass dieser Schritt jetzt gegangen und gesagt wird: Wir wollen, dass nicht erst die Nachfahren profitieren, sondern wir wollen ein schnelles Verfahren haben, das die Opfer nicht demütigt, indem sie minutiös nachweisen müssen, was ihnen alles widerfahren ist, um etwas zu bekommen. Deswegen finden wir das pauschalisierte Verfahren richtig. Ich habe für das sehr komplizierte Verfahren der SED-Rente, sage ich jetzt einmal ein bisschen salopp, nicht viel Sympathie, weil es genau das auslöst: dass wahrscheinlich nur wenige am Ende etwas bekommen und auf dem Weg dorthin auch noch schlimme Erinnerungen wieder aufgewühlt werden. Das würde ich gern vermeiden wollen.

Man kann darüber diskutieren – der Kollege von der SPD hat es angesprochen, bei der CDU habe ich es nicht so genau herausgehört –, ob man weitere Ansprüche bei der Rentenversicherung ins Auge fassen kann. Das finde ich einen gangbaren Weg. Wir alle wissen, dass es kompliziert wird, wenn man damit anfängt. Trotzdem hätte ich gern, dass dieser Weg im Bundestag diskutiert und ernsthaft geprüft wird.

Kommen wir noch einmal auf Hamburg zurück. Ja, es ist richtig, man kann nicht nur die Gesetze aufheben, Geld zahlen und dann ist das Thema tot. So ist es aber auch nicht. Wir haben gerade den Aktionsplan beschlossen. Wir haben die Ausstellung gehabt. Die kann man nun auch nicht ständig machen, aber sie ist nicht nur im Gericht gewesen, sie läuft auch in verschiedenen Bezirken. Dann macht die Landeszentrale schon sehr viel, sie hat sogar einen eigenen Etat dafür und die Zivilgesellschaft kann dort etwas beantragen. Sie macht aber auch selbst etwas, nämlich den szenischen Rundgang. Ich bin offen dafür, wenn Sie Vorschläge haben, was die Landeszentrale darüber hinaus noch machen kann. Darüber können wir im Ausschuss gern sprechen. Aber ich finde, Hamburg ist nicht so schlecht aufgestellt. Wir müssen uns da nicht verstecken.

Was die Vernichtung der Unterlagen betrifft – Sie haben sich nicht so ausgedrückt, aber so war es ja –, das hat diese Bürgerschaft schon vor Jahren beschäftigt. Viele Unterlagen sind weg. Deswegen haben die Forscher – Sie haben Herrn Lorenz angesprochen – in der Ausstellung exemplarisch deutlich gemacht

(Glocke)

– ich komme zum Schluss –, wie viele Menschen ungefähr betroffen sind.

Alles Weitere im Ausschuss. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Müller. – Als Nächster spricht Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE.

(Zurufe: Pfui! – Haben Sie Ihren Ausweis dabei? – Wo ist denn Ihr Ausweis?)

Martin Dolzer DIE LINKE: Liebe Hamburgerinnen, liebe Hamburger, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident!

(*Arno Münster SPD:* Kollegen gibt es in der Gewerkschaft, wir sind hier in der Bürger-schaft!)

Der Gesetzentwurf von Heiko Maas ist ein erster Schritt, wird aber in vielen Punkten dem Anliegen einer umfassenden Entschädigung leider nicht gerecht. Deshalb begrüßen wir den Antrag von Herrn Meyer und der FDP sehr, der die Rentenversicherung und die Rentenzahlungen anspricht. In diesem Punkt unterstützen wir Ihren Antrag. Wir freuen uns, dass er an den Ausschuss überwiesen wird, weil es noch einiges zu klären gibt und der Referentenentwurf von Heiko Maas noch verbesserungswürdig ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Beispiel ist es so, dass wer in der Bundesrepublik zu Unrecht in Haft saß, eine Entschädigung von 9 125 Euro pro Haftjahr erhält. Hinzu kommen Ansprüche für erlittene Vermögensschäden wie Verdienstaustausch, Anwaltskosten und so weiter. Die in Bezug auf Paragraph 175 Geschädigte vorgesehene Pauschale geht nicht in diese Höhe und das halten wir für einen kritikwürdigen Punkt.

Ein weiterer Kritikpunkt: Viele Schwule sind durch die Ermittlungsverfahren und die Prozesse geschädigt worden, auch wenn sie nicht verurteilt wurden. Auch da müsste man natürlich überlegen, inwiefern eine Entschädigung gezahlt wird. Das würden wir gern im Ausschuss diskutieren. Wir hoffen, dass Rot-Grün ein Ohr dafür hat und wir etwas weiterbewegen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich ist es nicht einfach, ein Maß der Entschädigung zu finden, aber die erlittenen Schäden durch Denunziation, durch Presseberichterstattung und Ähnliches bis hin zum Arbeitsplatzverlust sind Dinge, die wir in so einer Debatte bedenken müssen.

Ich möchte etwas zur Geschichte sagen, damit es begreifbarer wird. Der Paragraph 175 war ein Sonderstrafrecht gegen Männer, die gleichgeschlechtliche Handlungen vornahmen. Die Gesetzgebung stammte vom Norddeutschen Bund und war 1872 im gesamten Deutschen Reich gültig; bis dahin waren homosexuelle Handlungen zum Beispiel in Bayern oder im Landkreis Hannover nicht strafbar. 1935 wurde dieser Paragraph von den Nationalso-

zialisten verschärft und auf alle Handlungen zwischen Männern ausgedehnt, die in irgendeiner Weise sexuell gedeutet werden konnten. Er wurde also zu einem Deutungsparagraphen: Vom geilen Blick über körperliche Berührungen bis zum Analverkehr wurde alles bestraft. Das ist nach 1945 fortfolgend wieder zurückgeholt worden, in der Bundesrepublik und in der DDR auf unterschiedliche Art und Weise. In der DDR ist der Paragraph 68 offiziell gestrichen worden. Das heißt aber nicht, dass in der Gesellschaft dann ein anderes Klima entstanden ist, das war in der Bundesrepublik wie in der DDR das Gleiche, weil eine politische Entscheidung nicht immer auch gleich eine Bewusstseinsentwicklung nach sich zieht. Und da haben wir auch heute noch eine Problematik, weil – ich würde es so benennen und viele Aktivistinnen und Aktivisten benennen es noch immer so – in unserer Gesellschaft heute noch ein homophobes Klima vorhanden ist. Das Problem ist also noch nicht überwunden. Vielleicht sind wir in Hamburg, Berlin und anderen Metropolen schon sehr weit, weil wir Großstädte sind. Wenn wir aber in andere, gerade ländliche Regionen blicken, ist es noch lange nicht so weit, und deshalb ist es notwendig, sowohl im rechtlichen Sinne bei dem Referentenentwurf – das habe ich benannt – als auch im gesellschaftlichen Diskurs etwas nachzusteuern.

(Beifall bei der LINKEN)

Von daher – ich wiederhole es noch einmal – freuen wir uns über diesen Antrag der FDP. Wir freuen uns auch auf die weitere Diskussion im Ausschuss und werden mit einigen Ergänzungen in den weiteren Dialog gehen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Dolzer. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Dr. Wolf von der AfD-Fraktion.

Dr. Alexander Wolf AfD: Ich mache es kurz.

(Beifall bei *Arno Münster SPD*)

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Eine Entschädigung für erlittene Haftstrafen für Verurteilte nach Paragraph 175 StGB halten wir grundsätzlich für angemessen. Die weitergehend geforderte zusätzliche moralische Entschuldigung des Staates oder moralische Aufarbeitung durch zivilgesellschaftliche Institutionen halten wir nicht für erforderlich und für überzogen. Daher werden wir uns zu diesem Antrag enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. – Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Vizepräsident Detlef Ehlebracht)

Dem ist nicht so. Dann kommen wir zu den Abstimmungen.

Wer möchte zunächst die Drucksache 21/7795 an den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Wer möchte die Drucksache 21/7795 an den Ausschuss für Justiz und Datenschutz überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 23. Es handelt sich um die Drucksache 21/7783, einen Antrag der AfD-Fraktion: Bei der Richterwahl Gewaltenteilung sicherstellen.

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Bei der Richterwahl Gewaltenteilung sicherstellen
– Drs 21/7783 –]**

Die AfD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Justiz und Datenschutz überweisen.

Wer wünscht zu diesem Thema das Wort? – Herr Professor Kruse von der AfD-Fraktion, Sie haben es.

Dr. Jörn Kruse AfD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gewaltenteilung ist ein normatives wichtiges Element unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats. Auch wenn es in der Praxis mit der Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive nicht weit her ist, gilt das für die Judikative nicht, und das ist gut so. Das Ausmaß der Unabhängigkeit der Judikative, also aller Gerichte, von der politischen Sphäre, also Legislative, Exekutive, Parteien und Politiker, ist geradezu ein Gradmesser dafür, ob man ein bestimmtes Land als Rechtsstaat bezeichnen kann. Wer das für eine wohlfeile Sentenz aus einer Sonntagsrede hält, dem empfehle ich einen Blick in die USA, wo ein neu gewählter Präsident Probleme hat, vom Wahlkampfmodus auf Regierungsmodus umzuschalten. Und wer zeigt ihm die Grenzen des Rechts? Unabhängige Richter aus Seattle und San Francisco. Ich vermute, jeder hier im Saal hat das mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

(Beifall bei der AfD)

Sowohl in den USA als auch in Deutschland kann man nach meiner Auffassung – und ich vermute, auch nach Ihrer – die inhaltliche Unabhängigkeit der Richter nicht infrage stellen; in der Türkei und vielen anderen Ländern der Welt, wahrscheinlich den meisten, sieht das schon ganz anders aus. Bezüglich der budgetären Unabhängigkeit, also der finanziellen, insbesondere stellenmäßigen Ausstattung der Justiz, kann man auch in Deutschland

und manch anderen Ländern gelegentlich Fragezeichen setzen. Aber die Justiz dadurch zu disziplinieren, ist sicher nicht Ihre Intention, Herr Senator Steffen, wenn von personeller Unterbesetzung der Hamburger Gerichte die Rede ist. Das hat sicher andere Gründe.

Das eigentliche Problem ist die mangelnde personelle beziehungsweise persönliche Unabhängigkeit. Richter werden bisher in Deutschland – und Hamburg ist dabei keine Ausnahme – von Gremien gewählt, die ganz oder überwiegend von Parteipolitikern besetzt sind, also von Personen, die auch in der Legislative und Exekutive die Macht haben. Im Hamburger Richterwahlausschuss sind neun von 14 Mitgliedern selbst Angehörige der Exekutive oder der Legislative oder sind von diesen abhängig oder werden von diesen gewählt. Damit ist eine Gewaltenteilung zwischen Judikative einerseits und Legislative und Exekutive andererseits nicht gewährleistet. Im Hamburgischen Verfassungsgericht werden sogar alle neun Mitglieder von der Hamburgischen Bürgerschaft gewählt. Die politische Mehrheit der Bürgerschaft entscheidet also über diejenigen Personen, die gegebenenfalls die Entscheidungen der Bürgerschaft und/oder des Senats unter Verfassungsgesichtspunkten überprüfen und analysieren sollten. Das ist ein eklatanter Verstoß gegen das Prinzip der Gewaltenteilung.

(Beifall bei der AfD)

Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts werden je zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt, also ebenfalls ausschließlich durch Parteipolitiker. Dabei ist mehrmals durch den politischen Kuhhandel auch nach außen hin deutlich geworden – sonst passiert so etwas natürlich immer nur hinter verschlossenen Türen –, dass die Parteien sehr wohl auch bei der Richterwahl parteipolitische Eigeninteressen berücksichtigen. Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Böckenförde spricht dabei von Parteipatronage und personeller Machtausdehnung der Parteien, übrigens ein sehr gängiger Terminus in der politikwissenschaftlichen Literatur zu diesem Thema und darüber hinaus. Stellen wir uns einmal vor, Herr Trump oder die Republikanische Partei würden in den USA Richter nach parteipolitischer Opportunität auswählen können.

(Heiterkeit – Zuruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Wie kann man das Problem lösen und Gewaltenteilung herstellen? Antwort: Indem die Richterwahlgremien keine Politiker der Legislative und der Exekutive als Mitglieder haben. Dazu schlagen wir vor, eine Justizversammlung zu bilden, in die jede juristische Vereinigung in einem revolvierenden Verfahren eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern entsendet. Zu diesen Vereinigungen könnten zum Beispiel gehören: Richterbund, Rechtsanwaltskammer, Notarkammer, Vereinigung der Deutschen

(Dr. Jörn Kruse)

Staatsrechtslehrer, Bundesverband der Unternehmensjuristen und so weiter. Es kommt nur darauf an, dass sachkundige Juristen die Gremien stellen. Diese Justizversammlung wählt die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts in Hamburg und die Präsidenten der jeweils höchsten Gerichte jeder Sparte sowie die Mitglieder des Richterwahlausschusses. Dieser Justizversammlung dürften keine Personen angehören, die jetzt oder in den letzten Jahren Mitglieder von Parlamenten auf Bundes- oder Landesebene waren oder sind oder Spitzenpositionen in der Exekutive hatten oder haben, zum Beispiel Regierungschefs, Minister, Staatssekretäre oder hohe politiknahe Beamte, oder von diesen durch ein Arbeitsverhältnis oder auf andere Weise abhängig sind.

Wir würden uns freuen, wenn wir das mit Ihnen konstruktiv im Ausschuss diskutieren könnten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Professor Kruse. – Ich bitte diejenigen, die einen Wortbeitrag leisten möchten, dies dem Präsidium deutlich anzuzeigen, und gebe jetzt Herrn Tabbert von der SPD-Fraktion das Wort.

Urs Tabbert SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon etwas irritierend, wenn eine Partei, die seit Wochen darüber diskutiert, ob sie den Fraktionsvorsitzenden der AfD im Thüringer Landtag, Herrn Höcke, wegen völlig absurder und abwegiger verharmlosender Äußerungen zum Dritten Reich aus ihrer Partei ausschließen sollte, hier antritt, um uns Nachhilfe in Sachen Gewaltenteilung zu erteilen,

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei der CDU und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

und dazu auch noch – ich habe Ihren Antrag durchgelesen – die Errungenschaften der Aufklärung preist. Das ist alles schön und gut, lieber Herr Kruse, aber mit der Aufklärung sollten Sie lieber einmal in den eigenen Reihen anfangen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Ich sehe übrigens, dass meine Uhr hier nicht läuft; insofern kann ich mich nicht an der Redezeit orientieren. Sie können sie gern anstellen. – Danke.

(*Dr. Jörn Kruse AfD:* Kommen Sie mal zum Thema!)

– Ich komme zum Thema.

Bei Ihrer Schilderung des hamburgischen Richterwahlausschusses, der meines Erachtens in seiner Zusammensetzung bundesweit Vorbildcharakter hat – nicht jedes Bundesland hat einen so fein austarierten Richterwahlausschuss wie Hamburg,

sondern Kollegen fragen mich schon, wie wir das in Hamburg machen, weil sie das auch in ihrem Bundesland einführen wollen –, haben Sie den Eindruck erweckt, als gebe es hier ständig eine Mehrheit von neun Mitgliedern, die aus Regierung und Parlament kommen, gegen die anderen fünf. Ich bin Mitglied in diesem Ausschuss und kann Ihnen sagen, wie es dort läuft.

(*Dirk Nockemann AfD:* Aha!)

– Ja.

Sie haben vergessen zu erzählen, dass die bürgerlichen Mitglieder, die Sie in der Bürgerschaft gewählt haben, nach einem Proporz der Fraktionen gewählt werden.

(*Dirk Nockemann AfD:* Auch das noch!)

– Ja.

(*Dirk Nockemann AfD:* Das ist doch totaler Filz!)

Herr Nockemann, es wird Sie sogar womöglich beruhigen, wenn Sie Rot-Grün so schlimm finden, dass drei Senatsvertreter, drei bürgerliche Mitglieder der SPD plus eines der GRÜNEN – Sie können es ausrechnen – sieben von 14 Stimmen haben. Das ist keine Mehrheit.

(*Dirk Nockemann AfD:* Das wäre ja noch schöner, Herr Tabbert! Wollen Sie auch noch die Mehrheit haben?)

– Nein, das will nicht.

Sie finden es vielleicht überraschend, dass ich als Mitglied einer Regierungsfraktion das sogar gut finde. Ich erinnere mich allerdings noch an Zeiten, als wir einen Justizsenator Kusch hatten und zuweilen sehr froh waren, wenn Herr Kusch und seine damals vorhandene CDU-Mehrheit es nicht vermochten, entsprechende Richterwahlentscheidungen im Alleingang durchzuboxen.

(Zuruf von *Dirk Nockemann AfD*)

Wann nämlich ist ein System gerecht? Jetzt werde ich einmal eine demokratietheoretische Anleihe bei meinem politischen Lieblingsphilosophen John Rawls machen: Gerecht ist ein politisches System dann, wenn man es unter einem Schleier des Nichtwissens,

(Zuruf von *Dr. Bernd Baumann AfD*)

unter Unwissenheit, welche Position man in dem System hat, als gerecht empfindet. Ich empfinde es nach wie vor als gerecht, ein solches System des Richterwahlausschusses zu haben, bei dem die drei Richter oder die zwei Rechtsanwaltsvertreter bei strittigen Entscheidungen zwischen Regierung und Opposition das Zünglein an der Waage sind.

Zu Ihrem Modell, Herr Kruse. Es ist interessant, einmal darüber nachzudenken. Ich will es auch gar

(Urs Tabbert)

nicht in Bausch und Bogen verdammen. Es hat aber einen Nachteil. Etwas haben Sie übersehen. Ich habe mich in Vorbereitung auf die heutige Debatte mit der juristischen Fachliteratur auseinandergesetzt

(Anna-Elisabeth von Treuentfels-Frowein FDP: Super, Urs!)

und dabei auch einmal bei dem guten alten Maunz/Dürig, 78. Lieferung, Artikel 98, Randnummer 60 nachgeschaut. Maunz/Dürig, der bekanntlich nicht zur linksradikalen Literatur gehört, würde bei dem System, das Sie vorschlagen, bemängeln, dass die Legitimationskette für ein Gremium, das so weitreichende Entscheidungen trifft wie der Richterwahlausschuss, letzten Endes auf das Wahlvolk zurückgehen muss.

(Milan Pein SPD: Ganz genau!)

Was Sie allerdings vorschlagen, Kollege Kruse, ist, dass die Legitimationskette – ich rede jetzt fast gegen meine eigenen Interessen – auf Menschen mit zweitem juristischen Staatsexamen zurückgeht. Die sind zwar nicht unbedingt schlechter, aber eben auch nicht besser,

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

und man wird nicht sagen können, dass ein solches System tatsächlich demokratischer ist im Sinne der Rückkopplung und der entsprechenden Legitimationskette. Ich glaube, dass wir sehr gut daran tun, weiterhin auf unserer hamburgisches System, das mit Bedacht in seinem feinen Austarieren zwischen Vertretern aller Gewalten und als Reaktion auf das Dritte Reich geschaffen worden ist, zu bauen. Außer dieser Stimme aus der AfD, die ich in ihrer Kritik als etwas zu harsch empfinde, habe ich keine weitere gehört. Ich habe sehr wohl verstanden, dass Sie Hamburg deswegen nicht als Unrechtsstaat brandmarken,

(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

aber ich finde, Sie sollten, nachdem Sie vielleicht einmal einen Blick in den Maunz/Dürig geworfen und über die Legitimationsketten-Argumentation nachgedacht haben, noch einmal in sich gehen. Wir jedenfalls sehen keine Basis für eine konstruktive Debatte über ein derartiges Gremium in Anbetracht des sehr guten Richterwahlausschusses in Hamburg und werden Ihren Antrag daher ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Detlef Ehlebracht: Vielen Dank, Herr Tabbert. – Als Nächster spricht Herr Seelmaecker von der CDU-Fraktion.

Richard Seelmaecker CDU: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Kollegen! Oberlehrer,

hörte ich es schon raunen. Das freut mich; der Oberlehrer macht etwas Gutes, er bringt etwas bei. Das will ich gern tun.

Die Einleitung liest sich erst einmal ganz gut, Herr Professor Kruse. In ihr sind ein paar allgemeine Erwägungen enthalten, die ich gar nicht schlecht finde. Wenn es dann aber um das Konkrete geht, fehlt meines Erachtens die Substanz.

(Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Zwei Hauptthesen habe ich herausgegriffen. Zunächst zur ersten These, keine Gewaltenteilung. Nicht weniger als eine Verletzung des Artikel 20 Absatz 2 Grundgesetz ist also angesprochen. Das Argument, das Sie anführen: Da neun Mitglieder des Richterwahlausschusses von der Bürgerschaft gewählt werden, sei die Gewaltenteilung nicht gewährleistet. Gleichzeitig impliziert dies eine Behauptung. Die drei Mitglieder, die auf Vorschlag der Richter vom Senat berufen werden, und die beiden Mitglieder, die von der Anwaltskammer berufen werden, sind nach Ihrer Auffassung unverdächtig. Diese Behauptung halte ich für sachlich unzutreffend, denn Mitglieder einer Kammer, und seien es auch die der Rechtsanwaltskammer, sind nicht besser und nicht schlechter, sie sind nicht neutraler; auch sie sind Interessenvertreter, nämlich Interessenvertreter der Anwaltschaft. Was macht nun also bei den neun Mitgliedern der Unterschied aus, dass sie von der Bürgerschaft gewählt werden? Das erscheint Ihnen suspekt. Sie seien nicht legitimiert, sagen Sie, denn hier greife die Legislative über in die Judikative. Übergriff – dahinter steckt dieses AfD-typische Argument: Die da oben machen, was sie wollen, das ist nicht legitimiert und nicht in Ordnung. An dieser Stelle bedienen Sie sich des Arguments der Gewaltenteilung, das hier aber nicht trägt, denn unsere Verfassung hat neben der Gewaltenteilung auch eine Gewaltenschränkung vorgesehen, und das in vielen Fällen. Ein Beispiel ist die institutionelle Verschränkung. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Regierung, wird im September von der Legislative wiedergewählt werden.

(Dorothee Martin SPD: Neu gewählt!)

Hier haben wir also einen klassischen Fall der Gewaltenschränkung. Wir haben außerdem eine personelle Verschränkung. Diverse Regierungsglieder im Bundestag sind gleichzeitig Mitglieder des Deutschen Bundestags. Oder nehmen Sie den Bundesrat,

(Zuruf von Dirk Nockemann AfD)

in dem die Länderexekutiven an der Legislative des Bundes mitwirken. Dasselbe gilt für Verordnungsermächtigungen, wo wir eine Delegation von Legislativgewalt in die Exekutive haben. Es gibt also zahlreiche Beispiele für Gewaltenschränkung.

(Richard Seelmaecker)

(Dr. Jörn Kruse AfD: Sie sprechen mir aus dem Herzen!)

Sie haben wir auch hier und das ist auch richtig so.

Die zweite Hauptthese: Die Parteien könnten durch den Richterwahlausschuss beeinflussen, dass bestimmte Richter in höhere Positionen gelangen und andere nicht. Diese Behauptung trifft schlicht nicht zu, denn in Artikel 33 Absatz 2 unseres Grundgesetzes steht, dass alle Menschen in Deutschland nach Eignung, Befähigung und Leistung befördert werden.

(Dirk Nockemann AfD: Das glauben Sie aber auch nur!)

Das trifft selbstverständlich auch auf die Richter zu – und auch auf alle anderen Beamten, Herr Nockemann. Das sollten Sie wissen.

(Dirk Nockemann AfD: Soll ich jetzt Nein sagen?)

Völlig unabhängig vom Richterwahlausschuss ist also derjenige Richter zu befördern, der am besten geeignet ist, die beste Leistung bringt und am besten befähigt ist. Das bestimmt nicht der Richterwahlausschuss, sondern richtet sich nach den dienstlichen Beurteilungen, die ein Richter bekommen hat – durch Juristen, so, wie Sie es gern wollen, nämlich vom Dienstvorgesetzten. Hat der Richter ordentliche Arbeit gemacht? Was kann er? Kann er Menschen führen? Schreibt er ordentlich begründete Urteile? Das hält der Dienstvorgesetzte in seiner Beurteilung fest. Das heißt, wir haben erst einmal eine Legitimation durch die Beurteilung, und wenn das einem Richter nicht passt, kann er Widerspruch gegen seine Beurteilung einreichen und dagegen klagen. Das passiert in Hamburg durchaus; wir haben vor dem Verwaltungsgericht Konkurrentenklagen von Richtern. Das ist völlig legitim und zeigt, dass unser System funktioniert.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Der Richterwahlausschuss dient letztlich nur der Kontrolle und der Legitimation. Das funktioniert in der Praxis bei uns in Hamburg hervorragend. Wir bekommen in der Regel die Originalpersonalakten der Richter. Das bekommen Sie in keiner Deputation. Wir bekommen sie mit viel zeitlichem Vorlauf – auch das ist anders als in allen Deputationen in Hamburg –, und wir bekommen sie sogar mit nach Hause, weil uns geglaubt wird, dass wir kein Schindluder mit den Daten treiben. Das funktioniert also wirklich gut.

Abschließend erlauben Sie mir bitte noch zwei Hinweise. Zum einen ist der Antrag nicht nur unbegründet, sondern auch unzulässig, denn der Richterwahlausschuss und seine Zusammensetzung stehen in Artikel 63 unserer hamburgischen Verfassung. Wir bräuchten also ein verfassungsän-

derndes Gesetz – was Sie nicht vorgelegt haben. Auch insofern funktioniert das nicht.

Und zu guter Letzt: Ich glaube, selbst mit einer Justizversammlung hätten wir am Ende den AfD-Archetyp, Herrn Schill – als solchen betrachte ich ihn –, nicht verhindern können, denn dessen Charakterlosigkeit hat sich erst in der politischen Erpressung manifestiert; er war ja vorher Richter geworden. – Danke sehr.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Seelmaecker. – Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie um besondere Aufmerksamkeit. Ich erteile dem Abgeordneten Dr. Flocken für seine Äußerungen in der letzten Sitzung am 1. Februar 2017 einen Ordnungsruf. – Und nun hat Frau Dr. Timm von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Dr. Carola Timm GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die AfD erzeugt mit diesem Antrag ein falsches Bild. Sie vermittelt den Eindruck, dass die Justiz verfilzt ist und das System der Richterwahl gegen die Gewaltenteilung verstößt. Das ist falsch und gefährlich. Richtig ist, dass die Justiz in Deutschland ausgesprochen gut funktioniert. Sie ist ein echtes Korrektiv zur Politik, gerade auch das Bundesverfassungsgericht mit seinen vielen richtungsweisenden Entscheidungen. Dass das so ist, zeigt die aktuelle Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Elbvertiefung. Man kann in der Sache unterschiedlicher Meinung sein, aber es kann niemand bestreiten, dass das Gericht sich sehr gründlich und vertieft mit der Materie auseinandergesetzt hat, obwohl das ein sehr komplexes, weites Feld ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Unsere Justiz hat ein sehr hohes Niveau. Sie ist bei den Entscheidungen gründlich, genau, differenziert und trotzdem lebensnah. So habe ich die Gerichte in meiner beruflichen Tätigkeit als Behördenjuristin in Hamburg kennengelernt.

Die deutsche Justiz funktioniert also, sie funktioniert hervorragend, und es gibt keinen Grund, daran etwas zu ändern. Und weil das so ist, arbeitet der Antrag mit Unterstellungen. Da ist von Kuhhandel und Parteienfilz die Rede. Dabei hat sich das durch die hamburgische Verfassung vorgesehene Verfahren mit den Richterwahlausschüssen über Jahrzehnte bewährt – die Kollegen haben es ausgeführt –, im Gegensatz zu dem Verfahren in den USA, wo Trump im Alleingang irgendeine ultrakonservativen Richter benennt, die dann auch noch lebenslang im Amt sind. Herr Kruse, das war es dann mit den Grenzen des Rechts, von denen Sie vorhin sprachen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

(Dr. Carola Timm)

Dieses Beispiel aus Amerika zeigt, dass das dort ein echtes Problem ist. Da kann man ein neues System mit weniger Macht für den Präsidenten fordern, denn das ist tatsächlich gefährlich für die Demokratie. Aber so ist es hier eben nicht. Dieser Antrag redet Probleme herbei, wo gar keine sind. Vor allem aber gefährdet der Antrag mit dem vorgeschlagenen Verfahren die Unabhängigkeit der Justiz und erreicht somit genau das Gegenteil. Wenn nämlich ausschließlich juristische Fachverbände in einer Justizversammlung über die Richterwahl bestimmen, dann ist das ein intransparentes Verfahren, das demokratisch nicht legitimiert ist, weil jede Anbindung an Exekutive und Legislative fehlt, und genau das verstößt gegen die Gewaltenteilung; es ist nicht so, wie Sie es genau andersherum darstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist mit Artikel 20 Grundgesetz nicht vereinbar, weil alle Staatsgewalt vom Volk ausgehen muss. Das ist der entscheidende Grundsatz, das ist das Wesen der Demokratie. Hierzu bedarf es immer einer Legitimationskette – auch Jura übrigens, erstes oder zweites Semester. Diese Voraussetzungen sind im jetzigen System durch die ausgewogene Besetzung des Richterwahlausschusses gegeben, die gerade verhindert, dass eine Partei mit ihren Leuten durchmarschieren kann; auch das haben die Kollegen schon im Detail ausgeführt. Außerdem wird die Auswahl nach Leistung gewährleistet. Das ist eine zwingende Voraussetzung und notwendig, um weiterhin die Qualität der Gerichtsentscheidungen und der Rechtsprechung zu gewährleisten. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Frau Dr. Timm. – Das Wort hat Herr Dolzer von der Fraktion DIE LINKE.

Martin Dolzer DIE LINKE: Liebe Hamburgerinnen und Hamburger, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Eine noch weitergehende Demokratisierung der Richterwahl ist an sich eine sehr gute Idee. Wenn man aber demokratietheoretisch genauer darauf blickt – Urs Tabbert hat es schon gesagt –, könnte man im Grunde genommen, wenn man es noch weiter demokratisieren wollte, letztendlich die Wählerinnen und Wähler über die Richter und Richterinnen bestimmen lassen. Dann wären wir bei einer Forderung, die der KBW irgendwann einmal aufgestellt hat. Ich weiß nicht, ob die AfD in diese Richtung gehen wollte; ich denke, eher nicht, wenn ich mir den Antrag genau anschau.

Es sind bereits viele Argumente genannt worden. Die Legitimationskette haben Frau Timm und Herr Tabbert ausgeführt. Der uns vorliegende Antrag würde, wenn man ihn sich genauer ansieht, auch

nicht unbedingt zu einer Demokratisierung führen, sondern dazu, dass ein anderes Klientel im Richterwahlausschuss sitzen würde, nämlich hauptsächlich nur Juristinnen und Juristen. Das wäre auf keinen Fall eine Demokratisierung,

(Beifall bei der LINKEN)

und deshalb können wir diesem Antrag nicht zustimmen. Wir können ihm auch deshalb nicht zustimmen, weil Herr Seelmaecker recht hat in Bezug auf Artikel 63 der hamburgischen Verfassung: Der Antrag ist auch formal nicht richtig. Zudem gab es vor einigen Jahren einen ähnlichen Antrag von der GRÜNEN Fraktion, allerdings handwerklich anders gestrickt. Davon ist dieser Antrag ein bisschen abgekupfert. Die genannten Argumente brauche ich nicht zu wiederholen. Wir werden den Antrag ablehnen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dolzer. – Das Wort hat Frau von Treuenfels-Frowein von der FDP-Fraktion.

Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein FDP: Sehr geehrte Präsidenten, meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen, denn es ist wirklich alles in vernünftiger Weise gesagt worden.

Ich möchte das Thema zum Anlass nehmen, einmal zu sagen, dass meiner Meinung nach unsere Richter und Staatsanwälte im Rahmen von Recht und Gesetz und vor allem Gewaltenteilung einen hervorragenden Job machen. Man sollte nicht unterstellen, dass sie von Parteien beeinflusst sind oder irgendwelche blöden Deals untereinander aushecken. Es gehört dazu, dass wir sie auch einmal loben.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich möchte hervorheben, dass Ihr Vorschlag noch nicht einmal das, was Sie proklamiert haben, erringen würde. Was Sie vorgeschlagen, bedeutet eigentlich nur, dass die Richter und die Rechtsanwälte, die in diesem Gremium sitzen, sich untereinander wählen. Das finden wir intransparent. Für mich hat Ihr Vorschlag nicht einmal Sinn ergeben, nachdem ich verstanden hatte, wo Sie eigentlich hinwollten. Ich glaube auch nicht, dass die Richter das für sehr sinnvoll halten würden. Deswegen lehnen wir das ab.

Nach Herrn Dolzer in Sachen Gewaltenteilung zu sprechen, finde ich erstaunlich. Ich hätte mich gefreut, wenn hier ein paar Worte von Ihnen gekommen wären. Aber das ist vielleicht in einem anderen Gremium notwendig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. – Doch, Herr Dr. Flocken, bitte schön.

Dr. Ludwig Flocken fraktionslos:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete! In unserer Demokratie tut das Volk seinen Willen in Wahlen und Abstimmungen kund. Im antiken Griechenland, der Wiege der abendländischen Kultur, gab es eine dritte Säule, das Losverfahren, immer verbunden mit der Annuität. Besonders in der attischen Demokratie, also in Athen, war dies die wichtigste Methode für die Besetzung von Ämtern, in Sparta dagegen überwog das Wahlverfahren. War es Zufall, dass gerade im Athen des vierten vorchristlichen Jahrhunderts, in dem die Lenker der Polis durch das Los bestimmt wurden, ein solch freier Geist wehte, dass ausgerechnet dort vor 2 400 Jahren eine Wissenschaft entstehen konnte, die – zum Beispiel in der Biologie des Aristoteles – erst vor 300 Jahren getoppt werden konnte? Nein. Das lag daran, dass eine öffentliche Debatte nicht dadurch eingeengt wurde, dass – wie im heutigen Deutschland oder im antiken Sparta – mit Blick auf Wahlen die politische Korrektheit beachtet werden musste. Das Losverfahren kommt in Deutschland in der dritten Gewalt in rudimentärer Form bereits vor, Beispiele sind Schöffengerichte und der Paragraf 15 Absatz 2 Satz 2 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes, in dem es um dringliche Vertretung von Verfassungsrichtern geht.

Warum wäre das Losverfahren besonders für Verfassungsgerichte passend? Erstens: Eine juristische Qualifikation wäre leicht zu definieren, ergänzt durch einschlägige Berufserfahrung und Bewährung und durch ein Mindestalter, ergänzt natürlich wie in Athen durch eine Annuität, zum Beispiel, dass nach fünf Jahren Schluss sein müsste. Zweitens: Stellen Sie sich einmal vor, Sie stehen in einem Verfahren vor einem Oberverwaltungsgericht. Nun hat Ihr Richter einen ausgeprägten Ehrgeiz in Richtung Verfassungsgericht. Sie stehen jetzt in höchster Gefahr, dass Ihr Fall nicht mehr nach bestem Wissen und Gewissen, sondern nach politischer Opportunität beurteilt wird. Deshalb plädiere ich dafür, über das Losverfahren nachzudenken. Der Antrag der AfD ist ein erster Schritt in diese Richtung, weil die angesprochene Intransparenz dort so groß ist, dass ein potenzieller Verfassungsrichter nicht mehr im Blick auf seine zukünftige Wählbarkeit seine Urteile zu fällen versucht ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte die Drucksache 21/7783 an den Ausschuss für Justiz und Datenschutz überweisen? –

Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir stimmen über den Antrag der AfD-Fraktion aus der Drucksache 21/7783 in der Sache ab.

Wer möchte sich diese anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt worden.

Dann rufe ich auf Tagesordnungspunkt 38, Drucksache 21/7805, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Angebotsoffensive für Hamburgs Kundenzentren: schnellere Terminvergabe, einheitliche und längere Öffnungszeiten, Ausweitung der digitalen Angebote.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

Angebotsoffensive für Hamburgs Kundenzentren: schnellere Terminvergabe, einheitliche und längere Öffnungszeiten, Ausweitung der digitalen Angebote
– Drs 21/7805 –]

[Antrag der CDU-Fraktion:

Keine Schließung von Kundenzentren – Leistungsfähigkeit aller Hamburger Kundenzentren nachhaltig verbessern
– Drs 21/7955 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/7955 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

Zur Drucksache 21/7805 liegt ein Antrag der FDP-Fraktion auf Überweisung an den Verfassungs- und Bezirksausschuss vor.

Wer wünscht das Wort? – Herr Schmitt von der SPD-Fraktion, bitte schön.

Frank Schmitt SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger! Vor einigen Monaten war die Situation in den Kundenzentren bereits Thema der Aktuellen Stunde in der Bürgerschaft. Lange Vorlaufzeiten für Termine und lange Wartezeiten und Schlangen vor den Kundenzentren – wir waren uns einig, dass eine solche Situation wie im vergangenen Sommer sich nicht wiederholen darf.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich hatte damals die Sofortmaßnahmen erläutert, die ergriffen wurden. Dabei waren zwei Ziele zentral: Erstens, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kundenzentren zu entlasten, und zweitens dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder zeitnah Termine in den Kundenzentren bekommen können. Die Finanzbehörde und die Bezirke haben reagiert, die Stellen nachbesetzt und

(Frank Schmitt)

Stellen aufgestockt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind mittlerweile eingelernt und in ihre Arbeitsplätze eingewiesen. Die Situation normalisiert sich nun wieder, und die Vorlaufzeiten für die Terminvergabe sowie die Wartezeiten für Spontankundinnen und -kunden haben sich deutlich verringert.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir die Servicequalität in den Kundenzentren für die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg merkbar anheben und dauerhaft garantieren. Über die Fortschritte wollen wir uns regelmäßig berichten lassen. Es kann nicht sein, dass der Gesetzgeber bei einem Umzug eine Ummeldung innerhalb einer Frist von 14 Tagen vorschreibt und Sie keinen Termin innerhalb dieser Frist bekommen, wenn Sie sich ummelden wollen. Deswegen soll die Wartezeit auf einen Termin im Kundenzentrum höchstens 14 Tage betragen, anzustreben sind zehn Tage.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen, dass die Öffnungszeiten in den Kundenzentren deutlich ausgeweitet werden und Sie den Besuch in einem Kundenzentrum in der Zeit von 8 bis 18 Uhr – mindestens – erledigen können, auch während der Mittagspause, und nicht einen Tag Urlaub nehmen müssen, um Ihren Personalausweis zu verlängern.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Bei der Online-Terminvergabe sollen zeitnah Termine verfügbar sein. Dabei soll die Terminabfrage nicht nur standortbezogen, sondern auch terminbezogen möglich sein. Ich habe heute Morgen bei der Recherche festgestellt, dass dies erfreulicherweise schon umgesetzt ist; ich hätte heute, also am gleichen Tag, in drei verschiedenen Kundenzentren mein Anliegen – Verlängerung eines Personalausweises – durchführen können. Ich finde erfreulich, dass das bereits umgesetzt ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Selbstverständlich soll es auch weiterhin möglich sein, über den Telefonischen HamburgService Termine zu vereinbaren. Wir möchten darüber hinaus, dass geprüft wird, ob der Online-Ausbau vielleicht auch den einen oder anderen Besuch im Kundenzentrum überflüssig macht, wo ein persönliches Erscheinen nicht notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das innerstädtische Kundenzentrum in der Caffamacherreihe/Kaiser-Wilhelm-Straße 2018 in Betrieb geht, möchten wir, dass geprüft wird, ob Sonnabendöffnungen möglich sind, sodass man auch am Sonnabend seinen Kundenzentrumsbesuch machen kann.

(Michael Kruse FDP: Jetzt noch Sonntagsöffnungen durchsetzen!)

Die Bearbeitung bei der Ausstellung von Pässen, insbesondere vor den Sommerferien, soll beschleunigt werden, sodass die langen Schlangen vor den Sommerferien künftig der Vergangenheit angehören werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Um diese zentralen Leistungsversprechen zu realisieren und verlässlich sicherzustellen, streben wir eine einheitliche Steuerung bezirksübergreifend aus einer Hand an, und möchten, dass im Verfassungs- und Bezirksausschuss rechtzeitig über die Planung der Maßnahmen, die einzelnen Schritte und die zeitliche Umsetzung berichtet wird. Durch ein Monitoring wollen wir die Einhaltung der zentralen Leistungsversprechen transparent machen.

Mit dem vorliegenden Antrag flankieren wir die bereits von der Finanzbehörde, der Kasse.Hamburg und den Bezirksamtsleitungen in die Wege geleiteten Maßnahmen. Mit der Angebotsoffensive für Hamburgs Kundenzentren geben wir ein Leistungsversprechen für noch bürgernähere Kundenzentren ab, mit schnelleren Terminvergaben, einheitlicheren und längeren Öffnungszeiten und der Ausweitung der digitalen Angebote. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Dr. Wolf von der CDU-Fraktion.

Dr. Jens Wolf CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Endlich Maßnahmen gegen die inakzeptable Situation bei der Terminvergabe und den Wartezeiten in den Kundenzentren zu ergreifen ist im Grunde richtig. Herr Schmitt hat dazu viel Wahres gesagt und wir werden Sie beim Wort nehmen. Wenn Sie von Leistungsversprechen reden, dann werden die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt dieses Versprechen auch eingelöst sehen wollen.

(Zuruf von Arno Münster SPD)

Die Ideen, die Sie jetzt äußern, sind längst überfällig, gehen aber nicht weit genug. SPD und GRÜNE gerieren sich als Retter – oder sollte ich eher sagen, als Retterchen? – in einer Situation, die der rot-grüne Senat selbst verschuldet hat. Nur aufgrund des massiven öffentlichen Drucks und des Drucks in diesem Hause wird dieses Problem angegangen. Dennoch begnügt sich Ihr Antrag mit dem Nötigsten. Ein Minimum des für die Bürger Zumutbaren soll gerade mal so gewährleistet werden. Es wird nach Ihrem Antrag keine langfristige Vorsorge geben, um einen stabilen Kundenzentrumszustand zu erreichen oder Hamburg gar zum Spitzenreiter im Bereich der Behördenorganisation

(Dr. Jens Wolf)

zu machen. Das wäre doch mal was. Aber nein, anspruchsvolle Ziele sind nicht zu erkennen.

(Beifall bei der CDU)

Daher haben wir unseren Ergänzungsantrag gestellt, um die Kundenzentren vielleicht doch noch auf einen Weg zu bringen, die Zustände für die Kunden – und das sind die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt – und die Mitarbeiter in den Kundenzentren, die genauso unter diesen Zuständen leiden, erträglich zu machen. Die vom Senat ergriffenen Maßnahmen haben geholfen, das ist richtig, aber immer noch keinen akzeptablen Zustand geschaffen. Gerade heute ist die Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage zu diesem Thema gekommen: Noch immer beträgt die durchschnittliche Wartezeit für Spontankunden in acht Kundenzentren mehr als eine Stunde, in Barmbek-Uhlenhorst sind es 74 Minuten, in Harburg 73 Minuten. Noch immer liegt die durchschnittliche Wartezeit bei Terminvergaben in neun Kundenzentren bei weit über einem Monat, in Lokstedt sind es 40 Tage, in den Walddörfern 42 Tage.

Der Senat hat keine Strategie, um die Personalaufstockung zu verstetigen und das Problem der Überlastung dauerhaft zu lösen, und die Ideen von Rot-Grün in Ihrem Antrag ändern daran nichts. Der Einsatz von Personal aus dem Einwohnerzentralamt als Übergangslösung stellt auf Dauer keine tragfähige Lösung dar. Nicht erkennbar ist weiterhin, inwiefern die Altersabgänge in den Kundenzentren bei der Planung berücksichtigt sind. Schon im Sommer zeigte sich Herr Senator Tschentscher bass darüber erstaunt, wo denn das ganze Personal in den Kundenzentren sei. Er will jahrelang nicht gemerkt haben, dass es sich sukzessive immer weiter reduziert hatte. Der Senat hat auch jetzt keinen kreativen und flexiblen Lösungsansatz, um die dringenden Probleme zu erledigen, und die Ideen von Rot-Grün ändern daran nichts. Die Mitarbeiter in den Kundenzentren sind sehr wohl in der Lage zu erkennen, wann Bürgerinnen und Bürger ein eiliges Problem haben, und würden es gern lösen. Sie können es aber nicht, weil die Möglichkeiten nicht vorhanden sind.

Zum Problem der sogenannten Dubletten: Man kann den Bürgern nicht verdenken, dass sie sich mehrere Termine online reservieren und nur einen einzigen davon wahrnehmen. Aber das muss verhindert werden, und zwar durch den Einsatz technischer Mittel. Die Software, die in den Kundenzentren verwendet wird, gibt dies nicht her. Die derzeitige Software bietet auch keine Möglichkeit zur Einrichtung und Vereinbarung von Familienterminen. Auch das muss geregelt werden und auch das steht nicht in Ihrem Antrag. Sie begnügen sich mit der Forderung nach Mindeststandards. Ihre Ideen ändern an dieser Situation nichts.

(Beifall bei der CDU)

Ein wirkliches Vordenken, ein Vorausdenken zu mehr Nachhaltigkeit, zu mehr Vorsorge sieht anders aus. Sie verlangen nicht den großen Wurf vom Senat, denn Sie haben keine Lösung, wie die Personalaufstockung verstetigt werden kann, und Sie haben keine Lösung, wie das Kernproblem einer unzureichenden Software geregelt werden kann; das Thema kommt in Ihrem Antrag gar nicht vor.

Die perfideste Idee steckt in Punkt 11 Ihres Antrags. Darin fordern Sie indirekt zur Schließung von Kundenzentren auf. Sie verklausulieren das zwar als Zusammenlegung von Standorten, aber was heißt denn das? Das heißt Schließung von Kundenzentren. Das Kundenzentrum in den Walddörfern haben Sie schon zur Disposition gestellt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ganz so ist das nicht!)

Glauben Sie ja nicht, dass das ohne den Protest der Bürger und ohne den Protest der CDU in diesem Hause vonstattengehen wird.

(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

Der Protest der Menschen in dieser Stadt ist Ihnen sicher, wenn Sie diese Strategie der Schließung von Kundenzentren weiterfahren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Gallina von der GRÜNEN Fraktion.

Anna Gallina GRÜNE:* Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! In einem sind wir uns einig: Die Hamburgerinnen und Hamburger mussten in den letzten Monaten deutlich zu lange warten. Ich möchte mich an dieser Stelle bei denjenigen bedanken, die in den Kundenzentren ausgehalten oder ausgeholfen haben und mit ihrem Engagement und ihrem Einsatz versucht haben, vieles abzufedern und den Menschen trotzdem zur Erfüllung ihrer Anliegen zu verhelfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – André Trepoll CDU: Dazu haben Sie auch allen Grund!)

– Ja. Auch Sie können sich dafür bedanken, ob Sie nun finden, dass ich einen Grund dazu habe, oder nicht.

Ich erinnere mich noch gut an die Sitzung im Juni, Herr Trepoll, als wir über dieses Thema gesprochen haben. Damals haben Sie sich am Thema Hoffnungsstadt Hamburg abgearbeitet. Am Ende mussten wir dann feststellen, dass Sie selbst in diesem Bereich nur mit Hoffnung gearbeitet haben, denn Sie haben keine eigenen Vorschläge vorgelegt. Jetzt Ihren Zusatzantrag zu feiern, Herr Wolf,

(Anna Gallina)

als sei er das Übertreffende und total Weitreichende, finde ich höchst seltsam,

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

weil ich nicht erkennen kann, dass Ihr Antrag substantiell an irgendeiner Stelle über unseren Antrag hinausgeht. Nein, es ist andersherum: An manchen Stellen

(Zurufe von der CDU)

– ich habe ihn sehr gründlich gelesen – bleibt er sogar hinter unserem Antrag zurück. Dass Sie davon sprechen, dass es lediglich Mindestmaß sei, wenn wir von Samstagöffnung und längeren und einheitlichen Öffnungszeiten reden – wo wir natürlich wissen, dass wir an der einen oder andern Stelle dafür mehr Personal brauchen werden –, finde ich irgendwie merkwürdig; in all den Monaten habe ich von Ihnen keinen Vorschlag gesehen, wie wir ihn heute vorgelegt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wollen Sie mich fragen, ob ich eine Zwischenfrage zulasse?

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Entschuldigung. Ja.

Anna Gallina GRÜNE:* Mache ich aber nicht, danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Das versteht das Präsidium unter präsidiumsfreundlicher Arbeitsabnahme.

(Heiterkeit)

Anna Gallina GRÜNE (fortfahrend):* In den vergangenen Monaten ist eine Menge passiert, auch bevor wir heute diesen Antrag eingebracht haben. Allein im zentralen Ausschreibungsverfahren sind 40 Vollzeitäquivalente neu eingestellt worden. Schon im Dezember waren 24 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da,

(Zuruf)

die ihre Ausbildung oder Einarbeitungszeit abgeschlossen haben, und im nächsten Monat kommen noch einmal 38 weitere hinzu, die dann vollumfänglich eingesetzt werden können. Herr Schmitt hat es mit seiner Recherche von heute Morgen deutlich gemacht: Es gibt an vielen Stellen eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Zustand, als wir diese Debatte das letzte Mal geführt haben. Das ist natürlich erst einmal die Grundlage dafür, um dann über weitergehende Qualitätsverbesserungen und Serviceangebote zu sprechen, und das machen wir jetzt mit unserem Elf-Punkte-Plan.

Das Ganze ist ein Prozess. Am Ende dieses Prozesses steht ein Leistungsversprechen für die Hamburgerinnen und Hamburger, einen Termin in maximal 14 Tagen zu bekommen, längere Öffnungszeiten zu haben, die es, wie Herr Schmitt gesagt hat, durchaus möglich machen, sein Anliegen abgearbeitet zu bekommen, ohne einen Arbeitstag zu verlieren, wenn das Kundenzentrum an der Caf-famacherreihe eröffnet hat, auch samstags, als eine Priorität zu setzen, dass es auch im Sommer möglich ist, seinen Pass noch zu verlängern, wenn man das nicht rechtzeitig vorher auf den Weg gebracht hat, um seine Reise antreten zu können, und eine deutlich bequemere Terminvereinbarung sowohl online als auch per Telefon. Dieses kleine Detail ist mir wichtig, weil es auch Menschen gibt, die immer noch nicht so internetaffin sind. Dass wir diese Lücke schließen, freut mich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Behördenbesuch wird also künftig, so hoffe ich, zu der unaufgeregten Selbstverständlichkeit, die er sein sollte, und damit deutlich weniger aufwendig als beispielsweise ein Facharzttermin.

Darüber hinaus wollen wir die Chancen der Digitalisierung nutzen. Wir werden sehen, was möglich ist; vieles wird sich im Prozess entwickeln müssen. Dabei sind einige Rechtsgrundlagen zu bedenken. Aber wir werden diesen Weg einschlagen, und ich hoffe, dass wir im kommenden Juni eine zufriedenstellende Situation für alle Hamburgerinnen und Hamburger haben. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *André Trepoll* CDU: Hoffnungsstadt Hamburg!)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE.

Stephan Jersch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der Regierungskoalition ist eigentlich, wenn man sich die Situation vor Ort anschaut, ein Stück aus dem Tollhaus: Er ist eine Mischung aus Alternative Facts. Er verkauft Selbstverständlichkeiten, die eigentlich vor Ort vorhanden sein müssten. Er verteilt unverbindliche Prüfaufträge. Er verschweigt das eigene jahrelange Versagen. Und er lässt Fakten weg. Schon 2015 war die Situation in unseren Bezirksamtern unerträglich, wenn man sich die Anfragen und die Antragsituation anschaut. Wenn Sie jetzt eine Terminvergabe innerhalb von 10 bis 14 Tagen ankündigen, dann kann ich nur sagen: Das ist eine sehr lange Zeit. Ich denke, das ist das Allermindeste und erinnert fast schon an einen Arzttermin, den man heute ja sehr schwer bekommt.

(Stephan Jersch)

(Beifall bei der LINKEN)

Einheitliche Öffnungszeiten, Priorisierung bestimmter Vorgänge, spontane Möglichkeiten, im Bezirksamt zu erscheinen, das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten Selbstverständlichkeiten sein für ein Bezirksamt, das nah an der Bevölkerung ist. Das in einen solchen Antrag, den man dann noch als Offensive bezeichnet, zu packen, ist dreist.

(Beifall bei der LINKEN)

Letztendlich liegt dem Ganzen ein klassisches Versagen in der personellen Ausstattung der Bezirksämter zugrunde, die seit Jahren ihren wirklichen Aufgaben nicht mehr nachkommen und mit dieser Einstellungsoffensive gerade einmal wieder auf den Stand von 2012 gehoben worden sind. Wenn Sie Ihren Antrag als Angebotsoffensive – das Wort kommt mir gar nicht richtig über die Lippen – betrachten, dann ist das für mich nichts anderes als eine Frontberichterstattung vom Rückzugsgefecht vor Ihren eigenen Versagen in den letzten Jahren gegenüber den Bezirken.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie sind doch Pazifist!)

Sie haben kein Wort – der Kollege Wolf hat dankenswerterweise dazu ein wenig schon Position bezogen – zu den Erkenntnissen aus OptiKuz, der Optimierung der Kundenzentren, gesagt. Sie haben nichts zum Rechnungshofbericht über die Personalsituation und die allgemeine Situation der Kundenzentren gesagt. Stattdessen muss ich heute in der "Hamburger Morgenpost" in einem Bericht ein Zitat des Fraktionsvorsitzenden der SPD, des Kollegen Dressel,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Richtig zitiert!)

zum zu schließenden Kundenzentrum in den Waldhöfem lesen, bei dem ich mir dachte, dass ich gern sehen möchte, wie Sie dort bei der Schließung eine Plakette anschrauben mit dem Text: Hier optimiert der Senat Ihre Öffnungszeiten.

(Beifall bei der LINKEN und der CDU)

Was die versprochene Evaluation der Stellenversorgung der Bezirksämter angeht, so hätte ich diese doch erst einmal verantwortungsvoll abgewartet, um dann zu sehen, was man dort draufsetzen kann und wo es weitergehen soll. Wenn man sich die Stellungnahme von ver.di zu diesem Antrag ansieht – Sie haben augenscheinlich nicht mit ver.di geredet; da gibt es, wie vielleicht an der einen oder anderen Stelle mittlerweile Kommunikations-schwierigkeiten –,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist ja schön, dass Ihre Kommunikation mit ver.di immer funktioniert!)

dann denkt man sich schon: Die Beschäftigten der Bezirksämter mit ins Boot zu holen, ist eine Selbst-

verständlichkeit in einer sozial aufgestellten Stadt, wie es Hamburg eigentlich sein sollte.

(Beifall bei der LINKEN)

Und wenn ich die Schlagzeile "Nie mehr warten auf dem Amt!" lese, dann erinnert mich das sehr stark an Trump'sche Wortklaubereien. Es ist der Versuch gestartet worden, ein fehlgeschlagenes Experiment bei der Kürzung innerhalb der Bezirksämter positiv zu verkaufen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie doch einmal so ehrlich und sagen: Wir korrigieren den Mist, den wir in den letzten Jahren angerichtet haben. Dann machen Sie es auch uns als Opposition leichter,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber für Sie machen wir das ja nicht, Herr Jersch!)

mit Ihnen gemeinsam den Weg zu einer besseren Ausstattung der Bezirksämter zu gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bezirksämter und die Kundenzentren brauchen eine Bestandsgarantie in der Fläche, sie müssen sogar ausgebaut werden, und das darf nicht wieder an den Beschäftigten vorbeigehen. Wie viele Pleiten brauchen Sie in Ihrer Versorgung der Bezirke vor Ort eigentlich noch, liebe Kolleginnen und Kollegen? So jedenfalls werden Sie keinen Erfolg haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Dr. Duwe von der FDP-Fraktion.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag der SPD und der GRÜNEN zum ersten Mal sah, dachte ich mir: Wie kommen die eigentlich darauf? Sie haben im letzten Jahr doch gesagt, es gehe alles seinen Gang; jetzt haben Sie Leute eingestellt, die mittlerweile auch ausgebildet sind, und damit ist das Problem eigentlich gelöst. Weshalb kommen die Fraktionen von SPD und GRÜNEN jetzt darauf, dem Senat noch etwas vorzuschreiben? Dann fiel mir auf, dass dieser Antrag eigentlich gar kein Antrag ist, sondern eine Resolution. Es stehen elf Punkte darin, was man alles machen sollte, könnte und so weiter und so fort. Der Senat wird noch einmal gebeten, etwas zu tun. Es könnte natürlich sein, dass die beiden Fraktionen mehr Informationen haben als der Senat selbst oder dass sie ihm nicht trauen und meinen, ihm noch einmal Beine machen zu müssen.

Dieses Thema ist nun wirklich schon sehr alt – leider. Ich kann mich erinnern, dass schon 2014 ein Punkt aus einem Antrag der FDP-Fraktion beschlossen wurde, sogar von allen Fraktionen. Darin stand etwas, das immer noch nicht umgesetzt worden ist. Das ist irgendwie komisch. Ich gehöre

(Dr. Kurt Duwe)

noch zu der Generation, in der der Spruch "Der Kunde ist König" galt. Vom Kundenzentrum erwartet man vielleicht auch, dass dort so etwas gelten würde. Seitdem die Umorganisation in den Bezirksämtern stattgefunden hat – leider –, wurde alles viel schlimmer. Das heißt, man sollte nicht immer etwas ändern, wenn vorher etwas geklappt hat.

Leider muss ich feststellen, dass wir in Hamburg immer der Zeit hinterherhinken. Man sollte auch Visionen haben. Es gibt ein kleines Land am östlichen Ende der EU, es hat ungefähr genauso viele Einwohner wie Hamburg, in dem läuft fast alles digital. Wie wäre es denn, einmal so etwas zu versuchen, anstatt sich immer an den alten Strukturen entlangzuhangeln, hier wieder zehn Leute einzustellen und dort Dataport möglichst noch auf die IT anzusetzen, und so weiter? Das wird nicht klappen, das kann ich Ihnen jetzt schon sagen.

(Jens-Peter Schwieger SPD: War das jetzt ein Vorschlag, das so zu machen?)

– Das ist ein Vorschlag, wenn man es vernünftig machen würde. Ich glaube, Estland ist kein Land, das Deutschland hinterherhinkt, sondern es ist uns schon weit davongelaufen. Wir sollten das einmal betrachten, anstatt immer nur an den alten Strukturen festzuhalten.

Im Wesentlichen finde ich den Antrag der CDU hervorragend, und zwar vor allen Dingen Punkt 11. In dem steht nämlich ein Termin. Das fehlt in dem Antrag von SPD und GRÜNEN, und deshalb kann ich diesen Antrag nur als Resolution ansehen: Bitte, bitte, Senat, arbeite mal ein bisschen besser.

(Vizepräsidentin Christiane Schneider übernimmt den Vorsitz.)

Nach dem, was ich in den letzten Jahren erlebt habe, bin ich nicht hoffnungsfroh, dass es substantiell besser wird. Deshalb werden wir dem CDU-Antrag natürlich zustimmen. Dem Antrag von SPD und GRÜNEN werden wir nicht zustimmen, weil es gar kein Antrag ist. Sie hätten sich wirklich dazu durchringen sollen, dem Senat einen Termin zu setzen. Ist bei diesem Thema wahrscheinlich wichtig, denke ich: Termin. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Duwe. – Herr Dr. Körner von der AfD-Fraktion, ich erteile Ihnen das Wort.

Dr. Joachim Körner AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Situation in den Kundenzentren war nicht akzeptabel. Die Bürger konnten Dienstleistungen kaum erlangen. Termine waren zum Teil über 60 Tage zuvor ausgebucht. Ein derartiges Versagen der Behörden und der Regierung hatte es bisher noch nicht gegeben. Die Situation scheint sich

aber jetzt zu entspannen. Nun legt die Koalition einen Antrag für eine bürgernahe und dienstleistungsorientierte Verwaltung vor, die sich stärker an der Lebenswirklichkeit der Bürger orientiert. Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dafür ist kein Antrag erforderlich. Es entsteht der Verdacht: Handelt es sich hier lediglich um eine Marketingmaßnahme?

Da wir die Sache für richtig halten, werden wir dem Antrag zustimmen. Das gilt auch für den Antrag der CDU. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Körner. – Herr Senator Dr. Tschentscher, Sie haben jetzt das Wort.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Durch eine unvorhergesehen hohe Personalfuktuation hatten wir im vergangenen Jahr eine große Zahl an unbesetzten Stellen in den bezirklichen Kundenzentren,

(Zuruf: Schon viel länger!)

was insbesondere in der Zeit vor den Ferien zu unvertretbar langen Wartezeiten geführt hat. Gemeinsam mit den Bezirken hat der Senat daher verstärkt Stellen zentral ausgeschrieben, zusätzliches Personal von außen eingestellt und deren zügige Schulung und Einarbeitung organisiert. Mittlerweile sind alle Stellen besetzt, sodass die Terminvorlauf- und Wartezeiten deutlich zurückgegangen sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Um den noch verbliebenen Arbeitsrückstau zu beheben und einen Wiederanstieg der Wartezeiten vor den Ferien zu vermeiden, wollen wir in den kommenden Wochen die Dienstleistungskapazität der Kundenzentren vorübergehend durch zusätzliches Personal des Einwohnerzentramtes verstärken, das wir in den vergangenen Monaten für diese Aufgabe ausgewählt und geschult haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zu diesem Zweck richten wir in den nächsten Wochen ein temporäres Unterstützungskundenzentrum in Meiendorf ein. Dort sollen in erster Linie Personalausweise und Reisepässe ausgestellt werden, weil dies in der Zeit vor den Ferien die am häufigsten nachgefragte und oft dringlichste Dienstleistung der Meldeämter darstellt. Neben dem regulären Angebot aller anderen Kundenzentren besteht damit eine zusätzliche Möglichkeit, diese Ausweisdokumente an einer zentralen Stelle auch kurzfristig zu erhalten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In der Bürgerschaftsberatung zur Lage der Kundenzentren im Juni letzten Jahres hatte ich berich-

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

tet, dass wir Fehlentwicklungen von Dienstleistungsangebot und -nachfrage künftig frühzeitiger erkennen und durch eine bessere Planung und Steuerung vermeiden wollen. Die Finanzbehörde hat deshalb ein in Organisations-, Verwaltungs- und IT-Fragen erfahrenes Team der Kasse.Hamburg beauftragt, hierzu Empfehlungen vorzulegen, die auf einer aktuellen systematischen Bestandsaufnahme beruhen, aber auch die bereits bestehenden Erkenntnisse zur Organisation der Kundenzentren berücksichtigen. Das Ergebnis lautet: Wir brauchen eine stärkere zentrale, einheitliche Steuerung der Kundenzentren über die Bezirksgrenzen hinaus, die konsequenter als bisher die Erwartungen an eine moderne öffentliche Verwaltung erfüllt. Dieser Anspruch bezieht sich auf ein plausibles Standortkonzept, das eine gute Erreichbarkeit nicht nur für einzelne Stadtteile, sondern für die Bevölkerung insgesamt sicherstellt. Gute Erreichbarkeit bedeutet zugleich einheitliche längere Öffnungszeiten und bessere Online-Angebote, die sich nicht nur auf die Terminorganisation, sondern auch auf die Dienstleistungen selbst beziehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN nimmt diese bürgerorientierte Sichtweise auf und beschreibt ein sehr geeignetes Zielbild für die künftige Aufgabenwahrnehmung der Kundenzentren. Einige Punkte des Antrags lassen sich kurzfristig umsetzen, andere werden einen Prozess erfordern, in den die Bezirke, die Beschäftigten und die Personalvertretungen einbezogen werden müssen. Wir wollen zudem die technische Ausstattung und die Abläufe so verbessern, dass möglichst viel Zeit bleibt, um die manchmal auch individuellen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger persönlich bearbeiten zu können.

(Michael Kruse FDP: Sie persönlich?)

In den Kundenzentren arbeiten erfahrene, aber mittlerweile auch viele neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die einen modernen Dienstleistungsanspruch haben und die wir durch ein gutes Management unterstützen müssen. Gern berichten wir über die weiteren Planungen und Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele im Verfassungs- und Bezirksausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Tschentscher. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, deshalb kommen wir zu den Abstimmungen.

Wer möchte nun zunächst die Drucksache 21/7805 an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen dann in der Sache ab und beginnen mit dem Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 21/7955.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen dann zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN aus Drucksache 21/7805.

Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 12, Drucksache 21/7484, Senatsmitteilung: Berichtswesen Bau-Monitoring 2016.

**[Senatsmitteilung:
Berichtswesen Bau-Monitoring 2016
– Drs 21/7484 –]**

Die Fraktionen sind übereingekommen, die Debatte nicht zu führen. Deswegen kommen wir sogleich zu den Überweisungsbegehren, und zwar möchten alle Fraktionen diese Drucksache an den Haushaltsausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Senatsmitteilung aus Drucksache 21/7484 an den Haushaltsausschuss überwiesen.

Wenn Sie nicht zuhören, können Sie nicht wissen, was wir diskutieren. Wir kommen jetzt nämlich zu Tagesordnungspunkt 34, Drucksache 21/7800 in der Neufassung, Antrag der CDU-Fraktion: Bei der Elektromobilität den Turbo zünden – Austragung eines Formel-E-Rennens in Hamburg prüfen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Bei der Elektromobilität den Turbo zünden –
Austragung eines Formel-E-Rennens in
Hamburg prüfen
– Drs 21/7800 Neufassung –]**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vonseiten der CDU-Fraktion als Kurzdebatte angemeldet, sodass jeder Rednerin und jedem Redner pro Debattenbeitrag jeweils zwei Minuten Redezeit zur Verfügung stehen.

Wird hierzu nun das Wort gewünscht? – Herr Thering von der CDU-Fraktion, Sie haben es für zwei Minuten.

Dennis Thering CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen, Elektromotoren wiederum sind die vielleicht vielversprechendste Antriebsform, um dieses Mobilitätsbedürfnis gleichermaßen umweltverträglich und bedarfsgerecht zu befriedigen. Umso ärgerlicher ist es – das muss man sich einmal vorstellen –, dass die E-Mobilität ausgerechnet bei uns in Hamburg noch meilenweit hinterherfährt. Ich erkläre es Ihnen gern: Im kompletten Jahr 2016 wurden gerade einmal 358 E-Autos zugelassen. Das entspricht einer Neuzulassung – diesen mickrigen Marktanteil muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – von gerade einmal 0,26 Prozent. Hamburg liegt damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt und noch deutlicher hinter Großstädten wie Berlin.

Fakt ist, dass die E-Mobilität in Hamburg vor allem an einem gravierenden Image- und Akzeptanzproblem leidet, und genau hier kommt der CDU-Antrag ins Spiel. Wir wollen nämlich die Formel E nach Hamburg holen.

(*Jens-Peter Schwieger SPD: Oh, Gas geben!*)

Formel 1 war gestern, heute geht es um Formel E. Da gibt es gravierende Unterschiede, die offensichtlich bei SPD und GRÜNEN noch nicht angekommen sind. Ich zähle sie Ihnen gern noch einmal auf: Zum Ersten gibt es keinerlei Schadstoffemission, zum Zweiten liegt die Lärmemission mit 80 Dezibel auf dem Niveau eines Telefonklingelns, und zum Dritten findet das gesamte Event, also Training, Qualifying und Rennen, an ein und demselben Tag statt. Und ich garantiere Ihnen: Mit keiner anderen Informationsveranstaltung oder Informationsmaßnahme können Sie auf einen Schlag so viele Menschen von den Vorteilen des Produkts E-Mobilität überzeugen wie mit einem solchen Rennen.

(Beifall bei der CDU und bei *Detlef Ehlebracht AfD*)

Dieses Rennen wird in 160 Ländern mit 827 Stunden Berichterstattung und über 3 000 Presseartikeln weltweit wahrgenommen, das nur nebenbei. Es trifft sich besonders gut, dass sich im Rennkalender der Formel-E-Serie immer wieder Lücken auftun. Berlin stand kurz vor der Absage, Brüssel ist bereits hinten heruntergefallen. Ich will realistisch bleiben, 2017 wird das in Hamburg nicht zu realisieren sein. Aber wir sollten zusehen, dass wir dieses tolle Event für 2018, 2019 oder 2020 zu uns nach Hamburg bekommen. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam bei der E-Mobilität den Turbo zünden

(Glocke)

und diese einmalige Chance nutzen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Meyer FDP*)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Thering. – Das Wort hat jetzt Frau von Enckevort von der SPD-Fraktion.

Henriette von Enckevort SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU möchte also mehr Akzeptanz für E-Mobilität dadurch erreichen, dass sie ein Autorennen mitten durch die Stadt führen will.

(*Dennis Thering CDU: Nicht mitten durch die Stadt!*)

Aber die Frage ist doch vielmehr, ob ein Autorennen mit all seinen Belastungen für die Anwohner, Gewerbetreibenden und Autofahrer wirklich dazu beitragen kann, die E-Mobilität attraktiver zu gestalten. Die Ausrichtung ist eben keine Informationsveranstaltung. Es ist ein Event.

(*André Trepoll CDU: Oh, das ist ja ein Skandal!*)

Das ist das, was Sie fordern. Sie fordern ein weiteres Groß-Event. Es wäre extrem aufwendig, da die Sicherheitsanforderungen extrem hoch wären. Auf- und Abbau würden mehrere Tage in Anspruch nehmen und erhebliche Straßensperrungen mit sich bringen. Die Besucherzahlen in Berlin sind bereits rückgängig. In 2015 waren noch 20 000 Menschen da, in 2016 nur noch 15 000. Gleichzeitig kostet der Eintritt für dieses Rennen mal eben 70 Euro. An dieser Stelle sieht man, dass der Aufwand in keinem Verhältnis steht.

(Beifall bei der SPD)

In Hamburg werden von Mai bis September zweiwöchentlich Großveranstaltungen durchgeführt. In diesem Jahr kommt neu der IRONMAN hinzu, eine große Sportveranstaltung. Damit stellt sich Hamburg bereits großen neuen Herausforderungen, gerade hinsichtlich der Verträglichkeit dieser Großveranstaltungen.

(*Glocke – Dirk Nockemann AfD: Wir können ja den Christopher Street Day dafür abschaffen!*)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Frau von Enckevort, lassen Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Abgeordneten Herrn Thering zu?

Henriette von Enckevort SPD (fortfahrend): Nein, danke. – Den Kriterien für die Durchführung von Sportgroßveranstaltungen im Masterplan Active City wird dieses Autorennen ebenfalls nicht gerecht, und auch – das ist noch ein wesentlicher Punkt – aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht ist ein Autorennen auf der Straße nicht genehmigungsfähig.

(Henriette von Enckevort)

Diese Rechtsauffassung ist Ihnen schon seit der 18. Legislaturperiode bekannt und hat sich nicht geändert. Eine Ausnahmegenehmigung kann nur dann erteilt werden, wenn ausschließlich Straßen von geringer Bedeutung benutzt werden, was schon allein aufgrund der Sicherheit, die die FIA benötigt, nicht dargestellt werden kann. Große Freiflächen wie das Tempelhof-Gelände in Berlin sind in Hamburg mitten in der City nicht vorhanden.

(Dennis Thering CDU: Berlin hat es doch auch in der City gemacht! Was ist denn das für ein Unsinn?)

Wir brauchen mehr umweltverträgliche Fortbewegungsmöglichkeiten, das ist klar, und deswegen investieren wir weiterhin in Infrastruktur und den Ausbau von E-Mobilität wie auch Carsharing-Projekte, Park-and-ride-Plätze und Radverkehr.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

An dieser Stelle werden wir also auch den von Ihnen neu überarbeiteten Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau von Enckevort. – Frau Blömeke von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben das Wort.

Christiane Blömeke GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was für markige Worte, Herr Thering – mit so wenig Substanz.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – *Dennis Thering CDU: Das sagt die Richtige, Frau Blömeke!*)

Alein schon Ihr Zwischenruf, Berlin habe es doch auch in der City gemacht. Sie sollten wissen, dass dort drei Wochen lang die Straßen gesperrt waren, dass drei Wochen lang – das können Sie nachlesen – Anwohnerinnen und Anwohner schwer belastet waren von dieser Veranstaltung. Meinetwegen soll Berlin es ruhig machen; das Rennen wird jetzt ja wieder zurückverlagert zum Tempelhof. Aber Hamburg ist nicht Berlin.

Das ist eine Sportgroßveranstaltung. Ich wundere mich, dass Sie nicht mit Herrn Kreuzmann gesprochen haben. Wir haben in Hamburg zum Beispiel die Top Ten mit engen Kriterien. Das Formel-E-Rennen fällt nicht darunter. Wir haben, bundesweit anerkannt, die Dekadenstrategie im Sport, in der auch noch nie etwas zum Thema Autorennen erwähnt worden ist.

(Dennis Thering CDU: Das sollten Sie mal aufnehmen!)

– Herr Thering, sprechen Sie erst einmal mit Ihrer eigenen Fraktion darüber.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie verniedlichen in Ihrem Antrag absolut die Auswirkungen so eines Autorennens mitten in der Stadt, und ich frage mich, ob Sie eigentlich einmal mit den Bürgerinnen und Bürgern in Hamburg gesprochen haben.

(Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD)

Haben Sie einmal mit den Menschen im Bezirk Hamburg-Mitte gesprochen, die sowieso schon von Großveranstaltungen massiv belastet sind? E-Mobilität muss gestärkt werden, das ist richtig, aber ein Autorennen ist dafür weiß Gott nicht das richtige Instrument. Es belastet die Anwohner und die Menschen dieser Stadt zu stark und schreckt eher ab, als dass es wirbt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Christiane Schneider (unterbrechend): Frau Blömeke, lassen Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Abgeordneten Thering zu?

Christiane Blömeke GRÜNE (fortfahrend): Nein, lasse ich nicht zu.

(Ralf Niedmers CDU: Wie kann man nur so spaßfrei sein!)

Ihr Schnellschussantrag macht aus dieser Veranstaltung in Berlin noch lange kein Thema in Hamburg. Wir haben kein Interesse an einem Formel-E-Rennen. Man kann E-Mobilität anders bekannt machen. Sie sollten sich erst einmal darüber verständigen, dass wir, die Kollegin sagte es schon, nach Paragraph 29 Straßenverkehrsverordnung in Hamburg überhaupt keine gesetzliche Grundlage für ein Autorennen haben. Das wäre nämlich nicht genehmigungsfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Blömeke. Das war eine Punktlandung. – Ich gebe jetzt das Wort an Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

(Zuruf: So, jetzt aber!)

Heike Sudmann DIE LINKE:* – Genau.

Schönen guten Tag, meine Damen und Herren! Ich muss zugeben, ich bin tief beeindruckt von den Gedankengängen in der CDU. Sie sagen, Sie wollen die E-Mobilität in Hamburg fördern. Ich gehe davon aus, dass wir von der Stadt Hamburg reden. Wir reden von den Stadtstraßen. Ich gehe außerdem davon aus, dass Ihnen bewusst ist, dass wir in der Regel eine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h haben, wenn es nach uns gehen würde, bald 30 km/h.

(Heike Sudmann)

(André Trepoll CDU: Da sind ja Seifenkisten schneller!)

Sie wollen die Formel E in Hamburg haben. Ich weiß nicht, ob Sie wissen,

(Zurufe von André Trepoll CDU)

dass die Formel E Autos mit bis zu 272 PS hat. Diese erreichen innerhalb von drei Sekunden 100 Stundenkilometer. Sie wollen das doch haben, Herr Trepoll. Sie wollen, dass auf der B 73 bei Ihnen die Leute innerhalb von drei Sekunden auf 100 Stundenkilometer sind. Das ist doch völlig absurd. Das ist, ehrlich gesagt, Schwachsinn.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD – Zurufe)

Vielleicht hat Herr Thering gestern zu viel Zeitung gelesen. Irgendwo, ich glaube in Billstedt, wurde ein Porschefahrer mit 205 km/h geblitzt. Wenn das Ihre Vision für Hamburg ist, sind Sie völlig schief gewickelt.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich argumentiere die ganze Zeit sehr anständig, Herr Trepoll. Ich mache es aber für Sie noch einmal etwas einfacher; wenn Sie leise sind, können Sie es auch verstehen.

(Zurufe von André Trepoll CDU)

Leise ist nämlich das nächste Stichwort. 80 Dezibel – Sie schreiben: nur 80 Dezibel. Sie reden von einem Rennen, das mehrere Trainingseinheiten hat und längere Zeit dauert. 80 Dezibel ist laut, und zwar auch laut Umweltbundesamt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das weiß der Fluglärmexperte genau!)

Für Wohngebiete sagen wir, maximal 55 dB(A); ich spreche gerade lauter, weil es sonst bei Ihnen nicht ankommt.

Insofern kann ich sagen, das war ein typisches Kleine-Jungen-Spiel: Ich messe die Quartett-Autos und ich brauche meine Männlichkeit. Das kann man nur ablehnen. – Besten Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Frau Sudmann. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Sie sich auch bei zwei Minuten Redezeit an den parlamentarischen Sprachgebrauch halten. Und ich möchte alle anderen im Raum darauf hinweisen, dass es nicht sinnvoll ist, wenn man die zwei Minuten dadurch verkürzt, dass man so laut dazwischenruft. – Schönen Dank.

Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion, Sie haben das Wort.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt kommt der kleine Junge Schinnenburg! – André Trepoll CDU: Jetzt mal wieder Substanz!)

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren von Rot-Grün, es ist schon schwer mit Ihnen. Nun wollen wir etwas für den Umweltschutz tun und Schadstoffe reduzieren, und Sie sind schon wieder dagegen. Und warum sind Sie dagegen? Weil das Wort Auto auftaucht. Das ist ein typischer Reflex bei Ihnen: Taucht Auto auf, dann sind wir schon einmal dagegen.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei Dr. Ludwig Flocken fraktionslos)

Das ist die primitive Art und Weise, wie Sie vorgehen.

Sie haben eine katastrophal schlechte Bilanz. Herr Thering hat darauf hingewiesen, und ich kann Ihnen noch ein paar andere Zahlen nennen. Sie haben Ihre eigenen Ausbauziele – Ihre eigenen – bei der E-Mobilität nicht einmal andeutungsweise erreicht. Sie haben nur die Hälfte der sich selbst vorgenommenen Ladestationen erreicht, das nur als Beispiel. Sie haben im öffentlichen Fuhrpark gerade einmal 8 Prozent E-Autos oder Hybridautos vorzuweisen, einzig bei den Senatsautos sind es fast die Hälfte. Das dient aber auch nur der Täuschung der Öffentlichkeit, weil die besonders angeguckt werden. Kurz gesagt: Sie haben dringend Nachhilfe bei der Förderung von alternativer Autoantriebstechnologie nötig.

Was ist das Problem mit den E-Autos? Es gibt Vorurteile. Das eine ist: Die können nicht so schnell fahren. Und das zweite ist: Sie reichen nicht so weit. Und dann gibt es eine Möglichkeit, die Formel E, zur Verbesserung dieses Images, und wie ist der rot-grüne Reflex? Natürlich "Wir sind dagegen", und das ist einfach unzulänglich. Das kann man nicht machen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich finde die Initiative der CDU grundsätzlich gut.

Eine kurze Bemerkung noch, Herr Thering. Ihr Titel hat mich auch ein wenig verwirrt. "Turbo" – als jemand, der als kleiner Junge viel mit Autos gespielt hat, darf ich Ihnen sagen: E-Autos haben keinen Turbolader. Diese kleine Bemerkung müssen Sie sich schon anhören. Und ein zweiter Punkt: Sie loben die Kaufprämie, die Ihre Bundesregierung eingeführt hat. Die ist Unsinn. Aber davon einmal abgesehen ist die Initiative der CDU gut. Man muss die Einzelheiten prüfen. Wenn Rot-Grün dagegen ist, werden sie weiterhin herumwurschteln und nichts für moderne Mobilität tun. Schämen Sie sich. – Vielen Dank.

(Dr. Wieland Schinnenburg)

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Dr. Alexander Wolf AfD*)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Dr. Schinnenburg. – Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion, Sie haben das Wort.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin! Für eine neue Technik oder Entwicklung die richtige Weichenstellung zu finden ist nicht immer leicht. Das gilt aber nicht für die E-Mobilität. Der Antrag stellt fest, dass der mangelnde Ausbau der Infrastruktur die E-Bremse ist, und der Bremser ist die SPD-GRÜNEN-Regierung. Beide Feststellungen sind richtig. Neue Technik muss zuverlässig und bezahlbar ihren Zweck erfüllen, um in Masse Anwendung zu finden – und das ist es, was wir wollen. Zur Zweckerfüllung gehört als Erstes, eine ausreichende Infrastruktur zu schaffen. 592 Ladepunkte sollten im öffentlich zugänglichen Raum für circa 4 900 E-Mobile bis August 2016 laut Ihrem Masterplan errichtet worden sein. Bei der prognostizierten Zahl an E-Mobilen ist man laut Kraftfahrtbundesamt schon sehr dicht herangekommen. Hingegen ist das Ziel bei den Ladestationen vollständig verfehlt worden. Als der Masterplan entwickelt wurde, gab es bereits 138 Ladestationen, 454 hätten es im August 2016 sein sollen. Laut einer Schriftlichen Kleinen Anfrage waren es aber nur 287. Statt 454 Stationen wurden in zwei Jahren also nur 149 betriebsbereit fertiggestellt. Das ist schwach. Für die Nutzer von E-Mobilen ist die Zweckerfüllung daher nur bedingt gegeben. Fazit: Der Kunde hat trotz suboptimaler Rahmenbedingungen sein Soll erfüllt. Die Akzeptanz stimmt – das sehen wir anders als die CDU. Die Regierung hat aber wie beim P+R-Konzept ihr selbst gestecktes Ziel nicht erreicht. Das Problem liegt also am politischen Willen, am zu geringen Mitteleinsatz oder an beidem.

Der Antrag bietet jetzt eine Chance, die gute Akzeptanz noch weiter zu erhöhen, eine Sache sexy zu machen. Wir wissen alle, eine Sache in sexy verkauft sich viel besser als in unsexy. Das gilt für Waren, Entwicklung, und ich habe mir sagen lassen, es soll sogar für Parteien gelten. Dass Hamburg so etwas kann, zeigt seit 17 Jahren das Stadtpark-Revival: tolle Stimmung, starkes Zuschauerinteresse, ein Gewinn für unsere Stadt. So beliebt und für den Gedanken der E-Mobilität förderlich kann auch ein in Hamburg

(Glocke)

ausgetragenes E-Rennen sein. Wir unterstützen den Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Ehlebracht. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte sich dem Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 21/7800 Neufassung anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 30, Drucksache 21/7796, Antrag der CDU-Fraktion: Industrie- und Gewerbegebiete Hamburgs entwickeln – Zukunftsvertrag für Hamburg beschließen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Industrie- und Gewerbegebiete Hamburgs entwickeln – Zukunftsvertrag für Hamburg beschließen
– Drs 21/7796 –]**

**[Antrag der AfD-Fraktion:
Die Zukunft Hamburgs hört nicht an der Stadtgrenze auf
– Drs 21/7960 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Flächenmanagement und -entwicklung für Gewerbe und Industrie fortsetzen
– Drs 21/7965 –]**

Hierzu liegen Ihnen als Drucksache 21/7960 ein Antrag der AfD-Fraktion sowie als Drucksache 21/7965 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN vor.

Die Fraktion DIE LINKE möchte die Drucksache 21/7796 federführend an den Stadtentwicklungsausschuss sowie mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen, die CDU-Fraktion lediglich an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es sich auch bei dieser Debatte um eine Kurzdebatte handelt, Sie haben also das Wort jeweils für zwei Minuten. Wer begehrt es? – Herr Westenberger von der CDU-Fraktion, Sie haben es.

(Zurufe: Westenberger!)

– Entschuldigung. Herr Westenberger von der CDU-Fraktion, Sie haben das Wort.

Michael Westenberger CDU: Na, das ist doch großartig, dass mittlerweile viele schon meinen Namen aussprechen können; innerhalb der eigenen Partei, kann ich verraten, sind es noch nicht alle.

(Heiterkeit bei der SPD)

(Michael Westenberger)

Im Vertrag für Hamburg ist festgelegt, dass die Bezirke bei jeder erteilten Baugenehmigung für Wohnungsbauvorhaben einen geldwerten Vorteil bekommen, um einen Anreiz zu haben, möglichst viele Baugenehmigungen zu erteilen. Für gewerbliche Baugenehmigungen fällt ein solcher Anreiz aus, und ich finde – nicht nur, weil wir den Begriff "sexy" heute schon gehört haben –, den Bezirken sollte ein enormer Anreiz dafür gegeben werden, um auch im Bereich Gewerbe Baugenehmigungen zu erteilen.

Ich nehme Sie einmal mit auf einen kurzen Ausflug zu dem, was unsere kommunalen Kolleginnen und Kollegen tagtäglich vor sich haben. Über die Hälfte des hamburgischen Staatsgebietes ist nach der Baupolizeiverordnung 1938 oder nach dem Bauplanungsgesetz von 1892 noch mit altem Baurecht überplant. Das heißt, nahezu jede zweite Baugenehmigung, auch für Gewerbe, ist Planersatz und bedarf einer erheblichen Befreiung von den Festsetzungen eines Bebauungsplans. Das muss in der Regel an runden Tischen oder in Arbeitsgruppen gemeinsam mit der örtlichen Bevölkerung erledigt werden. Und wenn es schon schwierig genug ist, ein Vorhaben mit 30, 40 Wohnungen umzusetzen, ist es umso schwieriger, eine neue Baugenehmigung für eine große Lagerhalle oder einen großen Gewerbebetrieb umzusetzen. Hier hat der Vertrag für Hamburg meines Erachtens einen elementaren strukturellen Fehler. Den heißt es, heute in Ordnung zu bringen.

Ich hatte mich so gefreut auf das Lesen des Antrags der SPD-Fraktion, aber ich muss wirklich sagen, von Seite zu Seite wurde meine Enttäuschung größer; ich hoffe, dass der Redebeitrag des Kollegen Wagner gleich umso besser ist. Aber ich gebe Ihnen eine Chance: Mein Antrag ist großartig. Sie haben die Möglichkeit, ihm heute zuzustimmen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der SPD)

– Herr Dressel ist außer sich vor Freude.

Wir sehen uns alle im Wirtschaftsausschuss wieder. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Westenberger. – Jetzt hat das Wort Herr Wagner von der SPD-Fraktion.

Hauke Wagner SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Die Versorgung der Wirtschaft mit Gewerbe- und Industrieflächen bildet einen Schwerpunkt der rot-grünen Wirtschaftspolitik: Wir haben den Masterplan Industrie fortgeschrieben, eine AG Flächenmanagement gegründet, zentrale Ansprechpartner bei der hamburgischen Wirtschaftsförderung und der HPA benannt,

das Bündnis für den Mittelstand gestärkt, im Masterplan Handwerksflächen für Handwerksbetriebe ausgewiesen, durch eine rot-grüne Bürgerschaftsinitiative eine erleichterte Flächengabe erreicht, die Datenbank der HWF für suchende Betriebe nutzbar gemacht, einen Kompetenzbereich Gewerbehöfe bei der Sprinkenhof GmbH eingerichtet, Forschungs- und Innovationsparks initiiert, das Leitprogramm "Ausbau der Zusammenarbeit in der Gewerbeflächenentwicklung der Metropolregion Hamburg" vorgelegt, ein Gewerbeflächen-Monitoring in der Metropolregion auf den Weg gebracht, auf der Bauministerkonferenz 2015 die Großstadtstrategie vorgelegt, die Bezirke mit der Aufstellung von bezirklichen Gewerbeflächenkonzepten beauftragt – und mit dem Förderfonds Bezirke verfügt Hamburg bereits über ein funktionierendes Anreizsystem, liebe Kollegen von der CDU.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

– Leute, wir haben nicht so viel Zeit.

Außerdem haben wir das interregionale Modellprojekt Viktoriapark in Rahlstedt und Stapelfeld auf den Weg gebracht. Und die Bezirkskollegen von der CDU? Die engagieren sich mit vollem Einsatz volles Pfund dagegen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Schlimm! Schlimm!)

Wenn Sie wirklich einen konstruktiven Beitrag für Industrie und Gewerbe leisten wollen, motivieren Sie Ihre Kollegen in Wandsbek dazu,

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Aber nicht im Landschaftsschutzgebiet!)

diesem wunderbaren Projekt zuzustimmen. Das wäre ein wirklicher Beitrag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Un to'n Sluß: Dor hört mehr to to'n Ganzen as bloß so'n billigen Andrag. – Veelen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Wagner. – Ich entnehme der Tatsache, dass Sie aufgestanden sind, dass Sie jetzt gern das Wort gern hätten, Herr Duge. Sie bekommen es für zwei Minuten.

Olaf Duge GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Westenberger, der Antrag, den Sie stellen, verspricht viel in der Titulierung, aber er ist so hohl, wie er vorn Versprechungen macht. Was Sie hier bringen, nennt man eine Mogelpackung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie sprechen von einem Zukunftsvertrag. Das ist schon das Erste, das ist wie ein weißer Schimmel; einen Vergangenheitsvertrag kenne ich eigentlich

(Olaf Duge)

nicht. Deswegen ist die Formulierung, die Sie dann benutzt haben – "Vertrag für Hamburg" – die richtige. Und aus dem Vertrag für Hamburg ist von Ihnen auch zitiert worden. Schaut man sich Punkt 9 im Vertrag für Hamburg an, dann sieht man, dass es Punkt 9 gar nicht gibt. Das ist genauso hohl. Da steht nichts, jedenfalls nicht im Vertrag für Hamburg, den wir 2016 mit den Bezirken beschlossen haben. Hätten Sie einmal genau darauf geschaut, dann hätten Sie bemerkt, dass Sie den Vertrag für Hamburg von 2011 genommen haben. Wenn Sie den gelesen hätten, müsste Ihnen aufgefallen sein, dass dort noch 6 000 Wohneinheiten standen, während wir jetzt 10 000 Wohneinheiten haben, und dass dort noch die BSU stand und nicht die BSW. Da sind Sie also schon ziemlich hinterher.

Herr Wagner hat, glaube ich, eben sehr deutlich gemacht, dass wir inhaltlich viel weiter sind und sehr viele Sachen im Gewerbebereich voranbringen, die Sie längst noch nicht auf dem Schirm haben. Im Gegenteil, die CDU macht sich in Rahlstedt vom Bock zum Gärtner. Sie reden dem Gewerbegebiet das Wort und verhindern es vor Ort, indem Sie dort dagegen angehen. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von *Dennis Thering CDU*)

Deswegen haben wir unseren Zusatzantrag sehr ausführlich gestaltet. Dort können Sie nachlesen, wie gute Politik aussieht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Christiane Schneider: Vielen Dank, Herr Duge. – Herr Jersch von der Fraktion DIE LINKE, Sie haben das Wort.

Stephan Jersch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wenn der Antrag sicherlich einige wichtige Themen anspricht, hat er doch Schwächen – ich sage einmal: alles bis auf den letzten Absatz. Ein Antrag mit dermaßen viel Herleitung hat inhaltlich in der Tat ein Problem. Er stellt keine Lösungen für die aktuellen Probleme, was Industrie- und Gewerbegebiete in der Hansestadt angeht, dar. Er gibt keine Lösungsansätze zur Flächenkonkurrenz. Er beschreibt kein zukunftsweisendes Konzept.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Statt Lasten und Aufgaben bei Industrie- und Gewerbeansiedlungen in der Metropolregion zu verteilen, was nicht einmal dieser Senat schafft, und das im Antrag zu thematisieren, wird einfach nur auf alte Instrumente für alte Ziele hingewiesen. Das kann nicht wirklich das Ziel einer auf die Zukunft ausgerichteten Gewerbe- und Industrieansiedlungspolitik sein. Wir brauchen eine Abkehr von zentralistischem Denken. Nicht mehr alle Wege führen nach Rom, sondern wir sind eine vielfäl-

tige Gesellschaft. Wir sind größer als die Hansestadt Hamburg, wir sind eine Metropolregion, und so sollte diese Politik aufgestellt sein.

Nichtsdestotrotz ist dieser Antrag natürlich wichtig, um an die Grundthemen und vielleicht auch einmal an eine neue Aufstellung der Industrie- und Gewerbeansiedlungspolitik in Hamburg zu gehen. Deswegen sprechen wir uns für eine Überweisung an den Ausschuss und eine weitere Diskussion aus, werden dem Antrag aber in der Sache so nicht zustimmen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Kruse von der FDP-Fraktion.

Michael Kruse FDP: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich inhaltlich mit dem Antrag der CDU-Fraktion auseinandersetzt, dann kann man sicherlich zu der einen oder anderen Kritik, die eben auch vorgetragen wurde, kommen. Aber ich finde insgesamt, dass man dem vorliegenden Überweisungsbegehren schon folgen könnte, denn die Grundintention des Antrags ist richtig. Wie die Vertreter von SPD und GRÜNEN an den Haaren Argumente herbeiziehen, um sogar eine Überweisung ablehnen zu können, ist wiederum bemerkenswert, denn wir haben hier eine ganze Menge Probleme.

Erstens: Der einheitliche Ansprechpartner, den Sie uns versprochen haben, den wir als Zielstellung natürlich teilen und immer wieder einmal von Ihnen eingefordert haben, zuletzt in einem Antrag im April 2015 – wo ist er denn? Er ist nach wie vor nicht eingerichtet.

Zweitens zur Umsetzung des Prinzips "One Face to the Customer". Auch hier warten wir auf Ihre Arbeitsergebnisse.

Drittens: Das Thema Flächenknappheit insgesamt. Ich nehme einmal als Beispiel die Boom-Branche Logistik; anders als andere Branchen boomt diese wenigstens. Wo sind die großen entwickelten Flächen? Sie haben sie nicht; die letzte große Fläche haben Sie gerade vergeben – das ist auch in Ordnung –, die Fläche in Neuland. Sie haben die Flächen nicht. Also, wo ist Ihr Flächenentwicklungskonzept? Fehlanzeige. Die Knappheit der Flächen im Hafen wird immer größer. Wo sind Ihre neuen Flächen?

Kooperation in der Metropolregion ist das nächste Thema. Dazu kommt gar nichts. Alle zwei Wochen gibt es irgendeine Pressemitteilung von der Senatspressestelle, dass wir in der Metropolregion etwas machen, aber wenn man konkret nachfragt, welche Flächen denn jetzt in die Metropolregion vergeben wurden oder wo die Nachbarwirtschaftsförderer an Hamburg herangetreten sind und gesagt haben, nehmt doch bitte diese Fläche oder

(Michael Kruse)

diesen Kunden, dann geschieht in diesem Bereich nichts.

Zuletzt: Die Zielzahlen der HWF. Auch da bleiben wir deutlich hinter den Zielen zurück.

Deswegen haben Sie noch eine Menge zu tun, und wenn wir das nicht über diesen Antrag lösen, dann werden wir es über eine separate Befassung im Ausschuss lösen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Ralf Niedmers CDU*)

Präsidentin Carola Veit: Herr Ehlebracht von der AfD-Fraktion bekommt das Wort, ebenfalls für maximal zwei Minuten.

Detlef Ehlebracht AfD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Den Wohnungsbau mit geeigneten Mitteln und Zielvorgaben zu betreiben, ist notwendig, dafür mit verbindlichen Inhalten ausgestaltete Bündnisse einzugehen, ist legitim. Auch wenn einzelne Punkte strittig sind, ist es sinnvoll, dies zu unterstützen; das tun wir.

In Ihrem vorliegenden Antrag fordern Sie, über all den Aktivitäten hinaus, die derzeit im Wohnungsbaubereich stattfinden, die Unternehmensförderung, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung und Etablierung vorhandener und neuer Industrie- und Gewerbeanlagen, nicht zu vernachlässigen. Sie erwähnen dabei, dass eine diesbezügliche Förderung für eine stetige Entwicklung der Wirtschaft in unserer Stadt und der Metropolregion Voraussetzung ist. Das ist alles richtig, findet sich dann aber nicht ganz so in Ihrem Petitum des Antrags wieder, da die Metropolregion mit keinem Wort erwähnt und damit ausgegrenzt wird. Gerade im Hinblick auf den begrenzten Raum in Hamburg, dem Bemühen, Pendlerströme einzudämmen oder gar umzukehren, der zunehmenden und teilweise bereits nicht mehr hinnehmbaren Verdichtung in Hamburg und ...

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Ehlebracht, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Westenberger?

Detlef Ehlebracht AfD:* In meinen knappen zwei Minuten? Dann mal zu.

Zwischenfrage von Michael Westenberger CDU: Sehr geehrter Herr Kollege Ehlebracht, teilen Sie meine Verwunderung darüber, dass Sie für die Erteilung von Baugenehmigungen für gewerbliche Nutzung auch außerhalb Hamburgs Mittel des Hamburger Haushalts verwenden möchten? Mit welchem Haushaltstitel in welchem Einzelplan wol-

len Sie dieser Mittelverwendung strukturell eine neue Rechtsgrundlage schaffen?

Detlef Ehlebracht AfD (fortfahrend):* Wir haben dafür Ausschüsse, in denen wir so etwas besprechen können. Wir sind hier als Ideengeber, so verstehe ich uns; solche Sachen müssen als Ideen in den Ausschüssen im Detail behandelt werden.

(Beifall bei der AfD)

Wo war ich stehengeblieben? Genau: Wir haben eine zum Teil nicht mehr hinnehmbare Verdichtung in dieser Stadt und dafür große Freiflächen im Umland. Deren Erschließung muss stattfinden. Dies auch unter dem Aspekt – um damit eine Antwort auf Ihre Frage zu geben –, dass dadurch bestimmte steuerliche Einnahmen bei der Realisierung neuer Gewerbeflächen außerhalb der Stadt nicht in Hamburg generiert werden. Ja, das ist so. Dazu stehen wir auch. Wir beantragen daher mit unserem vorliegenden Zusatzantrag, gemeinsam mit Partnern aus der Metropolregion den Zukunftsvertrag zu entwickeln und auch und insbesondere Flächen außerhalb der Stadtgrenzen in diesen Vertrag einzubeziehen. Wir möchten, dass Wege gefunden werden, dass es möglich ist, dem Vertrag zugrunde liegende Fördermaßnahmen dann auch diesen Projekten zu gewähren.

Und noch ein abschließendes Wort: So sieht ein Zusatzantrag aus, kurz, knapp, auf einer Seite. Das hier ist eine vorbereitete taktische Maßnahme,

(Glocke)

um die Opposition auszubremsen. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Warnholz von der CDU-Fraktion bekommt das Wort.

(*Dorothee Martin SPD:* Rahlstedt! Vorwärts!)

Karl-Heinz Warnholz CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Westenberger schreibt einen Antrag, der die Bezirke bei der Ansiedlung von Gewerbe unterstützen will, und Sie versuchen mit diesem Antrag, in diesem wundervollen Gebiet Gewerbe anzusiedeln. Es ist Landschaftsschutzgebiet. Sie sollten sich die Karte und die Örtlichkeit einmal anschauen. Was hier entstehen soll, ist ein Skandal.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Es war die CDU, die die Rahlstedter Wirtschaftsachse vor Jahren geschaffen hat. – Ich habe nur zwei Minuten. – Nun versucht die SPD ebenfalls, ein neues ...

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Warnholz, das wird nicht auf Ihre Redezeit angerechnet. Deswegen gestatten Sie mir die Frage – Sie sehen, die Uhr läuft nicht weiter –, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wagner gestatten.

Karl-Heinz Warnholz CDU (fortfahrend): Nein, Herr Abgeordneter, keine Zwischenfragen, weil ich nur zwei Minuten habe.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Heiterkeit)

Nun versucht die SPD ebenfalls, ein neues Gewerbegebiet in Rahlstedt zu schaffen, und will – ich wiederhole – im Landschaftsschutzgebiet bauen.

(*Ekkehard Wysocki SPD*: Sie waren doch für das Logistikzentrum!)

Dafür gibt es weder in der Bevölkerung vor Ort eine Mehrheit noch eine einheitliche Haltung; man sieht ja, wie die SPD in Rahlstedt und in Wandsbek unruhig wird.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ich sehe hier im Moment nur einen Unruhestifter!)

Also lassen Sie dieses Ablenkungsmanöver und stimmen Sie unserem Antrag zu. Den Antrag des Kollegen Westenberger sehen Sie schon bald wieder,

(Glocke)

denn er ist für gute Anträge bekannt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, das Wort hat Senator Horch.

Senator Frank Horch: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Wirtschaftspolitik hat die Versorgung mit Gewerbe- und Industrieflächen für den Senat – ich glaube, das hat sich herumgesprochen – eine sehr hohe Bedeutung. Im Masterplan Industrie haben wir mit unseren Partnern, der Handelskammer Hamburg und dem Industrieverband Hamburg, 100 Hektar gewerblichen Flächenpotenzialen entsprechend eine Reservierung und eine Vorhaltung aufgegeben. Aktuell gleichen wir behördenintern den diesbezüglichen Stand miteinander ab. Zum Ergebnis der Flächenpotenziale insgesamt erwarten wir Ende März/April dieses Jahres eine entsprechende Vorlage. Auch im Masterplan Handwerk hat sich der Senat deutlich zu einer besonderen Flächenthematik für Handwerksbetriebe in der Stadt positioniert. Die Sprinkenhof GmbH wiederum nimmt sich der Gewerbehöfe an und hat hierfür eine neue Abteilung gegründet, um die Zuständigkeiten klar zu definieren. Im vergangenen Monat fand im Offa-

kamp der erste Spatenstich für den Handwerkerhof MEISTERMEILE statt. Der Senat unterstützt mit diesem Beispiel aktiv die Entwicklung weiterer Gewerbehöfe, auch von privaten Entwicklern, die uns dazu Vorschläge unterbreiten.

(Zurufe von der CDU)

Für Ausgründungen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird der Senat zunächst mit den Bezirken Altona, Bergedorf und Harburg drei Forschungs- und Innovationsparks entwickeln und definieren. Durch dieses attraktive Angebot können forschungsintensive Start-ups wichtige Synergien, auch in der Zusammenarbeit mit den Hochschulen und den Forschungseinrichtungen, erzielen.

Die Bezirke spielen bei der Umsetzung der Flächenpolitik des Senats eine wesentliche Rolle, weil sie nah dran sind am Geschehen. Mit der Fortschreibung der bezirklichen Gewerbeflächenkonzepte leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Flächenpolitik des Senats. Die Ansätze für eine Flächenpolitik in der Metropolregion sind für die Zukunft, wenn wir uns dies vor Augen führen, unverzichtbar.

Es besteht das klare Einvernehmen zum Erhalt von Gewerbeflächen. Die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner benötigen für die künftigen Flächen diese Voraussetzung ebenso wie die erforderlichen Arbeitsplätze. Der Erhalt und die Schaffung von Gewerbeflächen ist eine stetige und unverzichtbare Aufgabe des Senats. Die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Behörden, den Kammern und den weiteren Akteuren ist hierbei, wie es sich bewiesen hat, ein Schlüssel zum Erfolg, Flächenangebote für unterschiedliche Nutzergruppen zu entwickeln und dabei stets – das ist die große Herausforderung – diese Entscheidung zwischen Wohnungsbau, Gewerbeansiedlung und Naturschutz richtig auszubalancieren. Somit kann ich abschließend festhalten: Der Senat betreibt eine aktive, erfolgreiche Flächenpolitik für Gewerbe und Industrie. Aus diesem Grunde ist ein besonderer Vertrag hierfür nicht erforderlich.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Vielen Dank. Das waren genau drei Minuten. Das halte ich für einen ersten Senatsbeitrag in der Kurzdebatte für anständig, wenn ich das einmal sagen darf.

(Beifall bei der SPD, der FDP und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Das Wort wird begehrt von Herrn Duge. Oder möchte Herr Wagner sprechen? Dann bleiben wir in der Reihenfolge. – Bitte, Herr Wagner.

Hauke Wagner SPD:* Sehr geehrter Herr Warnholz, was Sie hier machen, ist Klamauk, und zwar richtig heftiger Klamauk. Die Presse hat dokumentiert, wie Sie auf dem Aussichtsturm der Müllverbrennungsanlage Stapelfeld stehen und Visionen für einen großen Logistikpark hatten – im Übrigen auf genau den Flächen, auf denen jetzt für kleinteiliges Gewerbe unsere Initiativen umgesetzt werden für das, was im Viktoriapark entstehen soll. Und Sie reden hier ernsthaft von Umweltschutz?

(Dennis Thering CDU: Das kennen Sie nicht!)

Das ist ein bisschen so, wie die CDU in Wandsbek Politik macht: Zunächst einmal etwas anschieben, dann die Pferde wechseln und sich hinterher auf die Seite der verbliebenen Gegner stellen.

(Dennis Thering CDU: Wo denn? Wo denn zum Beispiel?)

– Na ja, das diskutieren wir im Detail. Aber das ist ein richtig gutes Beispiel.

(Zuruf: Tolles Beispiel! Großartig!)

– Wir sind doch gerade beim Thema Viktoriapark, oder? Nun müssen wir auch dabei bleiben. Es geht genau darum,

(Zurufe von der CDU)

dass es Presseberichtserstattung dazu gibt, dass Sie diese Vision für einen Logistikpark an eben diesem Standort hatten.

(Zurufe von der SPD und der CDU)

– Ja, und jetzt interessiert Sie Ihre Meinung nicht mehr?

Es gibt Beteiligungsverfahren, die auf alle möglichen Foren ausgeweitet wurden, wo sich alle einbringen können und umfangreich Gespräche stattfinden, im Übrigen zur Not auch mit Ihnen, wenn Sie dort nur vorbeikämen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Duge von der GRÜNEN Fraktion, Sie haben das Wort.

Olaf Duge GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Warnholz, lammfromm wie ein Wolf im Schafspelz. 2007 – ich war in der Bezirksversammlung, ich kann das noch sehr gut erinnern –

(Dennis Thering CDU: Können wir auch!)

hat die CDU ein Gewerbegebiet von Rahlstedt ausgehend nach Osten verlangt und Sie waren mit von der Partie. Jetzt stehen Sie hier und tun so, als seien Sie – ich hatte es vorhin schon gesagt – der Gärtner. Sie sind der Bock, der sich zum Gärtner macht.

Wir haben gesagt: Wir wollen keinen Logistikpark haben, sondern wir wollen hier vernünftiges, produktives Gewerbe haben, flächeneffizient, mit Handwerkern und anderen Betrieben, die entsprechend Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen Ausgleich schaffen und sind deswegen – auf die Idee sind Sie gar nicht gekommen – das erste Mal mit der Gemeinde Stapelfeld eine Kooperation eingegangen, die sehr gut läuft. Es gab eine Bürgerveranstaltung mit geschätzt 200 Bürgern. Der Bürgermeister aus Stapelfeld war dabei. Es gab viele interessante Anregungen, wie der Bevölkerung durch die Flächen, die weiterentwickelt werden Freizeitmöglichkeiten geboten werden können, zum Beispiel durch die Entwicklung einer Biotopachse. Es sind viele Vorschläge gemacht worden. Ich fand sehr konstruktiv, was dort eingebracht worden ist, und ich glaube, das ist der richtige Weg. Wir nehmen die Bürger mit und wir schaffen ihnen Möglichkeiten, das, was sie an Wünschen und Bedürfnissen vor Ort haben, weiterzuentwickeln.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Westenberger von der CDU-Fraktion.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sag du doch mal, dass du dafür bist!)

Michael Westenberger CDU: Nun sieht man, was man anrichtet, wenn man am Thema vorbei einen Antrag schreibt. Das geht voll auf deine Kosten, lieber Kollege Dressel.

(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

– Doch, doch, doch.

Es ist ein guter Antrag, den Vertrag für Hamburg fortzuschreiben. Jetzt sind wir schon bei Gartenanlagen, sonstigen Geräten und Schafen, die irgendwo in der Wildnis herumlaufen, gelandet.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist so einfach: den Vertrag für Hamburg fortzuschreiben. Wir erleben doch gerade, wie schwierig es ist, Gewerbe anzusiedeln. Wobei, das muss ich schon sagen, sowohl die CDU- als auch die SPD-Fraktion in der Regel einen relativ guten Job in der Freien und Hansestadt macht, wenn es um die Bezirksfraktionen geht. Sie übernehmen dort auch für Gewerbeansiedlungen durchaus Verantwortung.

Wir sehen, wie schwierig es ist – es ist sehr emotionsgeladen –, den richtigen Standort zu finden. Und dann zu sagen, lieber Senator, wir schreiben den Vertrag für Hamburg nicht fort,

(Zuruf von Dirk Kienscherf SPD)

und nicht einmal 250 Euro für eine Baugenehmigung für gewerbliche Ansiedlungen zu zahlen – mir

(Michael Westenberger)

fehlt die Fantasie, wie Sie nachher glücklich nach Hause gehen können. Dieser Antrag, den ich geschrieben habe, soll eine Lücke schließen.

(Dirk Kienscherf SPD: Der war doch fehlerhaft von vorne bis hinten!)

Er soll eine Lücke schließen und die Kolleginnen und Kollegen in den Bezirksversammlungen und die Stadtplanungsämter und Bauprüfämter in den Bezirken reizvoll motivieren, indem sie etwas für die lange Zeit an Arbeit bekommen, die es zum Teil an runden Tischen braucht – drei, vier Jahre dauert so eine Baugenehmigung möglicherweise, wenn man Planersatz hat –, um eine Genehmigung zu erteilen. Sie sind aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage – ich glaube, es geht um die Farbenlehre –, mit diesem Antrag eine solche Lücke in dem Vertragswerk zu schließen. Stattdessen toben wir uns jetzt in der Planungshoheit der Bezirke aus.

Ich glaube, der Bebauungsplan gehört nach Wandsbek. Dort gibt es hervorragende Leute, wahrscheinlich aller Fraktionen, die darüber reden können. Ich glaube nicht, dass das schon in diese Debatte um die Fortschreibung des Vertrags für Hamburg gehört.

Jetzt habe ich noch sieben Sekunden und darüber freue ich mich.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Zunächst bekommt Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir können es kurz machen: Was nicht geht und was wir Ihnen nicht mehr durchgehen lassen, ist, dass Sie in den Bereichen Wohnungsbau und Gewerbeflächenentwicklung große Konzepte machen – alles muss mehr, mehr und mehr sein und es reicht alles nicht –, und dann wird vor Ort von Ihnen bekämpft und blockiert. Diesen Widerspruch lassen wir nicht mehr durchgehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kollege Wagner hat es eben schon gesagt: Es gab vorher Planungen. Diese haben sich jetzt sogar eher in die Richtung verändert, Kompromisse zwischen den Aspekten des Natur- und Landschaftsschutzes und der Gewerbeentwicklung zu finden. Eine Partei, die von sich sagt – das geht jetzt an den Fraktionsvorsitzenden –, man wolle sich wieder um die Wirtschaft kümmern und vorn mit dabei sein, und dann vor Ort Gewerbeentwicklung bekämpft, das passt nicht zusammen.

(Jörg Hamann CDU: Landschaftsschutzgebiet!)

Diesen Widerspruch müssen Sie in Ihrer Fraktion aufklären. Wir sind sehr gespannt, wie Sie abstimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Bevor wir abstimmen, bekommt erneut Herr Warnholz von der CDU-Fraktion das Wort.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt muss er sich entschuldigen für damals!)

Karl-Heinz Warnholz CDU: Ich könnte jetzt, wenn Sie es gestatten, Frau Präsidentin, sagen: Bläh, bläh. Aber das mache ich nicht; ich bin kein Schaf.

Mein Damen und Herren, was hier gemacht wird, ist nicht fair.

(Beifall bei der CDU und bei *Dirk Nockemann AfD*)

Vor gut zehn Jahren regierte die CDU unter Ole von Beust. Vor gut zehn Jahren boomte im Gegensatz zum heutigen Tag der Hafen. Und da hat sich die Rahlstedter CDU, auch der Kreisverband Wandsbek, bereit erklärt, über Gewerbeflächen im Raum Rahlstedt/Stapelfeld nachzudenken, Stichwort Container und Anbindung Stapelfeld – ich möchte jetzt keine Zwischenfragen gestatten –,

(Heiterkeit)

um den Hamburger Hafen zu entlasten. Das war vor zehn Jahren. Heute reden wir von 27 Hektar Landschaftsschutzgebiet;

(Dennis Thering CDU: Das kennen die GRÜNEN nicht mehr!)

wer die Bedeutung nicht kennt, schaue einmal in den Duden. Es ist schlimm, was dort geschehen soll.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben damals von 5 Hektar Erdbeerfeld gesprochen. Es ist schon sehr interessant, wenn man sich den Antrag der SPD anschaut. Meine Kollegen aus Rahlstedt haben sich nicht mit Namen in diesen Antrag eintragen lassen. Hört, hört, Leute. Das hat sicherlich Gründe.

(Beifall bei der CDU)

Kommen wir zu Ihrem Vorwurf Stichwort "vor Ort". Wir sind nicht gegen Gewerbe, wir sind nicht gegen Industrie

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber da nicht!)

und wir sind auch nicht gegen Wohnungsbau.

(Zurufe von der SPD)

Aber wir sind gegen Bauten in einem Landschaftsschutzgebiet. Ich habe in den vergangenen Monaten mehrere Schriftliche Kleine Anfragen gestellt.

(Karl-Heinz Warnholz)

Haben Sie sich diese Anfragen einmal angesehen, haben Sie bemerkt, was das für ein Biotop ist, das in einem Landschaftsschutzgebiet liegt? Das, was hier entsteht, ist eine Sünde, und ich kann Ihnen sagen, die Rahlstedter werden das nicht mitmachen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Herr Buschhüter von der SPD—Fraktion bekommt das Wort.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Da die Rahlstedter Abgeordneten eben ausdrücklich angesprochen wurden, möchte ich klarstellen, dass die drei Rahlstedter SPD-Abgeordneten – wir haben immerhin drei von vier Mandaten in Rahlstedt gewonnen, vielleicht sollte man das an dieser Stelle einmal erwähnen –

(Beifall bei der SPD – *Jörg Hamann CDU:* Die verlieren Sie auch wieder!)

zu 100 Prozent hinter diesem Antrag stehen.

Herr Warnholz, wenn Sie so tun, als seien Ihre Überlegungen, das eigene Ins-Gespräch-Bringen dieser Fläche für ein Gewerbegebiet, schon zehn Jahre her und als hätte sich seitdem nichts getan, ist das wirklich unredlich. Herr Wagner hat uns eben etwas von der Müllverbrennungsanlage erzählt. Überall entstehen neue Gewerbegebiete in Stormarn und in Hamburg nicht und überall gehen die Steuereinnahmen für uns verloren – das waren Ihre Worte, und die sind nicht zehn Jahre alt, sondern noch nicht einmal drei. Da lief die Untersuchung zu dem neuen Gewerbegebiet Viktoriapark/Minervapark schon längst. Sie haben sich erst vom Acker gemacht, als der Wind etwas rauher wurde, und das ist das, was wir Ihnen vorwerfen: Sie fordern immer wieder neu und mehr Gewerbe, mehr Wohnungsbau, und wenn es konkret vor Ort wird, sind Sie immer dagegen

(*Jörg Hamann CDU:* Wir sind nur gegen Ihre Fehler!)

und versuchen sich einen weißen Fuß zu holen. Aber so funktioniert es nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Wird weiterhin das Wort gewünscht? Es wäre bei allen noch Redezeit vorhanden. – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Ich frage zunächst, wer den Antrag der CDU-Fraktion, also Drucksache 21/7796, federführend an den Stadtentwicklungsausschuss und mitberatend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen möchte. – Wer möchte das

nicht? – Enthaltungen? – Dann ist dieses Überweisungsbegehren nicht erfolgreich.

Wer möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab und beginnen mit dem Zusatzantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 21/7960.

Wer schließt sich diesem an? – Wer nicht? – Und wer enthält sich? – Dann ist das mit größerer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Ursprungsantrag der CDU-Fraktion, Drucksache 21/7796.

Wer stimmt diesem zu? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag nunmehr abgelehnt.

Wir kommen zum Zusatzantrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN, Drucksache 21/7965. Die Fraktionen der FDP und der AfD möchten hier gern ziffernweise abstimmen.

Ich frage also zunächst nach den Ziffern 1, 4 und 5. Wer möchte ihnen zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte auch Ziffer 2 annehmen? – Auch hier die Gegenprobe. – Und die Enthaltungen? – Dann ist auch Ziffer 2 so beschlossen.

Und wer stimmt schließlich Ziffer 3 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat auch Ziffer 3 eine Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu Punkt 13 unserer Tagesordnung, Drucksache 21/7748, Senatsmitteilung: Mobilität in Hamburg – Ziele.

**[Senatsmitteilung:
Mobilität in Hamburg – Ziele
– Drs 21/7748 –]**

Auch hier entfällt die Debatte einvernehmlich und wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte die Senatsmitteilung gern an den Verkehrsausschuss überweisen? – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig überweisen.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung, Drucksachen 21/7731 bis 21/7733, Berichte des Eingabenausschusses.

(Präsidentin Carola Veit)

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 21/7731 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 21/7732 –]**

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 21/7733 –]**

Ich beginne mit dem Bericht aus der Drucksache 21/7731. Hier zunächst Ziffer 1, die nur einstimmige Empfehlungen enthält.

Wer möchte diesen folgen? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann haben wir das auch hier einstimmig so beschlossen.

Von Ziffer 2 haben wir Kenntnis genommen.

Zu Bericht 21/7732.

Wer möchte sich hier zunächst der Empfehlung anschließen, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 825/16 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir auch das bei wenigen Enthaltungen einstimmig beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das war einstimmig.

Wir kommen zum Bericht 21/7733. Auch hier zunächst Ziffer 1. Wir haben über folgende Eingaben abzustimmen: 740, 757, 760 bis 763, 765 bis 775, 780 bis 788, 794 bis 798, 836, 839, 868 sowie 885, alle aus 2016.

Wer möchte sich hierzu den Empfehlungen des Eingabenausschusses anschließen? – Wer ist anderer Auffassung? – Und wer enthält sich? – Dann haben wir das so beschlossen.

Wer sich darüber hinaus den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben anschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war dann einstimmig.

Ich stelle fest, dass wir von Ziffer 2 Kenntnis genommen haben.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht***

haben Sie in der Neufassung erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer möchte die Überweisungsbegehren unter B so fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das war einstimmig.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung, Drucksache 21/7235, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Beimischungen in illegalen Drogen – Was ist sonst noch drin?

**[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:
Beimischungen in illegalen Drogen – Was ist
sonst noch drin?
– Drs 21/7235 –]**

Die antragstellende Fraktion möchte das gern im Gesundheitsausschuss vertiefen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren hat keine Mehrheit gefunden.

Ich stelle fest, dass wir von der Großen Anfrage Kenntnis genommen haben.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 19a, Drucksache 21/7865, Bericht des Gesundheitsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften.

**[Bericht des Gesundheitsausschusses über die
Drucksache 21/6614:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften (Senatsantrag)
– Drs 21/7865 –]**

Wir stimmen auf Wunsch der FDP-Fraktion abweichend von der Empfehlung des Ausschusses über die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfes ab.

Wer möchte also zunächst die Artikel 1, 3, 5 und 6 des Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften aus der Drucksache 21/6614 annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das haben wir dann einstimmig so beschlossen.

Wer möchte dann noch die Artikel 2 und 4 annehmen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann sind auch Artikel 2 und 4 so beschlossen.

Wer möchte darüber hinaus Artikel 7 annehmen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir auch Artikel 7 so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Gesamtabstimmung über das Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften.

***Sammelübersicht siehe Seite 3802

(Präsidentin Carola Veit)

Wer möchte das Gesetz in erster Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das bei einigen Enthaltungen und Gegenstimmen in erster Lesung so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Ist der Senat mit einer sofortigen zweiten Lesung einverstanden?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Dann frage ich, wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen möchte. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Tagesordnungspunkt 20, Drucksache 21/7760, Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien: Sechster Medienänderungsstaatsvertrag HSH.

[Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien über die Drucksache 21/7293:

Sechster Medienänderungsstaatsvertrag HSH (Senatsantrag)
– Drs 21/7760 –]

Wer sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zum Sechsten Medienänderungsstaatsvertrag HSH aus Drucksache 21/7293 beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das mehrheitlich bei einigen Enthaltungen so beschlossen.

Wir brauchen auch hier eine zweite Lesung. Ist der Senat mit einer sofortigen zweiten Lesung einverstanden?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Wer möchte das nicht? – Und wer enthält sich? – Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen so beschlossen.

Punkt 25 der Tagesordnung, Drucksache 21/7791, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Einrichtung eines Gebärdensprachdolmetscher- und Gebärdensprachdolmetscherinnenpools für Senatsauftritte und Bürgerschaftstermine.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Einrichtung eines Gebärdensprachdolmetscher-/innenpools für Senatsauftritte und Bürgerschaftstermine
– Drs 21/7791 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN an den Verfassungsausschuss überweisen. Vonseiten der Fraktionen der CDU und der LINKEN liegt ein Antrag auf Überweisung an den Sozialausschuss vor.

Wer möchte an den Sozialausschuss überweisen? – Wer nicht? – Enthaltungen? – Dann hat dieses Überweisungsbegehren keine Mehrheit gefunden.

Wer möchte an den Verfassungsausschuss überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig dorthin überweisen.

Tagesordnungspunkt 27, Drucksache 21/7793, Antrag der FDP-Fraktion: Sanierungsfonds Hamburg 2020 – Sanierung der Hamburger Sternwarte in Bergedorf sicherstellen.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Sanierungsfonds Hamburg 2020 – Sanierung der Hamburger Sternwarte in Bergedorf sicherstellen
– Drs 21/7793 –]**

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:
Sanierungsfonds Hamburg 2020 – Die Sternwarte Bergedorf als Forschungsstandort und Kulturdenkmal stärken und schützen
– Drs 21/7964 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 21/7964 ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN vor.

Wir fangen mit dem Antrag der FDP-Fraktion an.

Wer möchte ihm zustimmen? – Wer nicht? – Und wer enthält sich? – Dann ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN seine Zustimmung geben? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 28, Drucksache 21/7794, Antrag der FDP-Fraktion: Kinder- und Jugendpartizipation stärken.

(Präsidentin Carola Veit)

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Kinder- und Jugendpartizipation stärken
– Drs 21/7794 –]**

Diese Drucksache möchten die FDP-Fraktion sowie die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen.

Wer möchte das auch? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig so überweisen.

Wir kommen zu Punkt 35 unserer Tagesordnung, Drucksache 21/7802, Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD: Hamburger Integrationsfonds – Förderung des Projekts "Kita-Eingewöhnungsbroschüre für geflüchtete Familien".

**[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:
Hamburger Integrationsfonds (XXIV) – Förderung des Projekts "Kita-Eingewöhnungsbroschüre für geflüchtete Familien"
– Drs 21/7802 –]**

Wer schließt sich dem Antrag an? – Wer nicht? – Wer enthält sich? – Das ist einstimmig beschlossen.

Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 36, Drucksache 21/7803, Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN: Hamburger Integrationsfonds – Aufstockung der Mittel zur Förderung der Arbeit freiwillig Engagierter in der Flüchtlingshilfe.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN:

**Hamburger Integrationsfonds (XXV) – Aufstockung der Mittel zur Förderung der Arbeit freiwillig Engagierter in der Flüchtlingshilfe
– Drs 21/7803 –]**

Wer stimmt diesem Antrag zu? – Wer nicht? – Und wer enthält sich? – Dann ist der Antrag mit Mehrheit so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 37, Drucksache 21/7804, das ist ebenfalls ein Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD: Hamburger Integrationsfonds: In Hamburg ankommen – Umweltbildungsangebote für geflüchtete Menschen verstetigen.

**[Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD:
Hamburger Integrationsfonds (XXVI): In Hamburg ankommen – Umweltbildungsangebote für geflüchtete Menschen verstetigen
– Drs 21/7804 –]**

Die FDP-Fraktion möchte das gern im Ausschuss für Umwelt und Energie beraten.

Wer möchte überweisen? – Wer nicht? – Wer enthält sich? – Dann hat das Überweisungsbegehren keine Mehrheit gefunden.

Wir stimmen über den Antrag in der Sache ab.

Wer schließt sich ihm an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag mehrheitlich so beschlossen worden.

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, bitte denken Sie daran, Ihre persönlichen Sachen mitzunehmen. Ihr Altpapier können Sie gern in den dafür vorgesehenen Behältern entsorgen. Vielen Dank und einen schönen Feierabend.

Ende: 19.14 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Jennyfer Dutschke, Martina Friederichs, Dennis Gladiator, Annkathrin Kammeyer, Joachim Lenders, Brigitta Schulz, Dietrich Wersich und Sylvia Wowretzko

Anlage

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO

für die Sitzung der Bürgerschaft am 15. Februar 2017

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
14	7546	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 14. Juli 2016: "Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses über die Drucksache 21/1963: Gutachten über die Erfolgsquote von Kindesrückführungen in ihre Herkunftsfamilien" – Drs. 21/4952
15	7757	Reise einer Delegation der Hamburgischen Bürgerschaft nach St. Petersburg und Kaliningrad vom 17. bis 21. April 2016
16	7806	Tätigkeitsbericht über die Arbeit der Bürgerschaft im Jahr 2016
17	7693	Bericht des Haushaltsausschusses
18	7694	Bericht des Schulausschusses
19	7759	Bericht des Gesundheitsausschusses
21	7782	Bericht der Kommission (G-10-Kommission) zur Durchführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel-10-Gesetz – G 10) gemäß § 2 Absatz 5 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes (G-10-AusfG) über ihre Tätigkeit im Berichtszeitraum vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
16a	7822	Vereinbarung zwischen der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg über die Konsultation der Bürgerschaft im Rahmen der Subsidiaritätsprüfung nach Artikel 6 des Protokolls über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit (Drs. 19/8560 und 20/3243) – Auswertung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2017	SPD, GRÜNEN	Europaausschuss
26	7792	Feinstaubmessung an der Grenze zu Wedel	SPD, GRÜNEN, LINKEN, FDP, AfD	Ausschuss für Umwelt und Energie
31	7797	Ursachen der Obdachlosigkeit umfassend ermitteln	SPD, GRÜNEN, AfD	Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration
33	7799	Justizvollzugsdienst attraktiver gestalten mit leistungsrechtlichen und transparenten Beförderungsstrukturen	SPD, CDU, GRÜNEN	Ausschuss für Justiz und Datenschutz
39	7807 Neuf.	Hamburg braucht die Fahrrinnenanpassung	SPD, GRÜNEN, LINKEN	Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien